Dokumentation Dezember Berlin 1980

Der Ermittlungsausschuß hat diese Dokumentation zu den Berliner Ereignissen in Sachen Häuserkampf nicht nur dazu erstellt, daß wir später unseren Enkeln was vorzeigen können.
Wir haben diese Dokumentation gemacht, um die sattsam bekannten Informationsmethoden der bürgerlichen Presse, insbesondere des Springer-Konzerns zu widerlegen und um allen Informationen über die tatsächlichen Ereignisse aus der Sicht der Betroffenen zu geben.
Die Dokumentation erhebt weder Anspruch auf Vollständig -, besonders was die polizeilichen Übergriffe angeht, noch auf Unparteilichkeit.

Für den Druck gehen ca 7.500 DM weg, ca. 10.000 für den Vertrieb. Beides sind schon Solidaritätspreise. Alle Überschüsse sind für die Prozeßkosten vorgesehen.

Herausgeber: Ermittlungsausschuß, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61
Satz: Eigensatz
Druck: Oktoberdruck, Berlin
Vertrieb: Regenbogen
Ende Januar 1981
Auflage 5000
Unkostenbeitrag : DM 6.-

Ein Kreuzberger Bürger meldet sich zu Wort:

Als sanierungsbetroffener Mieter und Geschäftsmann bin ich seit 1974 gewählter Mietervertreter im Sanierungsgebiet Kreuzberg - Kottbusser Tor (SKS).
Ich glaube, daß man zu den Vorfällen, die sich in der Nacht vom 12. zum 13.Dez.1980 ereignet haben, als 60jähriger, parteiloser Bürger, der weder Polizeibeamter noch Hausbesetzer dafür Augenzeuge war, doch einiges sagen sollte.
Gegen 19.00 Uhr wurde ich benachrichtigt, daß an der Admiralbrücke etwas im Gange sei. Sofort bin ich zu der Ecke geeilt und war dann bis morgens um 4.00 Uhr als Beobachter immer an den Brennpunktn des Geschehens.
Ich könnte jetzt stundenlang über Dinge berichten, von denen die meisten Zeitungen nichts oder nur einseitig berichtet haben und was die Bürger, die das nicht selber erlebt haben, garnicht glauben können. Darum will ich mich auf einige Fälle beschränken.
Es ist sicher immer einfacher zu kritisieren, als die Dinge selber besser zu machen - das gebe ich gerne zu. Aber was sich die Polizei in dieser Nacht geleistet hat, kann in sehr vielen Fällen nur scharf verurteilt werden!
Bei allen Einsätzen habe ich in dieser Nacht niemals gehört, daß die Polizei gesagt hat "bitte räumen Sie die Straße". Es hallte immer nur "marsch, marsch!" Und dann griffen sie an. In der einen Hand die Schilder wie die alten Römer, in der anderen Hand den Knüppel schwingend und dazwischen Bürger, unter denen sich auch viele Schaulustige befanden, durch die Admiralstraße in Richtung Kottbusser Tor getrieben.
Offensichtlich meinte die Polizei, dort wären die großen Fensterscheiben zum zerschlagen.
Gegen 19.30 Uhr kam ich zum Kottbusser Tor, wo die dorthin geprügelten Leute gerade dabei waren, bei den Banken eine Scheibe nach der anderen zu knacken. Keine Polizei am Ort - nein, die hatten ja die Admiralbrücke besetzt, um den "Wasserspiegel" zu schützen und um umgeworfene Bauwagen zu bewachen. Ja, und dann hat wohl der Einsatzleiter am Karl-Hertz-Ufer doch noch mitbekommen, wie bedrohlich die Sache am Kottbusser Tor ist und hat seine "Polizeimacht" hingeschickt: Ein Funkwagen mit zwei Beamten besetzt! Und die stellten den Wagen an der hellsten Stelle vor einer kaputten Fensterscheibe ab, stiegen aus, um mit gezogener Pistole in Richtung Aldi zu laufen und ließen den Wagen **leer** stehen. Das war doch eine Provokation - eine Einladung zum Umkippen des Funkwagens, was dann auch prompt geschah. Da hatte dann die Polizei ihr umgekipptes Fahrzeug.
Ich möchte jetzt mal etwas von den Vorfällen vor dem Mieterladen berichten. Das war schon schlimm! Da fährt jemand von uns mit dem Megaphon durch die Straßen und versucht, die Leute zum Mieterladen einzuladen, damit hier der Versuch gemacht werden kann, beruhigend auf das Geschehen einzuwirken. Wir waren der Meinung, es sei schon mehr als genug kaputt gemacht - viel zu viele Menschen auf beiden Seiten verletzt - und genug Demonstranten festgenommen worden.
Als ich von einem Versuch, den Einsatzleiter über Funk zu erreichen, gegen 0.30 Uhr zurückkam, da stand die Polizei mit ihren Wannen vor dem Mieterladen. Das war das verrückteste und schlimmste, was sie machen konnte. Da standen dicht an dicht die Leute in dem Laden, der keinen zweiten Ausgang hat. Vor dem Laden etwa 20 Polizisten, die mit ihren Schildern schon die Scheibe der offenen Ladentür eingedrückt hatten. Meine große Befürchtung war, daß man mit dem Mieterladen dasselbe macht, was man auch

in einem Lokal gemacht hat - nähmlich Gaspatronen reinschmeißt und daß dann bei einer entstehenden Panik die Leute von innen durch die großen Fensterscheiben gedrückt werden oder jemand totgetreten wird.
Daher versuchte ich , herauszubekommen, wer denn der Zugführer sei. Unter anderem wurde mir geantwortet, "hier gibt es keinen, das Viehzeug holen wir daraus". Die sehr jungen Beamten waren durch das stundenlange Herumfahren im Steinhagel offensichtlich mit den Nerven fertig und darum zu allem fähig.
Aber dann hatte man ein anderes Opfer gefunden. Es kamen drei Leute aus Richtung Kottbusser Tor, wovon der eine wie ein Papagei angezogen war. Ohne ersichtlichen Grund stürzten sich die Polizisten plötzlich auf ihn, schlugen ihn brutal zusammen und zerrten ihn in ein Polizeifahrzeug.
Dem dann noch gefundenen Zugführer versuchten wir nun klarzumachen, daß man in dieser Situation vor dem Mieterladen doch keinen mitnehmen kann. Noch bei der Abfahrt der Polizeiwagen erklärte ich dem Beamten, daß es auf dieses "Opfer" nicht ankommen dürfte, weil die Leute, die sich im Laden befinden, doch daraufhin mit Sicherheit wieder auf die Straße gehen und das Dutzend des harten Kerns, die sich noch am Oranienplatz befanden, verstärken würden. Der Zugführer aber war unfähig oder nicht willens, das zu begreifen.
Meine Voraussage wurde leider wahr und der Bau der Barrikaden am Oranienplatz war die Folge.
Schwere Führungsfehler werfe ich dem Polizeipräsidenten Hübner persönlich vor. In dem Zeitraum, als er sich in die Einsatzleitung eingeschaltet hatte, fanden die Plünderungen statt. Er hätte sich doch ausmalen müssen, was passiert, wenn da stundenlang hinter zerschlagenen Fensterscheiben z.B. Schuhe griffbereit liegen und Kinder davor mit kaputten Schuhen herumlaufen.
Die Polizeiführung wartete aber offensichtlich auf die Plünderungen, um hinterher (!) vor den verwüsteten Läden endlich Schilderleute aufzustellen. Es ist ein Versäumnis der Polizei, nicht schon um 17.00 Uhr, nach der Räumung des besetzten Hauses, sofort die Geschäftsleute auf evtl. Unruhen aufmerksam gemacht zu haben. Aber man ließ die Geschäfte - lt. angeblichem Zitat von Hübner in einer Zeitung - ja offensichtlich vorsätzlich plündern, weil man "Straftäter fassen " wollte.
Mir wäre es lieber gewesen, wenn die Polizei 10 Straftäter weniger festgenommen hätte, dafür aber hunderte Bürger garnicht erst zu Straftätern hätte werden lassen.
Zu den Ursachen der Hausbesetzungen werde ich - wie bisher - an gegebenen Orten Stellung nehmen.

Horst Schattner

Bürger beobachten die Polizei

Arbeitsgruppe „Bürger beobachten die Polizei“:

Die AG Bübepo hat in der Vergangenheit wiederholt die Polizei vor einer Eskalation der Gewalt in K 36 gewarnt. Der gezielte Schuß eines Polizeibeamten in eine flüchtende Menschenmenge am O-Platz am 1.Mai 1980, die Bedrohung von Passanten mit vorgehaltener Pistole (wegen der Benutzung einer nachgemachten Polizeimütze) anläßlich einer Theateraufführung in der Adalbertstraße am 2.9.80, schließlich der Todesschuß am Lausitzer Platz am 24.10.80:

Gemeinsam ist all diesen Vorgängen, daß die Polizei durch Schikanen und Provokationen in Kreuzberg ein Klima schuf, in dem der Griff zur Waffe zum Alltag wurde.

Obwohl wir keineswegs der Auffassung sind, daß ein intakter Senat diese gefährliche Entwicklung verhindert hätte, so ist doch auffallend, daß mit dem beginnenden Zerfall des Senats eine weitere Verselbständigung des Polizeiapparats einherging. Dies zeigte sich dann konkret bei den Auseinandersetzungen um die Hausinstandbesetzungen Mitte Dez. 80 in K36 und in der City. Um die Einsatzkräfte in die richtige Stimmung zu bringen, fing alles mit einer bis heute nicht dementierten Falschmeldung an: Über Funk wurde den Polizisten das Schauermärchen von einem schwerverletzten Kollegen erzählt, dem beim Umkippen eines Bullis durch Demonstranten die Beine gebrochen worden seien. So verhetzt und aufgeputscht wurde die Lage im Kiez von der Polizei verschärft.

Noch brisanter wurde die Situation, als der Polizeipräsident Hübner eigens eine Veranstaltung über “Polizei und Bürgerrechte“ abbrach, um offenbar die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Waren an diesem Freitagabend bis dahin “nur“ wildgewordene Kolonnen von militärisch aufgerüsteten Polizeifahrzeugen mit rasender Geschwindigkeit durch den Kiez gebraust und Polizeiübergriffe noch im Bereich des Überschaubaren geblieben, so war ab diesem Zeitpunkt die Hölle los. Einzelne Fahrzeuge fuhren rabiat in Menschenmengen, schoben und trieben regelrecht Menschen vor sich her, Knüppelorgien, vor allem gegenüber festgenommenen Personen in den Wannen, Tränengaseinsätze bis hin zu Menschenleben gefährdendem Einsatz am O.-Platz, bei dem ein Polizeifahrzeug vorsätzlich in eine sich vor einer Barrikade befindliche Menschenmenge fuhr, mehrere umriß und einer Person die Oberschenkel zerquetschte.

Gezielte Falschdarstellungen in der Presse seitens der Polizei und die Hoffnung auf geglückte

Stimmungsmache in der Bevölkerung gegen die Instandbesetzungen , veranlaßten die Polizeiführung am darauffolgenden Montag, mit allen Mitteln eine Demonstration zu verhindern. Die Polizei blies wieder zum großen Halalie nach dem Motto: "Auseinandertreiben und Gefangene machen!" Wir waren Augenzeugen diverser Vorfälle, bei denen Polizisten wahllos auf Leute losprügelten; ebenso bei willkürlichen Festnahmen, bei denen auch auffällig oft Greiftrupps von Spitzeln die Initiative ergriffen, sowie bei körperlichen Mißhandlungen bereits Festgenommener in den Wannen.

Geradezu südamerikanische Zustände beschwor die Polizei schließlich in der Nacht von Montag auf Dienstag in K 36 herauf, als sie den Kiez mit mehreren tausend Polizisten weiträumig abriegelten und sofort wegen jeder noch so kleinen Ansammlung eine Menschenjagd veranstaltete.

Fazit: Stellvertretend für alle wurden über hundert Leute festgenommen, laufen entsprechend viele Ermittlungsverfahren. Schematisierte Anklagen, bei denen meist nur die Anzahl der angeblichen Steinwürfe, Ort und Zeit variieren. Diese Leute erwartet jetzt ein Lügengebäude von Polizeiaussagen. Deshalb sehen wir eine wesentliche Aufgabe darin, in Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsausschuß alle Vorgänge zu dokumentieren und die Anschuldigungen auseinander zu nehmen mit dem Ziel:

Freilassung aller noch Inhaftierten
Einstellung aller Verfahren
Keine weitere Kriminalisierung der Instandbesetzer

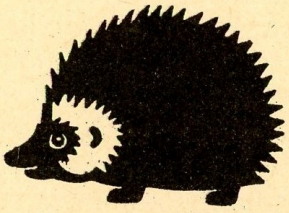
Arbeitsgruppe:
Bürger beobachten die Polizei
c/o Humanistische Union
LV Berlin
Kufsteinerstr. 12, 1 Berlin 62
Tel.: 854 41 97
Sprechstunde
Do. 17°°-19°° Uhr

Beitrag zur Pressekonferenz am 16.1.81

Der Besetzerrat beglückwünscht den Senat zu seinem Rücktritt, und wir erklären uns bereit, nun auch das Rathaus Schöneberg instandzubesetzen.
Nun aber zu unseren Vorstellungen:
Unser Ziel ist, die Entwickung des Staates in allen Lebensbereichen auf ein Minimum zu reduzieren. Wir wollen unsere Lebensbedingungen am Wohn- wie am Arbeitsplatz selbstbestimmen.
Auch Hausbesetzungen sind eine Möglichkeit zu verhindern, ein fantasieloses Rädchen im Räderwerk des Staates zu werden. Wir wollen nicht in monotonen Betonsilos, die jegliche Menschlichkeit ersticken, verstauben. Wir wollen auch nicht als kopflose Handlanger an den Fließbändern und Maschinen in den Fabriken der Industrie stehen.
Für uns sollen die Arbeits- und Lebensbedingungen wieder erfaßbar werden. Erleben, wie aus einem Stück Holz ein Tisch oder aus einem Stück Leder eine Jacke wird.
Wir wollen unsere Lebensräume selbst gestalten, lernen, ein Haus instandzuhalten, z.B. mit den Mitbewohnern das Dach reparieren oder mit den von uns bestimmten Handwerkern eine neue Steigeleitung legen. Dazu brauchen wir keinen Staat, vertreten hier durch die Sanierungsträger. Gerade diese Mischung von Fabriketagen und billigem Wohnraum hier im Kiez gibt uns die Möglichkeit, uns hier zu verwirklichen. Wenn dies nun saniert werden soll, heißt das letztlich, daß wir, die Menschen, die hier leben, saniert werden sollen. Und genau das ist die Gewalt, gegen die wir uns durch die Besetzungen wehren. Sollte nun versucht werden, ein Haus polizeilich zu räumen, werden wir auch auf diese Gewalt entsprechend reagieren.
Wie soll es nun in Zukunft weitergehen?
Bis heute sind 32 Häuser in Berlin besetzt, wir müssen aber dazu sagen, daß noch immer Häuser leerstehen und noch immer ganze Häuser entmiete werden. Ein Ende der Hausbesetzungen ist somit noch lange nicht abzusehen.
Wir wollen nun versuchen, in und mit den besetzten Häusern unsere Vorstellungen von gemeinsamem Leben zu verwirklichen. Zur Zeit versuchen einige Leute, ein Kulturzentrum aufzubauen. Dort sollen die jetzt schon in Kreuzberg bestehenden Gruppen geeignete Räumlichkeiten erhalten. Auch mehrere türkische Gruppen arbeiten an diesem Projekt. Wir hoffen, über dieses Kulturzentrum noch engeren Kontakt zu unseren türkischen Freunden und Nachbarn zu bekommen.
In einigen Häusern werden oder sind schon Werkstätten eingerichtet (z.B. im Kerngehäuse in der Cuvrystraße und im Turm).
Die hier hergestellten Waren werden wir über Coops vertreiben. Ein erster Ansatz dazu war der Schwarzmarkt am Turm, der im Frühjahr, wenn das Wetter es wieder zuläßt, weitergeht,.
Wir werden in Zusammenarbeit mit den Mieterläden gemeinsame Werkstätten und Handwerkergruppen aufbauen, um gemeinsam mit Mietern und Hausgemeinschaften die Instandhaltung der Häuser durchführen zu können. Hier sind wir zur Zeit dabei, mit dem Mieterladen Waldemarstraße einen Lagerraum für Materialien und Werkzeug einzurichten. Dort können dann alle, die die Instandsetzung der Häuser selbst in die Hand nehmen wollen, die benötigten Werkzeuge ausleihen. Um dieses Projekt richtig aufbauen zu

können, brauchen wir noch viel Baumaterial und gutes Werkzeug. Spenden können im Mieterladen Waldemarstraße abgegeben werden.
Längerfristig werden wir auch versuchen, die jetzt schon abrißreif gemachten Häuser wieder bewohnbar zu machen. Dazu brauchen wir keine Bauprogramme und Sanierungsgesellschaften. Die hierfür benötigten Gelder sollen den Betroffenen über die Mieterläden oder Blockvertretungen direkt zur Verfügung gestellt werden.
In letzter Zeit konnten wir in diversen Zeitungen lesen, daß es mehrere Beschwerden und wohl auch Anzeigen bei der Polizei gegeben hat. Es wird immer wieder vorkommen, daß sich jemand durch die Instandbesetzer belästigt fühlt und wir haben deshalb für solche Fälle eine Beschwerdestelle im Mieterladen Dresdener Straße eingerichtet. Wir bitten alle Mitbürger, die Beschwerden gegen Hausbesetzer haben, nicht immer gleich die Polizei zu rufen, sondern sich erst mal im Mieterladen zu melden. Der Besetzerrat wird jeden einzelnen Fall prüfen und versuchen, eventuelle Mißstände abzustellen.
Wir wollen und brauchen keine Polizei!!!
Letztendlich wollen wir auch die Gestaltung der Straßen und Plätze hier im Kiez bestimmen und unsere eigenen Ideen auch verwirklichen. Wir brauchen hierzu keine Bürokraten, die uns wie am Oranienplatz was aufzwingen wollen. Hierzu ist für das Frühjahr eine größere Bepflanzungsaktion auf den Straßen und Plätzen in K 36 in Vorbereitung. Auch soll in Zukunft die Fassadengestaltung der Häuser durch die Betroffenenvertretungen bestimmt werden.
Zum Schluß noch eine kurze Erläuterung zu dem Betroffenenkreis, der von uns gebeten wurde, eventuelle Verhandlungen zu übernehmen. Dies wollen wir als Signal verstanden sehen, und es liegt nun an dem neuen Senat, ob es Gespräche geben wird. Wir fordern immer noch die Freilassung der Leute und Einstellung aller Strafverfahren als Voraussetzung für Verhandlungen.

Besetzerrat



Alternative Liste
Für Demokratie und Umweltschutz

Alternative Liste

In Berlin herrscht Wohnungsnot, 80.000 Menschen suchen eine Wohnung; Hauseigentümer von Altbauten kassieren die Miete, unterlassen aber die Instandhaltung. Senat und Bezirksämter wenden selbst bestehende Gesetze nicht an, mit denen sie die Eigentümer zu Instandsetzungen zwingen könnten. Stattdessen wollen SPD, FDP und CDU durch die Aufhebung der Mietpreisbindung und durch die Tabellenmiete die Mieter zu höheren Mietzahlungen zwingen. Tausende guterhaltener Wohnungen stehen leer, weil ihre Besitzer darauf spekulieren, mit Senatsgeldern teuer modernisieren zu können.
Die Instandbesetzer haben dieser menschenfeindlichen Profitsanierung mit ihren Ideen und ihrer Tatkraft Beispiele für eine Sanierung entgegengesetzt, die von den Wünschen und Bedürfnissen der Mieter ausgeht. Damit haben sie in breiten Teilen der Bevölkerung Sympathie errungen. „Illegale" Besetzungen werden heute von vielen als Notwehrrecht gegen Leerstand und Verfall von Wohnraum anerkannt.
Pressehetze und Lügen von Hübner, Ristock & Co. über die angeblichen kriminellen Elemente und terroristischen Drahtzieher unter den Instandbesetzern können nicht die Ursachen und den Anlaß der blutigen Auseinandersetzungen zukleistern.
Das sind die Fakten, so sieht die Wahrheit aus. Gibt es deshalb so viele Lügen, um diese Wahrheit zu unterdrücken?

Klar, es sind Fenster eingeschlagen und es ist geklaut worden. Man kann das gut finden, man kann das schlecht finden; und es wird ernsthaft darüber diskutiert. Aber zu irgendeiner Distanzierung besteht nicht der geringste Anlaß, denn eine Aufspaltung in gute und schlechte Demonstranten nutzt nur denen, die für das Elend in dieser Stadt verantwortlich sind und eine goldene Nase daran verdienen.
Tatsache ist: Hübner und seine Polizeitruppen provozierten mit Blaulicht, Tränengas und Knüppeln, üben Polizeistaat, und Senat & Springer hetzen. Darüber sind nicht nur die Kreuzberger empört, haben Angst und Wut im Bauch. Wenn der Senat nun schreit „Haltet die Plünderer!", dann bitten wir doch untertänigst die Frage stellen zu dürfen:
WER plündert hier eigentlich WEN?
Wer eine Milliarde Mark Steuergelder für das ICC verschleudert, wer 126 Millionen Mark Steuergelder in die Pleite des FDP-Onkels Dietrich Garski buttern muß, der sollte aufhören, sich künstlich zu empören über die Scheiben auf der Kudamm-Glitzerwelt. Noch dazu, wenn diese Herren selbst im Glashaus der Korruption und des Filzes sitzen

HAUSBESETZUNGEN sind NOTWENDIG und RICHTIG

Die Stadtsanierung in Kreuzberg begann in den 60 er Jahren.Von da an wurden in Berlin mehr Häuser abgerissen,als im 2. Weltkrieg zerstört worden waren.In den Außenbezirken entstanden Trabantensiedlungen (Märkisches Viertel,Gropiusstadt, Falkenhagener Feld) für die Bewohner der Sanierungsgebiete. Ganze Blöcke wurden in Kreuzberg, Wedding und Neukölln abgerissen und damit jahrzehntealte Strukturen und Lebenszusammenhänge zerstört. Allein rund um das Kottbusser Tor wurden in den letzten Jahren über 400 Gewerbebetriebe vernichtet.

Die Trabantensiedlungen erwiesen sich als eine der größten Fehlschläge des Städtebaus.Totale Isolation,Kriminalität,kein soziales Gefüge sind die Folgeerscheinungen.

Daraufhin wurde in den 70 er Jahren die Sanierungspolitik geändert, z.B. gab es die "Strategien für Kreuzberg"."Alles sollte besser werden!" In Wirklichkeit sieht es so aus: Ganze Blöcke werden "entkernt", übrig bleiben nur schnucklige Fassaden. Neubauten und modernisierte Altbauten sind kaum voneinander zu unterscheiden,und haben vor allem eines gemeinsam, nämlich dreimal so hohe Mieten wie vorher.

Das alles immer noch über die Köpfe der Betroffenen hinweg.Bewohner und Gewerbetreibende werden vertrieben, lebendige Höfe werden zu sterilen, durchgeplanten Flächen, die jegliche Kommunikation zwischen den Bewohnern verhindern. Das lebendige Kreuzberg mit seinen unübersichtlichen, verwinkelten Höfen scheint dem Senat ein Dorn im Auge zu sein.

Die Ausführenden dieser Sanierungspolitik in Kreuzberg sind zum größten Teil senatseigene Wohnungsbaugesellschaften wie z.B. Be Wo Ge, G S W, G.S.G., zum anderen Teil wenige große, private Spekulationsfirmen, wie z.B. Intergrund und Hauert und Noack (Samog,Combau).

Diese Sanierungsgesellschaften denken natürlich in erster Linie ans GELDVERDIENEN,und dazu ist ihnen jedes Mittel recht! Es gibt eine ganze Reihe von Häusern, die ganz gezielt abrißreif gemacht Wurden.Der Senat unterstützt diese Praxis auch noch durch Leerstandsgenehmigungen und Leerstandsgelder. Nicht zufällig brannte es auch schon in mehreren Häusern,die entmietet oder abgerissen werden sollten. Die wenigen, noch aktiven Mietervertretungen sind gegen diese Baugiganten machtlos und führen einen fast aussichtslosen Kampf gegen die immer weiter vorangetriebene Zerstörung ganzer Stadtteile wie z.B. Kreuzberg 36.

Ein gutes Mittel, um gegen diese Zerstörung von guter Bausubstanz und gewachsener Lebenszusammenhänge vorzugehen sind HAUSBESETZUNGEN ! ! !

Flugblatt anonym

Erklärung der BI SO 36:

Auch bis zum 12.12.80, jenem Tag, der nicht nur Berlin so in Aufregung versetzte, wurden schon Steine in den Kreuzberger Straßen geschmissen. Und zwar seit Jahren. Doch von diesen „Steineschmeißern" wollte und sollte sich niemand distanzieren. Denn es handelte sich um von privaten Spekulanten und senatseigenen Wohnungsbaugesellschaften angeheuerte Abrißfirmen, die billigen und guten Wohnraum zerstörten. Stein für Stein. Und in aller Regel bezahlt aus öffentlichen Steuergeldern.

„Jeder Stein, der abgerissen, wird von uns zurückgeschmissen", war damals oft zu hören von denen, die diese Wohnungen dringend benötigt hätten und die der Zerstörung voller Wut zuschauen mußten. Wollte man diesen Ausspruch ernstnehmen, dann müßte es auf Jahre hinaus jeden Abend unzählige Steinwürfe geben.

Etwas haben die erbitterten Straßenschlachten in Kreuzberg und danach am Kudamm sicher gebracht: Sie haben einer großen Öffentlichkeit nicht nur in Berlin deutlich gemacht, daß es ein breites Bündnis in Kreuzberg gibt, das sich gegen die weitere Zerstörung des Stadtteils aktiv wehrt. Diesen Widerstand darf man nicht nur an den „Straßenkämpfen" ablesen, sondern auch an der sehr breiten Sympathie und Unterstützung für die Instandbesetzungen. Diese Sympathie reicht bis weit hinein in das „bürgerliche Lager".

Jahrelang gab es gerade von unserer Bürgerinitiative sehr viele Versuche, zum einen gegen die sinnlose Zerstörung billigen Wohnraums anzukämpfen, zum anderen die Vermietung der vielen leeren Wohnungen zu erreichen. Das Engagement war zwar groß, der Erfolg aber gering.

Als wir sahen, daß mit „legalen" Methoden nicht sehr viel zu erreichen war, entschlossen wir uns im Februar 79 zur Selbsthilfe: „Instandbesetzung" lautete die neue Zauberformel. Eine leerstehende Wohnung im Haus Görlitzer Str. 74 wurde zusammen mit den an der Wohnung Interessierten „instandbesetzt". Es dauerte nur kurze Zeit, bis der geforderte Mietervertrag ausgehändigt wurde. Ein erster Schritt war getan, der Begriff Instandbesetzung war geboren.

Heute sind wir zwei Jahre weiter, fast 40 Häuser - hauptsächlich in Kreuzberg - sind instandbesetzt. Und es wurde einiges durch diese Selbsthilfeaktionen erreicht. Sei es, daß vorgesehene Planungen durch Instandbesetzungen verhindert wurden (wie z.B. im Block 33), oder sei es, daß Häuser vor dem weiteren Zerfall bzw. Abriß gerettet wurden. Alles Erfolge, die mit „legalen" Methoden nie erzielt worden wären. Und mittlerweile ist u. E. durch diese Aktionen auch ein Druck entstanden, der grundsätzliche Änderungen der Sanierungs- und Wohnungsbaupolitik erwarten läßt.

Nicht überraschend daher, daß versucht wird, durch gezielte Kriminalisierung den Widerstand zu brechen. Und einige wurden auch durch die brutalen Polizeieinsätze, durch die vielen Verletzten und Verhafteten abgeschreckt. Aber für viele bislang noch Unentschlossene ist seit dem 12.12.80 auch klar, daß man zusammen mit Mieterinitiativen und Instandbesetzern den Widerstand verstärken muß, daß man für die Durchsetzung unser aller Interessen kämpfen muß. Und vor allem, daß wir es nicht zulassen dürfen, daß einzelne im Gefängnis einsitzen und andere mit Strafverfahren mundtot gemacht werden sollen. Denn der „Landfrieden" wurde nicht von uns gebrochen, sondern der war am 12.12. schon längst durch rücksichtslose Eigentümer, Wohnungsbaugesellschaften, Polizeieinsätze und eine verfehlte Sanierungspolitik gebrochen. Wir alle sind gerne zu Gesprächen mit den Politikern bereit. Aber nicht, solange Leute von uns im Gefängnis sitzen.

Es war schon in undemokratischen Zeiten üblich,

daß bei einem Regierungswechsel die Leute aus dem Knast entlassen wurden. Berlin hat jetzt gerade einen Regierungswechsel hinter sich, doch die Leute sitzen noch und die ersten Prozesse laufen.
Es wäre angesichts der Hintergründe, die zu den Straßenschlachten führten, kein Akt der Gnade, wenn die Leute freigelassen werden, sondern ein Akt der Selbstverständlichkeit!
Deshalb fordern wir, wie viele anderen schon seit Jahren in SO 36 tätigen Gruppen, Freilassung der Inhaftierten und Einstellung aller Strafverfahren. Und für die Erfüllung dieser Forderung werden wir weiter kämpfen. Genauso wie wir uns weiterhin für eine Verbesserung der Lage in unserem Kiez einsetzen. Je mehr Gruppen und Menschen sich in diesem Kampf unterstützen, desto näher rückt unser Ziel: ein Stadtteil, in dem die hier Wohnenden bestimmen, was geschieht. Und nicht auswärtige Spekulanten oder senatseigene Gesellschaften das Sagen haben.
Berlin SO 36, den 24.1.81
Bürgerinitiative SO 36
Sorauer Str. 28
1000 Berlin 36

Auszüge aus „Südostexpress", Sondernummer

An der Sanierungspolitik des Senats ist etwas faul. Trotz immer höherer staatlicher Subventionen für Neubau und Modernisierung steigen die Mieten. Billiger Wohnraum wird immer knapper. Dennoch werden weiterhin teure Neubauwohnungen bzw. totalmodernisierte Wohnungen erstellt, die kaum noch jemand bezahlen kann. Den Sanierungsbetroffenen kann kein gleichwertiger Wohnraum mehr angeboten werden - obwohl sie darauf einen Rechtsanspruch hätten. Sie müssen mit üblen Tricks und durch Druck aus den Häusern vertrieben werden. Trotz großer Nachfrage bleibt vergleichsweise billiger Wohnraum unvermietet, um den Verfall der Häuser voranzutreiben.

Zum Ermüden oft erzählt Herr Ristock, es gebe einige Schwarze Schafe unter den Hausbesitzern, gegen die in Zukunft mehr vorgegangen werden solle. Der Senat könne aber leider nicht so, wie er wolle; wegen der grundrechtlich garantierten Rechte der Hausbesitzer. Daß das nicht stimmt, springt sofort ins Auge, wenn wir uns die Liste der Eigentümer der derzeit in Kreuzberg besetzten Häuser ansehen. Kein einziges Haus davon ist im Besitz eines Privatmenschen. Alle gehören entweder senatseigenen Wohnungsbaugesellschaften oder unter Seantskontrolle stehenden privaten Sanierungsträgerfirmen bzw. deren Mitarbeitern. Zudem wäre zu fragen, warum der Senat seine Förderungsgelder für die Sanierung nicht davon abhängig macht, ob die Hausbesitzer vorher ihrer Instandhaltungspflicht nachgekommen sind. (Dann würden auch einige kühne Planungen sich erübrigen; z.b. daß den jeweiligen Mietern der Häuser die Entscheidung darüber ermöglicht wird, ob ihr Haus teuer oder billig modernisiert oder nur instandgesetzt werden soll.)

Wir haben versucht, ein wenig hinter die Kulissen des Sanierungsgeschäfts zu sehen, wenigstens für den Teil der privaten Bau- und Sanierungsträger. Die Ergebnisse dessen, was wir herausgefunden haben, lassen einem die Haare zu Berge stehen. Kapitalanleger, die im berliner Wohnungsbau investieren, können Profite von über 100% pro Jahr machen: durch Barauszahlungen, Steuereinsparungen und Grundbesitzerwerb. Insgesamt buttert der Staat mehr an Subventionen in den sozialen Wohnungsbau, als die tatsächlichen Kosten ausmachen. Schiebereien zwischen verschiedenen Firmen sorgen dafür, daß niemand so leicht das volle Ausmaß des Betrugs erkennen kann. Es gibt Verbindungen von Sanierungsträgern und Baufirmen, die eigentlich verboten sind, damit diese nicht übermäßig in die eigene Tasche wirtschaften können.
Letzlich läßt sich eindeutig feststellen, daß sämtliche Probleme der Sanierungspolitik durch die Subventionspolitik des Senats erzeugt werden. Unter seinen Augen läuft der ganze Schwindel ab.
Für unsere Nachforschungen konnten wir bisher nur das heranziehen, was öffentlich zugänglich ist: Handelsregistereintragungen, Förderungsbestimmungen und einige Broschüren, mit denen die Bauträgerfirmen Kapitalanleger werben und in denen sie ihre Profitrechnungen offenlegen. Was dahinter an direktem Filz zwischen Senat, Politikern und Baufirmen noch steckt, können wir nur ahnen.

(Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an die Grundstücksaffaire des Senatsdirektors Lekutat, und nicht zuletzt den 120 Millonen-Garski-Skandal)

Beispiel: Unternehmensgruppe Hauert & Noack - SAMOG

Verstärkt seit den 70er Jahren arbeiten private Bauträgerfirmen für den Senat im Sanierungsbereich. Ihr Haupttätigkeitsfeld ist bisher die Sanierung außerhalb der förmlich festgelegten Sanierungsgebiete. Seit 1977 gibt es aber auch eine Reihe vom Senat zugelassener privater Sanierungsträger.

Zu den größten Bau- und Sanierungsträgerfirmen gehören:

Unternehmensgruppe Klingbeil	*Kleiststr.3-6*
Hauert & Noack	*Kudamm 219*
Otremba Baubetreuung	*Bayreuther Str.7*
Unternehmensgruppe Dr.Marx	*Kudamm 42*
Unternehmensgruppe Tartsch/Hoppe	*Knesebeckstr.50*
Günter Schmidt Immobilien	*Kurfürstenstr.84*
R&W Immobilien	*Wilhelmsaue 39/41*
Unternehmensgruppe Mosch/R.Schmidt	*Wilhelmstr.123/124*

Für die einzelnen Bereiche der Erstellung von Häusern im sozialen Wohnungsbau hat die Gruppe Hauert und Noack z.B. im Haus Kurfürstendamm 219 6 Stammfirmen angesiedelt:

GRUNDAG als Treuhandkommanditistin zur Bildung von Immobilienfonds

ATROS zur Besorgung der Förderungsgelder bei der Wohnungsbaukreditanstalt (WBK) und für Zwischenfinanzierungen

UNITEC für die Planung

HANO für die spätere Hausverwaltung

HAUERT & NOACK KG als eigentlicher Bauträger

SAMOG als Sanierungsträger für Arbeiten in Sanierungsgebieten

Sehen wir hinter die Kulissen, so stellen wir fest, daß alle diese Firmen den Herren Hauert, Noack, Lehn und Endriß gehören.

Für einen sehr wichtigen Bereich, nämlich den Ankauf der Grundstücke und das Baureifmachen derselben (d.h.vor allem: Vertreibung der Mieter aus den Häusern, die abgerissen werden sollen) gibt es keine extra Firma auf dem Bronzeschild am Eingang des Kurfürstendamm 219. Diese Arbeit erledigt Herr Wilhelm Mewes. Sein Büro befindet sich im 2.Stock des Kudamm 219 in den Räumen von Hauert & Noack und SAMOG, aber sein Name steht nicht an der Klingel. Der Grund dafür ist, daß Herr Mewes den Teil des Geschäfts erledigt, von dem der gute Ruf des Bauträgers freigehalten werden soll. Denn Herr Mewes kauft Grundstücke über dem Verkehrswert - was ein anerkannter Sanierungsträger nicht darf. Er schüchtert Mieter soweit ein, bis sie freiwillig ausziehen, er läßt die Häuser leerstehen, bis sie abrißreif sind, er organisiert auch mal direkte Zerstörungsaktionen. Dabei bedient er sich einer Hausverwaltungsfirma. Das ist aber nicht die HANO, sondern eine,die scheinbar in keinem Zusammenhang mit Hauert & Noack steht. In der Cuvrystr. z.B. arbeitet Mewes mit der COMBAU Betreuungs GmbH als Hausverwaltung zusammen. Da Herr Mewes die Häuser ursprünglich erwirbt, müssen diese später in die Hände von Hauert & Noack übergehen. Dazu werden dan extra Firmen gegründet, auf deren Namen die Häuser im Grundbuchamt eingetragen werden und aus denen Herr Mewes sich Stück für Stück zurückzieht.

Das ging z.B. für eine Reihe von Sanierungsprojekten vorwiegend im Wedding folgendermaßen vor sich:

1973 gründete Mewes zusammen mit einem Herrn Dr.Cremer die EZS Möbelvertriebs GmbH (Handelsregisternummer HRB 7523). Möbel hat diese Gesellschaft aber nie vertrieben, sondern angefangen, Grundstücke auzukaufen.

Ende 1974 bis Anfang 1975 trat Herr D.Hauert an die Stelle von Cremer. Gleichzeitig wurde der Name und der Zweck der Firma geändert in Panke Park Wohnungsbau GmbH. Mit dieser Gesellschaft als Träger (Komplementär) gründete Mewes verschiedene Kommanditgesellschaften, die schließlich als Eigentümer der inzwischen erworbenen Grundstücke eingetragen wurden. 1978 war der Ankauf der Grundstücke wohl so weit abgeschlossen, daß Mewes seinen Anteil an der Panke Park GmbH an die Hauert & Noack KG abtrat und als Geschäftsführer ausschied. Die Dreckarbeit war getan. Jetzt trat der „seriöse Bauträger" auf den Plan. Fördergelder wurden bei der WBK (Wohnungsbaukreditanstalt; das ist die zuständige Senatsbehörde) beantragt und genehmigt. Heute wird an verschiedenen Stellen schon gebaut.

Beispiel: an der Ecke Schwedenstr./Osloer Str. baut die Scheinfirma „Panke Park Wohnungsbau GmbH Wohnanlage Schwedenstr. KG" unter der Bauträgerschaft von Hauert & Noack.
Herr Mewes als Gründer dieser Firma ist sowohl als Teilhaber der Träger GmbH als auch als Kommanditist inzwischen ausgeschieden. Er hat sich neuen Aufgaben zugewandt; unter anderem der Cuvrystraße.

Der Senat deckt den Firmenschwindel

Die betroffenen Mieter im Wedding wußten natürlich nicht, wer hinter diesem Herrn Mewes steckt, der in ihrem Stadtteil haufenweise Häuser und Grundstücke kaufte und die Mieter umsetzte. Aber die zuständigen Stellen beim Bezirksamt Wedding und beim Senat wissen das sehr wohl. Dorthin hat Herr Mewes nämlich sehr gute Beziehungen. Zum Teil konnte er bei den Mietern den Eindruck erwecken, als sei er ein von den Behörden eingesetzter Sanierungsbeauftragter. Der für Sanierung zuständige Amtsleiter beim Bezirksamt Wedding, Hoff, scheint sogar sein besonderer Kumpel zu sein. Jedenfalls brachte Mewes Herrn Hoff im Sommer 80 auch einmal mit in die Cuvrystraße, angeblich nur, um ihm die damals noch leerstehenden Fabrikgebäude zu zeigen. Vielleicht sind die Beziehungen zwischen Herrn Hoff und der im Wedding so aktiven Hauert & Noack-Gruppe aber auch schon so tief verflochten, daß Herr Hoff auch bei Entscheidungen in der Cuvrystraße schon mitwirkt.

Die Praktiken von Herrn Mewes in der Cuvrystraße sind bekannt.

Ließ leerstehende Wohnungen zumauern, wodurch die restlichen Mieter im Brandfalle gefährdet wurden, er ließ an die türkischen Mieter Handzettel verteilen, in denen diese aufgefordert wurden auszuziehen. Gewerbemieter wurden so lange unter Druck gesetzt, bis sie ohne eine ihnen zustehende Umsetzungsentschädigung auszogen bzw. ihre Betriebe einstellten. Er ließ ohne Genehmigung mit Abrißarbeiten in der Cuvrystr.27 anfangen; er ließ Fensterrahmen im Hinterhaus Cuvrystr. 26 heraushauen, obwohl nebenan noch Mieter wohnten. Er veranlaßte die Entwendung von über 90 Fensterflügeln aus der Cuvrystr.25 und drohte, mit Schlägertrupps gegen die Instandbesetzer vorzugehen. Der Eigentümerin des Hauses Cuvrystr.24 wurde von der COMBAU ein weit überhöhter Kaufpreis angeboten mit dem Zusatz einer Prämie von 3000 DM für jede schon entmietete Wohnung. Da die Eigentümerin an Mewes nicht verkaufen wollte, wurde eine andere Firma vorgeschickt: die Kaiser KG. Unter dem falschen Versprechen, das Haus nicht abreißen zu wollen, kam mit dieser ein Kaufvertrag zustande. Nach wenigen Wochen war diese Firma aber wieder abgetreten und hatte das Grundstück an Mewes und COMBAU weitergegeben

Alle erwähnten Machenschaften von COMBAU-/Mewes kamen durch die Aktivitäten der Mieterinitiative Cuvrystraße und der Bürgerinitiative SO 36 ans Licht der Öffentlichkeit und wurden von allen Seiten verurteilt; auch von den Behörden. Diese betonten immer wieder, man könne leider gegen einen „bösen" Hausbesitzer wie Mewes wegen der bestehenden Gesetze nichts unternehmen. Diese Behördenvertreter sind tagtäglich mit Sanierungsproblemen beschäftigt. Und doch wissen sie angeblich nicht, daß Mewes für einen großen Bauträger wie Hauert & Noack arbeitet. Dabei ist der ständig auf öffentliche Förderungen angewiesen und ist gleichzeitig noch staatlich anerkannter Sanierungsträger. Solche Unwissenheit der Behörden kann glauben wer will. Wir jedenfalls sind uns sicher, daß auch der Senat das Verwirrspiel der verschiedenen Firmen mitmacht, damit die Mieter die wahren Ursachen der Wohnraumzerstörung nicht so leicht mitbekommen.

Dazu ein Beispiel:

Auf der Sitzung des ZIP-Ausschusses (Koordinationsgremium für SO 36 mit Senats- und Bezirksamtsvertretern, Vertretern des Bürgervereins SO 36 und Planern) am 27.5.80 wurde zuerst über eine Liebrecht GmbH verhandelt. Diese angeblich unerfahrene, neue Firma hatte sich in der Reichenberger Str. 84-88 eingekauft. Anschließend kamen mal wieder die üblen Machenschaften des Herrn Mewes im Block 133 zu Sprache. Der anwesende Vertreter der „unerfahrenen" Liebrecht GmbH, Herr Buchmeier, hörte dabei aufmerksam zu. Warum, wurde uns bald klar. Die Liebrecht GmbH gehört ebenfalls zur Hauert & Noack-Gruppe mit Sitz Kudamm 219 und Herr Buchmeier ist gleichzeitig Geschäftsführer der Panke Park

Wohnungsbau GmbH, also direkter Nachfolger von Mewes. Was hier an Vorgehensweisen gegen Mewes besprochen wurde, hat dieser sehr schnell von Herrn Buchmeier erfahren. Die anwesenden Senatsvertreter hielten es nicht für nötig, die anwesende Öffentlichkeit über die Verbindung Mewes-Buchmeier aufzuklären.

Senat deckt illegale Sanierungspraktiken

Besonders dreist sind allerdings die Herren Krogmann und Morgenroth. Sie sind gemeinsam Besitzer des Bauträgers R&W Immobilienanlagen GmbH (HRB 8146), der Krogmann & Co OHG sowie einer Reihe weiterer Firmen - und der Baufirma Demuth & Co Bauausführungen (HRA 14208). Bei allen Sanierungsprojekten (vor allem in Neukölln) führt Demuth & Co die Bauarbeiten im Auftrag von R&W aus.

Am 21.8.1979 wurde R&W vom Senat als Sanierungsträger gemäß §34 Städtebauförderungsgesetz zugelassen. In diesem § steht aber, daß ein Sanierungsträger weder selbst eine Baufirma noch von einer solchen abhängig sein darf. Wenn R&W trotzdem als Sanierungsträger zugelassen wurde, kann das ja nur heißen, daß die Zusammenarbeit zwischen Sanierungsträgern und Baufirmen für den Senat längst eine akzeptierte Sache ist. Oder hat da jemand ein Weihnachtsgeschenk im Sommer bekommen?

Der Senat verspricht Fördergelder, die Bauträger treiben die Grundstückspreise in die Höhe und der Senat nimmt ihnen die dadurch entstandenen Mehrkosten durch Sondersubventionen wieder ab. Damit wandern wieder Steuergelder in Hülle und Fülle in die Taschen der ehemaligen Hausbesitzer; quasi als Lohn dafür, daß sie ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Instandhaltungspflicht nicht nachgekommen sind. Um welche Summen es da geht, macht folgendes Beispiel klar:

Im Juni 1977 kaufte der Besitzer der Barbecue-Steakhäuser, Hans-Dieter Schütze, die Grundstücke Cuvrystraße 20 und 23 für insgesamt 500 000 DM. Zweieinhalb Jahre später, im Januar 1980, verkaufte er an Herrn Mewes - für 1,9 Millionen! In der Zwischenzeit hat er an den Gebäuden natürlich nichts reparieren lassen, aber immerhin Miete kassiert. Ein Profit von 1,4 Millionen DM in zweieinhalb Jahren kann wohl außer bei Bauspekulation sonst nur noch beim Bankraub erzielt werden.

Reformstrategie - der gleiche Schwindel

Als angebliche Alternative zur Kahlschlagsanierung wird vom Senat immer wieder das Vorgehen im hinteren Teil von SO 36 angeführt. 1977 wurden die Strategien für Kreuzberg mit viel Öffentlichkeitsrummel proklamiert. In diesem Gebiet sollten nun die Mieter viel besser an der Sanierung beteiligt werden. Dazu wurde das „Zukunfts Investitions Programm" (ZIP) geschaffen, das heute durch das „Landesmodernisierungs Programm" (LaMod) abgelöst wird. Zur Verwirklichung der Bürgerbeteiligung wurde der Verein SO 36 gegründet. Spätestens heute ist aber klar, daß dadurch die Hauptübel der Sanierung: Mietervertreibung, Wohnraumzerstörung, Grundstücksspekulation nicht angetastet wurden. Riesenprofite für die Bauträger lassen sich auch mit dieser Programmen machen.

Beim LaMod sieht das folgendermaßen aus:

Das LaMod schreibt die Mieten nach der Modernisierung genau vor: 90 Pf unter der Neubaumiete im Sozialen Wohnungsbau. Somit beträgt die Anfangsmiete 4,34 DM/qm (Neubau 5,24) und steigt jedes Jahr um 17 Pf/qm. Dazu kommen dann natürlich noch die Heizkosten.
Von dieser Miete kann aber in Einzelfällen abgewichen werden, wenn die Modernisierung nicht so aufwendig ist (reduzierter Standard). An einem solchen reduzierten Standard dürften die Hausbesitzer allerdings kaum interessiert sein - wie die folgenden Ausführungen noch zeigen werden. Die Mieter müssen das also dann gegen den Willen des Eigentümers durchsetzen.
Es besteht je nach Umfang der Förderung eine Mietpreisbindung von 10, 15 oder20 Jahren. So lange also gilt diese reduzierte Neubaumiete. Danach ist die Miete frei festlegbar; es darf dann die „ortsübliche Vergleichsmiete" (Weißer Kreis?) genommen werden. Diese dürfte dann wegen des hohen Standards relativ hoch sein.

Aus Erfahrungswerten (insbesondere aus den ZIP-Modernisierungen) ergibt sich als Faustregel, daß von den gesamten anfallenden Baukosten 60% auf die Instandsetzung und nur 40% auf die Modernisierung entfallen. Dies ist in der Senatsvorlage vom 8.4.80 *(erhältlich beim Berliner Mieterverein)* zu diesem Gesetz auch so ausgeführt worden.

Wer verdient an Modernisierungsforderungen - wer zahlt?

Staat zahlt die unterlassene Instandhaltung

Die Finanzierung dieser ganzen Baukosten entspricht nun genau diesem Zahlenverhältnis: 40% muß der Hauseigentümer zahlen, 60% werden aus Steuergeldern zugeschossen. Die Modernisierung zahlen die Mieter, denn der Eigentümer legt seine eigenen Kosten (= 40% der Baukosten) auf die Mieten um (siehe Kasten). Die gesamte Instandsetzung jedoch, die bisher vom Eigentümer bewußt unterlassen wurde, obwohl er nach dem Gesetz dazu verpflichtet ist, diese ganzen Kosten zahlt der Steuerzahler. In der alten Miete, die ja bisher immer abkassiert wurde, ist ja eine sogenannte Instandsetzungspauschale enthalten. Dieses Geld hat dieser Eigentümer bzw. seine Vorgänger einfach in der eigenen Tasche verschwinden lassen.

Instandsetzungskosten und Miete

Von seiten der Hausbesitzer ist nun immer zu hören, daß diese in der Miete enthaltene Instandsetzungspauschale nicht ausreichen würde für die notwendigsten Reparaturen. Daß das nicht stimmt, zeigen z.B. die Altbauten in anderen Bezirken wie Neukölln, wo die Eigentümer nicht auf eine Modernisierung spekulieren. Die Häuser sind tadellos instandgehalten - mit den gleichen niedrigen Mieten. Außerdem besteht die gesetzliche Möglichkeit, die Miete zu erhöhen, wenn die Instandsetzungskosten nachweislich *aus den Mieteinnahmen nicht bezahlt werden können. Nach Auskunft des Berliner Mietervereins hat von dieser gesetzlichen Möglichkeit bisher noch kein einziger Hausbesitzer Gebrauch gemacht!!*

Mit den 120 Millionen, die der Senat jetzt für die abenteuerlichen Geschäfte des Herrn Garski hinblättern muß, könnten alle Blocks entlang der Görlitzer Str. wieder hergerichtet werden.

Damit wird deutlich, daß fehlendes Geld der Staatskasse als Grund für die immer teureren Mieten nur Heuchelei ist. Fördergelder sind vorhanden, nur sollen sie weiterhin in die Taschen von Spekulanten, Hausbesitzern und Steuerhinterziehern wandern, statt wirklich den Mietern des Kiezes zugute zu kommen.

Deshalb kann Forderung der Mieter nicht sein, noch mehr oder andere Subventionen heranzuschaffen, wie sie der Verein SO 36 aufstellt.

Profite der Sanierungsträger

Die Einnahmen der Bauträgerfirmen resultieren vor allem aus Honoraren für Vermittlung und Haftung der Finanzierung und Verwaltungsarbeiten. Die Gelder, die die Bauträger bekommen, belaufen sich bei Objekten wie dem Grundag Fonds 6 auf fast 20% der Gesamtkosten. Dafür haben sie natürlich auch einige Kosten, aber die Vergütungen liegen weit über dem tatsächlichen Aufwand. So streicht der Bauträger allein für die Vermittlung der WBK-Gelder 1% der gesamten Aufwendungsbeihilfen ein; das sind beim Grundag Fonds z.B. 240 000 DM. So erzielte die Grundag 1978 aus einer Million DM Stammkapital ca. 700 000 DM Gewinn, also 70%!

Durch die Verbindung der verschiedenen Firmen ergeben sich zudem Gewinne bei den Architektenhonoraren. Letztlich ermöglicht die Verbindung der Firmen ein Aufblähen der Kosten, die ja der Staat durch die Subventionen abdeckt. Daß dieses Aufblähen der Kosten auch vor den direkten Baukosten nicht halt macht, ist allgemein bekannt. Durch Preisabsprachen der Baufirmen untereinander sowie durch direkte Beziehungen zwischen Bauträgern und bauausführenden Firmen werden die berliner Baupreise in immer höhere Höhen getrieben. Deshalb liegt auch Berlin hinsichtlich der Baupreise weit an der Spitze gegenüber anderen Großstädten. In Berlin fließen ja auch die Subventionen besonders reichlich. Offiziell müssen natürlich die Bauvorhaben öffentlich ausgeschrieben und an das billigste Angebot vergeben werden. Die genauen Vorgänge kennen wir noch nicht; festzustellen ist nur, daß bestimmte Baufirmen für immer die gleichen Bauträger arbeiten (z.B. die Baufirma SüWe immer für die Gruppe Hauert & Noack). Daß es da direkte Abmachungen gibt, liegt auf der Hand.

Der Steuerzahler finanziert jedoch über die Aufwendungshilfen nicht nur die Profite der Sanierungsträger, sondern indirekt über - durch günstige Abschreibungsmöglichkeiten erzielte - Verlustzuweisungen die Renditen der Kommanditisten, die zur Beschaffung von Eigenkapital von den Bau- und Sanierungsträgern geworben werden. Ein Zitat aus einer Broschüre, die solche Leute wirbt - meist gutverdienende Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte: „Der wesentliche Vorteil einer Beteiligung am GRUNDAG-Fonds 6 liegt in der *Umwandlung von Steuern in Immobilienbesitz* (!). Mit geringem Kapitalaufwand erwirbt der Zeichner Anteile an wertvollem Grundbesitz."
Daß dies stimmt, verdeutlicht folgende Rechnung:

Über 100% Profit für Kapitalanleger

Durch eine Streckung der Einzahlungen der Kapitalanleger über mehrere Jahre hinweg wird erreicht, daß diese nur einen Bruchteil ihrer papiermäßigen Einlage aufbringen müssen. Der Hauptteil der jährlichen Einzahlungen in den Immobilienfonds wird letztlich durch direkte Steuereinsparungen vom Finanzamt bezahlt.
Beim Grundag Fonds ergibt sich für einen Kapitalanleger, der einen Steuersatz von 56% hat und 100 000 DM einlegt, folgende Rechnung (in DM):

Jahr	Einzahlung	Verlustzuweisung	Steuerersparnis bei 56%	tatsächlich aufzubringende Einzahlungen
	24000			
1980	+ 5000 *	41000	22960	6040
1981	28000	47000	26320	1680
1982	28000	47000	26320	1680
1983	13000	22000	12320	680
1984	7000	12000	6720	280
	105000		94640	10360 DM

* Agio (d.h.: Provision für Grundag)

Das heißt also: ein Kapitalanleger der Steuerklasse 56% muß für eine Beteiligung am Grundag Fonds 6 nur ca. 10% seiner Einlage aus eigener Tasche aufbringen. Die restlichen 90% bezahlt ihm praktisch der Staat.
Dieser tatsächlichen Investition stehen in den ersten 16 Jahren (also hier bis 1995) folgende Gewinne gegenüber:
* Nach der Einzahlungsphase (von 1985 bis 95) erwarten ihn weitere 33 040 DM weniger Steuerzahlung. (Siehe Tabelle)
* Ab 1985 erwarten ihn jährliche Renditeausschüttungen von 2%, also bis 1995 weitere 22 000 DM.

schwarzer Freitag

Kreuzberg lebt

Eigentlich stand Abrüstung auf dem Programm und am frühen Nachmittag des 12.12. deutete noch nichts daraufhin, daß dieser Freitag sich wesentlich von anderen, angeblich freien Tagen im Leben eines taz Redakteurs unterscheiden sollte. Nachmittags um 15 Uhr eine Pressekonferenz der „Initiative für Frieden und Abrüstung"- um 18 Uhr die Veranstaltung. Vorhersehbare Ereignisse: Keine. Auch als um 17/30 Uhr ein Freund in die Wohngemeinschaft am Fraenkle-Ufer stürmt um, noch nach Luft ringend, zu erzählen, ein paar Häuser weiter wäre gerade ein Haus besetzt und wieder geräumt worden, bin ich noch nicht bereit, dies als ein Signal, daß die Alltagsroutine erschüttert, zu begreifen. Häuser werden in Kreuzberg jeden Tag besetzt, na und?

Ein bißchen Theater, aber nichts, was mich davon abhalten könnte, mich wie geplant der„ globalen Friedenssicherung" zu widmen. Beim verlassen der TFH verdichten sich die Gerüchte, in Kreuzberg wäre doch mehr passiert, als eine routinemäßige Besetzung. „Die Bullen räumen, in SO 36 ist Zoff", erzählt aufgeregt ein Flugblattverteiler. Hin und herschwankend zwischen dem Verdacht „Scheißhausparolen" aufzusitzen und der aufgestachelten Sensationslust siegt die Neugierde.

Kurz vor dem Kottbusser Tor tauchen die ersten Leute auf, deren äußere Insignien auf ein intimes Verhältnis zur Scene schließen lassen. Ungläubig hören wir uns an, wie sie die letzten zwei Stunden in Kreuzberg beschreiben:„ Wir haben aufgeräumt, es ist alles kaputt. Die Bullen sollen sehen was passiert, wenn sie hier räumen wollen".

Wenige Minuten später ist klar, daß es diesmal tatsächlich gefunkt hat. Die seit langem aufgestaute Aggression, Ergebnis eines beständigen Wechselbades zwischen Drohung und Verhandlung, die täglichen Nadelstiche haben eine Situation geschaffen, die niemand mehr kontrollieren kann. Die erste Räumung, unwesentlich ob tatsächlich geräumt wurde oder eine Besetzung verhindert war der Funke an der Zündschnur zum Pulverfaß. Das Bild, das der Platz rund um das Kottbusser-Tor bietet, versetzt mich schlagartig in eine andere Realität. Eine Hochstimmung macht sich breit, der Prozeß der Vergesellschaftung ist in vollem Gange. Von Polizei ist erstmal nichts zu sehen, zwei Wannen verschwinden genausoschnell wie sie erst auftauchten. In dieser Nacht sind in Kreuzberg die Verhältnisse vom Kopf auf die Füße gestellt. Die Staßen sind voller Menschen, Barrikaden werden gebaut, immer wieder Gruppen von Leuten die miteinander diskutieren. „Wann kommen die Bullen, das können sie nicht dulden, Kreuzberg als Exteritoriales Gebiet"? Zwar sieht man am ende der Straßenschluchten ununterbrochen Blaulicht zucken, aber erst einmal passiert nichts. Dann plötzlich rücken sie vor, räumen die erste Sperre und werden von einem Steinhagel empfangen. Was dann kommt mutet wie ein kleiner Guerillakrieg an. Die Bullen gewohnt, Demonstrationen aufzulösen, in Menschenmengen reinzuprügeln, machen einen hilflosen bis panischen Eindruck. Immer wenn sie mit fünf bis zehn Mannschaftswagen in das Zentrum der Auseinandersetzungen hereinfahren, ist niemand mehr greifbar. Die Leute verschwinden in Kneipen Hauseingängen Hinterhöfen usw. um dann von hinten alles was an Pflastersteinen greifbar ist, auf die Plexiglasbestückten Wannen niederprasseln zu lassen. Es kam zu Spießrutenfahrten von Mannschaftswagen die durch ein Spalier von Steinewerfenden Besetzern fuhren um sich an irgend einem Platz neu zu sammeln. Immer wieder versuchten die Bullen mit Stoßtrupps eine nichtvorhandene Demonstration aufzulösen, zerstörten Barrikaden die dann an anderen Stelle wieder aufgebaut wurden. Doch Gnade denjenigen derer sie habhaft wurden. Zu dritt knüppelten sie einzelne Leute zusammen schleiften einzelne Unglückliche in die geschlossenen Mannschaftswagen, wo man nur noch erahnen konnte, was mit diesen dann passiert. Phasen zeitweiliger Ruhe wurden immer wieder abgelöst, durch eruptive Ausbrüche neuer Auseinandersetzungen. Die Konzeptionslosigkeit der Polizei kam besonders deutlich zum Ausdruck, als sie , um jemanden festzunehmen, einen Mieterladen stürmten, in dem die dort Versammelten gerade darüber berieten, wie man die Situation wieder einigermaßen unter Kontrolle bekommen könnte. Ähnliche Szenen spielten sich in Kneipen ab, wo die „Freunde und Helfer" in der Regel vergeblich versuchten, Leute festzunehmen.

In den frühen Morgenstunden endendete diese erste Runde, wohl erher aufgrund beiderseitiger Erschöpfung als das die Polizei verkünden konnte, sie hätten ihre „Ordnung", wiederhergestellt.

17.00 Uhr - Acht Leute öffnen die Tür des Hauses Fraenkelufer 48, um es instandzubesetzen.

„Wir trafen mit dem Möbelwagen ein und transportierten die Sachen in den dritten Stock. Beim Einzug trafen wir die Mutter und zwei Töchter der Türkenfamilie an, welche in diesem Haus noch wohnte. Eine Tochter rannte trotz Beruhigungsversuchen los, um die Polizei zu alarmieren. Die waren auch fünf Minuten später mit zwei Streifenwagen da, kurz darauf auch zwei oder drei Mannschaftswagen. Wir wurden alle im Haus auf der Treppe gegriffen. Es waren anfangs vielleicht sechs Beamte, die ins Haus kamen. Wir ließen uns widerstandslos nach draußen führen, wo wir an der Hauswand durchsucht wurden. Mit Handschellen versehen wurden wir paarweise in einen Mannschaftswagen verfrachtet und zur Friesenstraße gebracht."

18.00 Uhr - Mittlerweile hatten sich ungefähr hundert Leute vor dem Haus versammelt. Diese liefen zur Admiralstraße, weil das Gerücht umging, die ebenfalls seit mehreren Wochen besetzte Admiralstraße 20 solle geräumt werden. Vor diesem Haus war bereits eine Barrikade errichtet worden.

18.30 Uhr - Starke Polizeikräfte versammeln sich jenseits der Admiralbrücke. Polizisten stürmten über die Brücke und warfen sofort Tränengsa in die Menschenmenge. Die Leute flüchteten die Admiralstraße entlang in Richtung Kottbusser Tor, verfolgt von Polizisten, die bereits hier viele Leute niederknüppelten und einige auch festnahmen.

„Ein Polizist ergriff einen der Gejagten auf dem Bürgersteig vor dem Hause Fraenkelufer 50 und riß ihn zu Boden. Er wurde von hinten in Halshöhe gegriffen. Weitere Polizisten kamen hinzugestürmt und haben ihn verhaftet."

Am Kottbusser Tor hatten sich bereits 50 bis 60 Leute angesammelt, als die Menschen von der Admiralstraße ankamen. Eine ziemliche Panik entstand, weil plötzlich auch am Kottbusser Tor sechs Mannschaftswagen auffuhren. Sie fuhren zum Teil auf den Gehwegen weiter, um kurze Zeit später wieder zurückzukommen. Bei dieser abermaligen Rückfahrt, rücksichtslos, knapp an Passanten vorbei, flogen die ersten Steine gegen ein Polizeifahrzeug und gegen die Commerzbank.

19.00 Uhr - Ein einzelner Polizeiwagen fuhr auf den Gehweg vor das Schaufenster der Commerzbank. Die beiden Beamten, sonst war kein weiterer Polizist in Sicht, sprangen aus dem Wagen und liefen mit gezogener Pistole auf eine 250-300köpfige Menschenmenge zu, die vor Aldi stand. Alle Leute rannten in panischer Angst davon. Während dieses Vorgangs wurde der Polizeiwagen, in dem sich niemand befand, umngestürzt.

„Ich stand in einer Gruppe vo ca. 50 Leuten Ecke Kottbusser Damm / Reichenberger Straße. Polizisten waren nicht zu sehen, nur gegenüber auf dem Bürgersteig vor der Commerzbank stand mit der Front zu uns ein VW-Bulli mit geschlossenen Türen. Da ich von vorne hereinsehen konnte, sah ich genau, daß niemand drinsaß. Die Scheiben der Commerzbank waren schon zerbrochen. Alles weitere spielte sich in kürzester Zeit ab. Auf dem Bürgersteig vor der Commerzbank kamen aus Richtung Skalitzerstraße zwei Polizisten angerannt, die jemanden verfolgten. Die Verfolger waren schon am Bulli vorbei, als wir losrannten, um dem Verfolgten zu helfen. Als wir auf dem Grünstreifen in der Mitte des Kottbusser Damms

Foto: Michael Kipp

waren, stürzte der vordere Polizist. Er blieb mit den Beinen Richtung Kottbusser Damm liegen. Vor der anrennenden Menge zog er mit der rechten Hand seine Pistole. Wir machten sofort kehrt und die Gruppe zerstreute sich in verchiedene Richtungen."

Ein Demonstrant, der mit einer schweren Gehirnerschütterung im Krankenhaus behandelt wurde, traf zuufälligerweise den am Bein verletzten Polizisten, der auf Fragen des Arztes aussagte, er wisse nicht genau, wie er zu seiner Verletzung gekommen sei.

Polizeiversion zu Verletzung

In einer Presseerklärung hat die Polizei den Zwischenfall, bei dem ein junger Mann während der Krawalle in Kreuzberg vor allem an den Beinen schwer verletzt wurde, aus ihrer Sicht erläutert. Eines von vier Polizeifahrzeugen sei bei dem Versuch, einer Straßensperre am Oranienplatz auszuweichen, massiv und gezielt mit Steinen beworfen worden. Als der Fahrer durch die Scheibe der Wagentür von zwei Pflastersteinen an Kopf und Arm getroffen worden sei, habe er die Gewalt über das Fahrzeug verloren, das gegen eine auf der Fahrbahn befindliche Betonröhre geprallt sei. Beim Zurückfahren unter weiteren Steinwürfen habe der Fahrer bemerkt, daß in der Betonröhre eine Person gesessen habe. Zwei Beamte, die ausstiegen, seien sofort tätlich angegriffen worden und hätten verletzt in das Fahrzeug flüchten müssen. (Tsp)

Kurze Zeit nach diesen Vorfällen kam Verstärkung, die ihre Wagen rund ums Kottbusser Tor parkte. Die Beamten verfolgten sofort eine Menschenmenge in Richtung Reichenberger Straße. Dabei kam es nach übereinstimmenden Aussagen zu wüsten Prügelorgien. Auch unbeteiligte Passanten wurden mit äußerster Brutalität niedergeknüppelt. Etliche Beamte stürmten den U-Bahnhof Kottbusser Tor, wobei es wieder zu Tränengaseinsätzen kam. Bereits zu diesem Zeitpunkt gab es viele Verletzte und etliche Verhaftungen.

Zum selben Zeitpunkt ereignete sich an der Admiralstraße / Ecke Fraenkelufer folgendes:
Einige Demonstranten befanden sich noch am Fraenkelufer, als plötzlich Polizisten anstürmten.

„Ich verharrte erst einmal in einer Schrecksekunde uind rannte dann los, war aber nicht schnell genug und wurde gegenüber dem besetzten Haus niedergestreckt. Ein Bulle trat mir von hinten zwischen die Beine, so daß ich der Länge nach hinstürzte. Zwei bis drei Bullen fielen sofort über mich her und fingen an, mich mit Schlägen und Fußtritten zu attackieren. In meiner Nähe ging eine von der Polizei abgeschossene Rauchbombe nieder. Sie zogen mich an den Armen auf den gegenüberliegenden Bordstein, mit dem Rücken schlug ich dabei gegen den Bordsteinvorsprung. In der Nähe der Hauswand rissen sie mich an den Haaren hoch. Da ich nicht schnell genug Arme und Beine breitmachte, wurde ich schnell noch mit dem Kopf gegen die Hauswand geschlagen und bekam noch einige Fußtritte in Unterleib und Beckengegend. Im Polizeigriff wurde ich zu einer Wanne am Fraenkelufer abgeführt. Ich wurde teils in die Wanne gezogen und teils geworfen. Dort mußte ich am Boden liegen. Da waren dann vier Bullen so richtig unter sich ohne Zeugen. Von einem Bullen wurde ich gewürgt, begleitet von den Worten: 'Überhaupt werden wir mit euch schon fertig!' Ein anderer Bulle hatte meinen Arm gepackt und drehte ihn genüßlich immer mehr rum und so ging das weiter. Dann fuhr die Wanne los. Wir waren nicht länger als drei bis fünf Minuten unterwegs. Nun wurde ich wieder herausgezerrt, von einem Polizisten im Polizeigriff gehalten, ein anderer packte meine Haare und so hielten sie mich mit dem Gesicht

Foto: Michael Kipp

Foto: Michael Kipp

zu einer Menge von Demonstranten ca. zwei Meter von mir entfernt. Mir kam das wie eine Provokation der Bullen vor, um zu erreichen, daß ein paar Leute versuchen, mich zu befreien, so daß sie wieder voll reindreschen können. Ich konnte noch meinen Namen rufen, bevor ich in eine andere größere Wanne gestoßen wurde. Dort saßen schon ein Mann und eine Frau. Die Frau konnte ihren Arm kaum bewegen, da sie eins mit dem Schlagstock abbekommen hatte. Wir wurden in die Friesenstraße gebracht."

19.30 Uhr - Nach den zahlreichen Tränengaseinsätzen und brutalen Prügeleien vonseiten der Polizei flogen Steine sowohl gegen Einsatzfahrzeuge als auch gegen die Scheiben von Aldi, Kaisers, Deutsche Bank und Sparkasse.

20.00 Uhr - Immer wieder fuhren Mannschaftswagen ziellos durch die Straßen, stoppten kurz, verhafteten Leute und warfen Tränengas. Panik und Wut wurden immer größer. Viele hundert Menschen sammelten sich mittlerweile am Kottbusser Tor und in den umliegenden Straßen.

„Ich wurde am Freitag gegen 20 Uhr am Kottbusser Tor verhaftet, als ich eine Freundin besuchen wollte. Ich wollte zur U-Bahn und befand mich am Eingang vor Kaisers Supermarkt. Da flogen Steine in die Scheiben und ich wich erstmal auf die Straße aus, dann noch weiter unter die Hochbahn. In diesem Moment durchfuhren die Polizeiwagen eine Barrikade, die Polizisten sprangen heraus und rannten los. Völlig verwirrt rannte auch ich los in Richtung Görlitzer Bahnhof. Nach ein paar Metern versetzte mir jemand einen Stoß und ich stürzte, stand wieder auf und lief noch zwei Schritte, wurde dann mit einem Knüppel niedergeschlagen, alle Schläge auf den Kopf. Dann wurde ich an den Haaren gepackt und hochgezogen, dann von zwei Polizisten fotografiert, anschließend in eine Wanne, wo ein anderer Gefangener auf dem Boden lag, gebracht. Dann wurde noch eine Frau in die Wanne gebracht. Sie hatte einen Helm auf. Wir betonten alle drei, nur zugeschaut zu haben. Darauf kam die Antwort: 'Ach was, mit Helm nur zugeguckt, wie!"

Zur gleichen Zeit begannen Plünderungen, woran alle Kreuzberger Bevölkerungsschichten beteiligt waren. Die Polizei schaltete sich hier zunächst nicht ein. Barrikaden in der Adalbertstraße, Naunynstraße, Oranienstraße und am Oranienplatz wurden errichtet, so daß hier nach kurzer Zeit kein Polizeifahrzeug mehr durchkam. Die Situation eskalierte von Minute zu Minute.

„Türken waren fassungslos" – 66 Polizisten verletzt

Straßenschlacht: Unter den Plünderern viele junge Frauen

Moro

BM/dpa Berlin, 14. Dez.

„Die rücksichtslos gegen Menschen, Sachen und die Allgemeinheit überhaupt gerichteten Aktionen werden nicht hingenommen. Vor weiteren Fällen des schweren Landfriedensbruches muß gewarnt werden." Das erklärte Berlins Innensenator Peter Ulrich am Sonnabend, nachdem mehrere hundert militante Störer im Anschluß an eine versuchte Hausbesetzung in Kreuzberg der Polizei eine schwere nächtliche Straßenschlacht geliefert hatten. Bei den Auseinandersetzungen wurden 66 Polizeibeamte und eine unbekannte Zahl Gewalttäter verletzt; die Höhe des angerichteten Schadens war zunächst noch nicht zu übersehen.

Foto: Michael Kipp

Foto: Michael Kipp

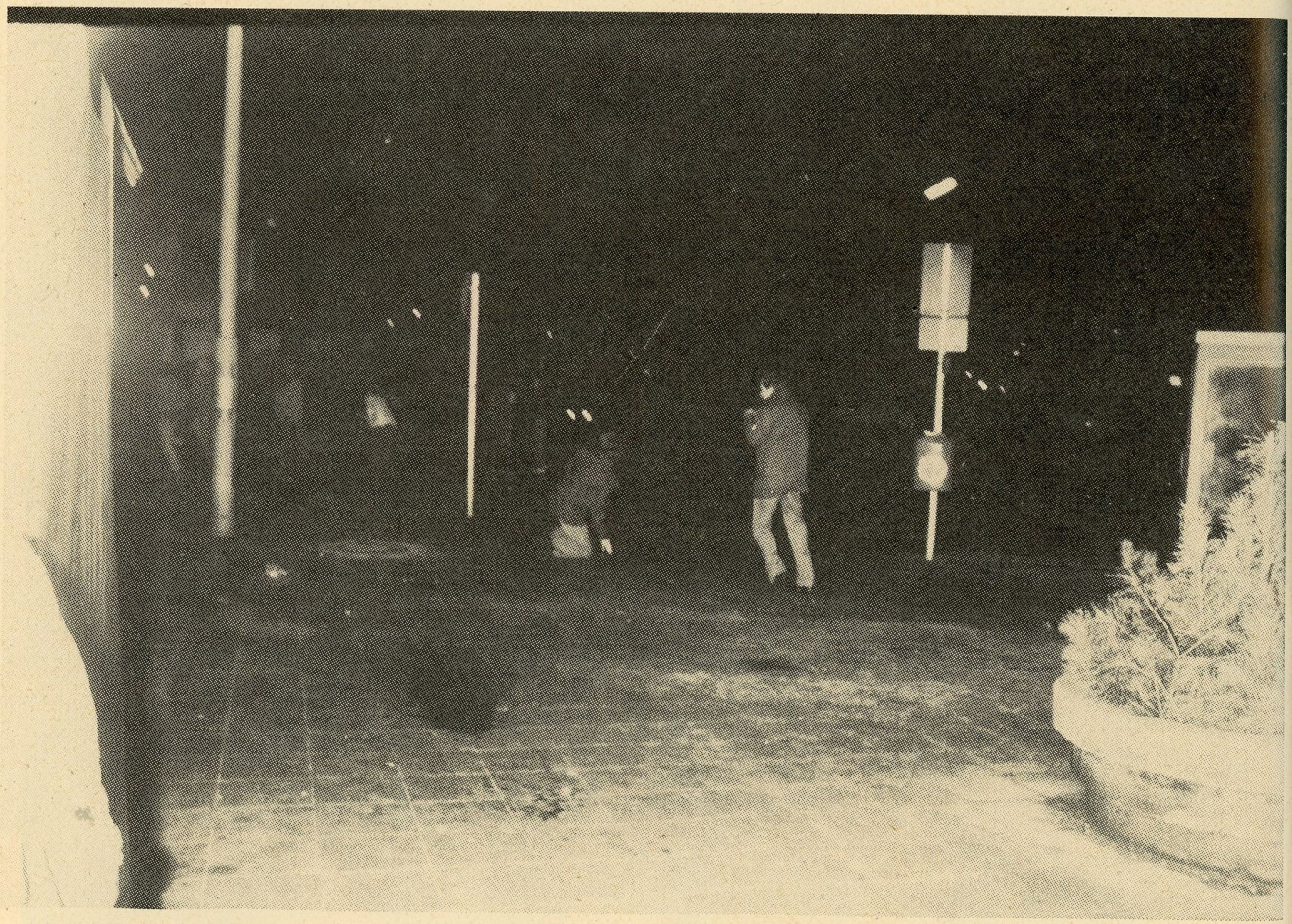
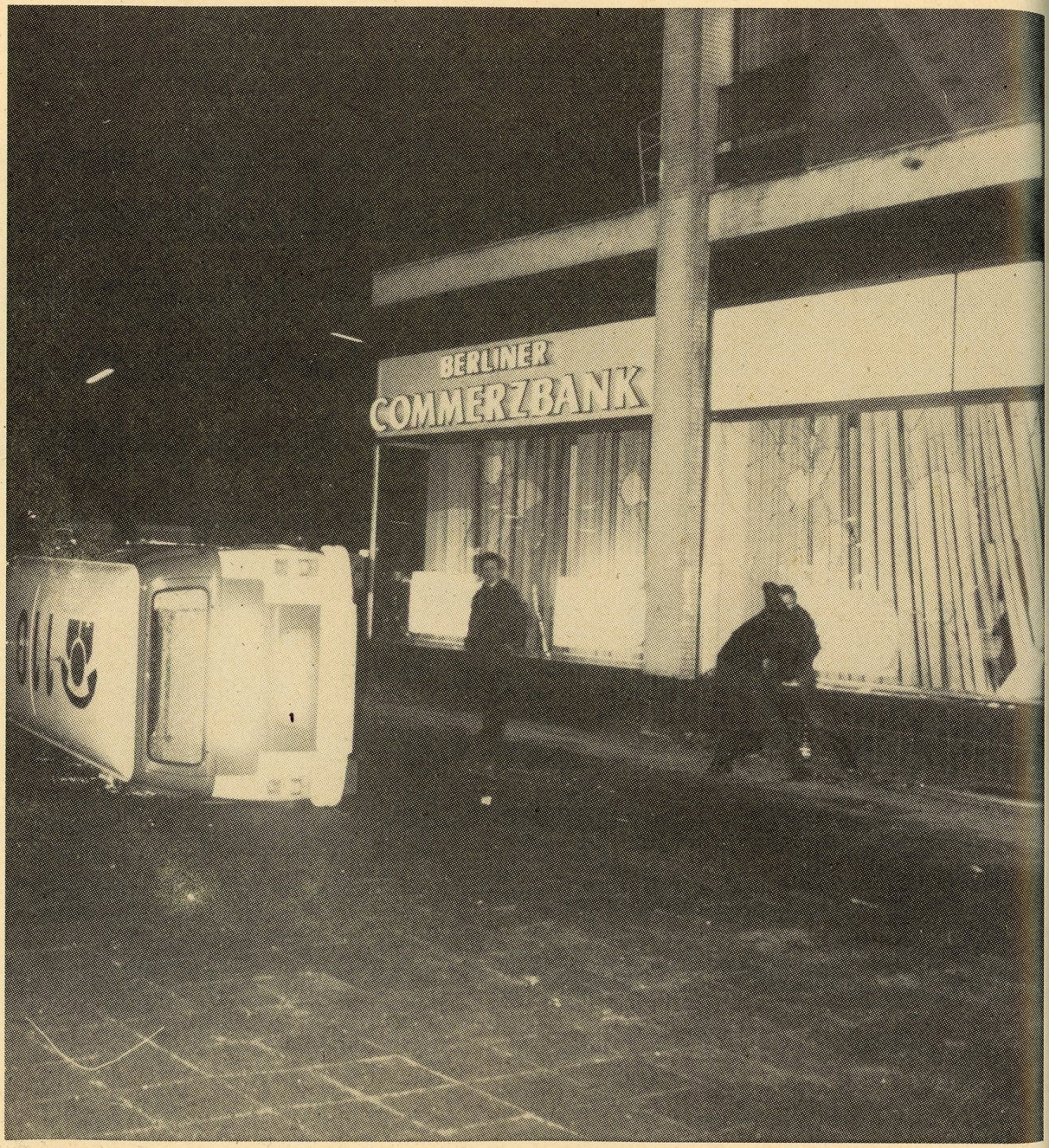


Foto: Michael Kipp


BERLINER
COMMERZBANK

21.00 Uhr - Am Kottbusser Tor Ecke Admiralstraße wurde von einer Demonstrantin ein Schuß gehört, wobei anscheinend niemand verletzt wurde.
Auf der Naunynstraße versteckten sich fünf Demonstranten aus Angst vor einem vorbeifahrenden Polizeiwagen in einem Hauseingang. Die Polizisten stiegen aus und verfolgten die Leute bis ins Haus, wobei ein Demonstrant durch mehrere Knüppelschläge schwer am Kopf verletzt wurde und zur Behandlung ins Krankenhaus mußte.

22.00 Uhr - Immer wieder heftige Zusammenstöße mit immer mehr Verletzten und Verhafteten. Gefangene werden in Hauseingängen, auf den Straßen und in den Einsatzwagen brutal mißhandelt. Gegen 22.30 Uhr versuchte ein Mitglied der Bürgerinitiative SO 36 und zwei vom Mieterladen Dresdener Straße, den Einsatzleiter in der Baerwaldstraße zu sprechen. Der BI'ler versucht, den Einsatzleiter davon zu überzeugen, daß nur ein vorübergehender Abzug der Polizeikräfte die sinnlose Situation entspannen könne. Er werde sich zusammen mit anderen dafür einsetzen, daß sich die Leute im Mieterladen Dresdener Straße treffen, um die Situation zu überdenken. Auf Nachfragen betonte der Einsatzleiter, daß keine Räumung der besetzten Häuser beabsichtigt sei, es nur um die Verhinderung von Straftaten und Plünderungen ginge. Der Einsatzleiter gab zu, daß inmitten von Zusammenstößen keine Gespräche möglich wären, wollte aber seine Kräfte erst um 23.30 Uhr abziehen, wenn bis dahin nichts mehr vorfiele.

„Nach dem Polizeiangriff auf die Barrikade auf der Adalbertstraße zog ich mich mit einer Gruppe von Demonstranten zum Oranienplatz zurück. Wir waren ca. vierzig Leute. Schon nach wenigen Minuten kam es auch dort zu einer harten Auseinandersetzung mit der Polizei, die zunächst nur aus Richtung Heinrichplatz kam und den Oranienplatz räumen wollte. Ca. 10 Minuten konnten wir die Angriffe abwehren, dann wurde das Polizeiaufgebot hier verstärkt. Sie kamen nun auch aus anderen Richtungen und versuchten, uns auseinanderzutreiben, indem sie mit voller Geschwindigkeit über den Oranienplatz rasten, dabei teilweise auch direkt auf Demonstrantengruppen zufuhren und einzelne auf diese Weise versprengte Demonstranten durch die Nebenstraßen hetzten. Hierbei wurden viele zusammengeknüppelt und auch verhaftet."

In der Adalbertstraße war inzwischen eine Schlacht entbrannt. Eine größere Anzahl Wannen war vom Kottbusser Tor aus in die Straße hineingefahren und räumte die Straßensperre. Hierbei wurde Tränengas geworfen. Aus einem Hauseingang torkelte ein Mann heraus. Er sgte, er hätte im Hauseingang gestanden, als eine Tränengaspatrone hineingeschossen wurde. Er habe schon mehrmals gebrochen und könne nun nicht mehr. Dann fiel er um und antwortete nicht mehr.
Zum gleichen Zeitpunkt an der Barrikade. „Unsere Gruppe wurde durch den Knüppeleinsatz der Bullen auseinandergetrieben. Ich wich in die Naunynstraße aus, wo ich nur dadurch einer Verhaftung und dem Zusammenschlagen entging, daß ich von zwei türkischen Frauen in einen Hauseingang gezerrt wurde und diese die Haustür sofort danach verschlossen. Als ich kurz darauf zu der dann bereits zerstörten Barrikade zurückging, sah ich, wie zwei Polizisten aus der Adalbertstraße eine Frau brutal zu einer der beiden Wannen zerrten."

„Ich beobachtete einen Fall, wie eine Wanne anhielt, die Mannschaft hinten heraus sprang und auf einen Hauseingang zurannte. Die Herumstehenden stoben auseinander, wahrscheinlich sind ein oder zwei Leute in den Hinterhof gelaufen. Jedenfalls dauerte es eine ganze Weile, bis eine Frau, gestützt von einem Mann, weinend und sich den Kopf haltend herauskam. Einige Sekunden später kamen die Polizisten geschlossen und in einer Art Marschschritt aus dem Eingang heraus und stiegen in ihre Wannen."

„Als wir vor der Oranienstr. 173 unseren Wagen parkten, fielen direkt neben uns zwei bis drei Rauchbomben und wir flüchteten sofort in den Hauseingang. Weiter geschah jedoch nichts. Wir gingen auf einige Demonstranten zu und informierten uns. Plötzlich kamen vom Heinrichplatz fünf bis sechs Wannen auf uns zugefahren. Sie hielten kurz vor der Menge, stürmten mit Schildern und Schlagstöcken. Es entstand Panik. Wir rannten auseinander und ich wurde von einem Polizisten verfolgt. Ich blieb sogleich stehen und stellte mich, weil ich fürchterliche Angst hatte. Ich bekam sofort das Schild ins Gesicht und fiel auf die Erde. Im gleichen Augenblick tauchten drei weitere Polizisten auf, die auf mich eintraten. Unter weiteren Faust- und Knüppelschlägen wurde ich zum Einsatzwagen gebracht, mit mir eine weitere Frau und ein Mann. Im Einsatzwagen machte sich die Polizei einen Spaß daraus, sich auf uns fallenzulassen und uns dabei soviel Schmerzen wie möglich zukommen zu lassen."

„Als ich das Oranienstübel verließ, sah ich auf der Straße eine aufgeregte hin- und herlaufende Menschenmenge und zwei quer über die Straße gestellte Personenwagen, die eine Art Straßenbarrikade bildeten. Hierdurch vergrößerte sich meine Furcht und ich lief schnell über die Straße in einen dunklen Hauseingang. Während ich noch versuchte, einen zu gewinnen, lief die erste Kette von Polizisten an mir vorüber. Ich geriet in Panik. Ich lief über die Straße und geriet zwischen die erste und zweite Polizeikette. Die Polizisten verständigten sich durch Zurufe, liefen auf mich zu und schlugen mich mit mehreren Knüppelschlägen zu Boden. Dabei schlugen sie auch auf meine Brille, so daß diese zu Boden fiel und die Gläser zerbrachen. Als ich dann fest im Polizeigriff war, bat ich die Polizisten, wenigstens noch das intakte Brillengestell aufheben zu dürfen. Sie reagierten nicht, sondern einer der Beamten trat absichtlich noch einmal auf das Gestell, so daß es zerbrach. Ich wurde zur Wanne gebracht und hineingestoßen. Ich mußte mich auf den Boden setzen. Daraufhin wurden mir Handschellen angelegt. Einer der Beamten schrie: 'Einen Mucks und wir schlagen dich zusammen!' "

„Vom Görlitzer Bahnhof fuhren wir über die Oranienstraße Richtung Prinzenstraße. Höhe Prinzenbad stoppten uns fünf bis sechs Wannen, die Polizisten rissen unsere Wagentür auf, wir wurden in der bekannten Art und Weise durchsucht. Die gründliche Durchforstung unseres Autos brachte zwei Kleinpflastersteine zutage. Dieses reichte zur vorläufigen Festnahme und Verdacht auf Landfriedensbruch aus."

„Um 22.30 Uhr befand ich mich am Heinrichplatz in einer Gruppe von Demonstranten. Es kamen mehrere Polizeieinsatzfahrzeuge, aus denen die Polizisten heraussprangen und sofort auf die flüchtenden Demonstranten einprügelten. Ich flüchtete. In der Manteuffel- Ecke Naunynstraße sammelten sich ca. fünfzehn Leute, die abwarteten, was passierte. Unmittelbar danach sahen wir Blaulicht aus der Waldemarstraße kommen, die

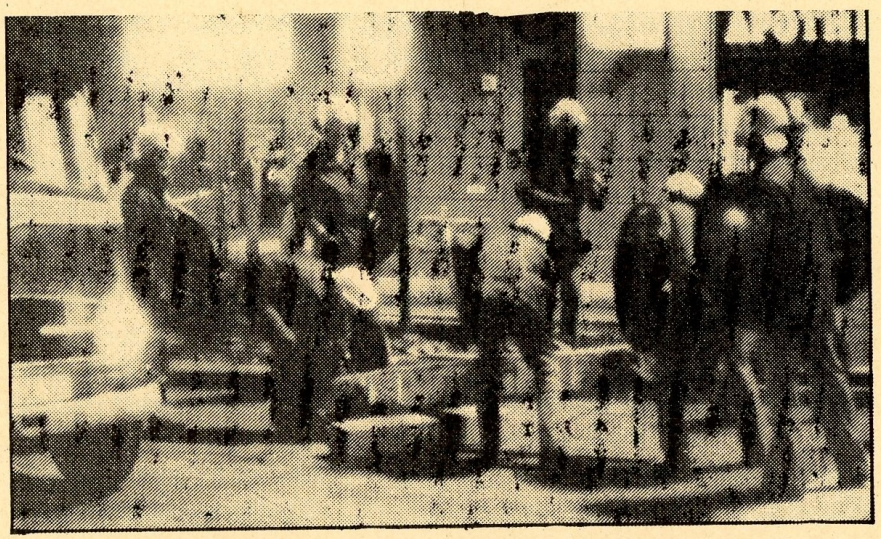
Wagen hielten und die Polizisten kamen direkt auf uns zu. Wir flüchteten in einen Eingang und versuchten, innerhalb des Hauses und im Hinterhof Verstecke zu finden. Wir fanden Zuflucht in einer Toilette, doch die Polizisten verfolgten uns bis dorthin. Mit erhobenen Händen kamen wir aus der Toilette, doch sie prügelten wüst auf uns ein .Völlig wehrlos wurden wir im Spießrutenlauf die Treppen heruntergeprügelt, wobei von links und rechts Schläge auf uns niederprasselten. Der dritte Demonstrant wurde von den Bullen die Treppe runtergestoßen, schlug mit dem Kopf auf die Treppenstufen. Da er nicht mehr aufstehen konnte, zerrten sie ihn hoch, traten auf ihn ein und warfen ihn wieder die Treppe hinunter. Er blutete sehr stark am Kopf. So erreichten wir den Hauseingang."

23.30 Uhr - Am Kottbusser Tor wurde durch ein von der Polizei nach langem Drängen herausgerücktes Megaphon eine Durchsage gemacht, die Straßen zu verlassen und vor dem Mieterladen zusammen zu kommen, um von dem Gespräch mit der Einsatzleitung zu berichten. Ca. 100 Leute versammelten sich am und im Mieterladen. Hier wurde diskutiert, wie es weitergehen sollte. In die Diskussion stürmten drei bis vier Leute, die von aufgeregten Beamten verfolgt wurden. Der Laden war mit ca. 100 Leuten völlig überfüllt. Panik brach aus, als Mannschaftswagen auftauchten. Die Beamten verlangten unter wüsten Beschimpfungen, einen angeblichen Steinewerfer herausholen zu können. Ihnen wurde gesagt, sie sollten eine sinnlose Konfrontation vermeiden. Jetzt griffen sie sich vor Augenzeugen einen völlig Unbeteiligten vor dem Laden und führten ihn ab. Sofort wurde versucht, den Zugführer ausfindig zu machen, um diesen Mann wieder frei zu bekommen. Ein Verantwortlicher vor Ort konnte nicht ausfindig gemacht werden.

Es wurde versucht und erreicht,daß die Mannschaftswagen abzogen, aber sie nahmen den Verhafteten mit. Daraufhin fuhren vier Vertreter der BI SO 36 hinterher, wurden bei einer weiteren Kontaktaufnahme von Beamten angerempelt und mit Prügeln bedroht. Sie suchten zum dritten Mal den Einsatzleiter auf. Es wurde vereinbart, nachdem eine Freilassung des Verhafteten nicht erreicht werden konnte, daß die Polizei von 1.15 bis 1.45 abzieht, um eine Beruhigung zu ermöglichen.
Stattdessen begann um 1.15 Uhr die schwerste Konfrontation am Oranienplatz. Damit waren jegliche Vermittlungsversuche gescheitert.

„Um 23.30 Uhr gingen wir zum Mieterladen, um einen Überblick zu bekommen. Hier hörten wir, daß es angeblich laut Polizeifunk keinen Einsatzleiter mehr gäbe und jede Wanne für sich scheidungen treffen und handeln sollte, auch, daß die Polizisten das Slainte auf der Oranienstraße mit Tränengas beschossen. Um uns zu vergewissern, gingen wir zum Erkelenzdamm. Plötzlich schrie jemand 'die Bullen' und dann waren sie auch schon da. Wir flüchteten zurück Richtung Mieterladen, um den anderen Becheid zu sagen. Wir quetschten uns an einem Telefonkasten vorbei, dabei kam einer zu Fall. Ich sah, wie auf ihn eingeschlagen wurde. Die Polizisten waren dicht hinter mir. Es gelang mir, den Mieterladen zu erreichen. Ich schrie 'die Bullen!', dann sah man auch schon vor den Fensterscheiben behelmte Polizisten Anstalten machen, den Laden zu stürmen. Zwei, die an der Tür standen, offensichtlich sehr aggressiv, wollten sich mit ihren Schildern Eingang verschaffen. Nach einem Gerangel war die Tür wieder zu, dann ging die Scheibe der Tür zu Bruch. Inzwischen prügelten mehrere Polizisten vor dem Laden auf mehrere Personen ein. Dann ging jemand raus, um mit

dem Einsatzleiter zu sprechen. Er bekam sofort Prügel, nachdem er wenige Worte gesagt hatte. Ich ging nach hinten, um zu telefonieren, und weiß daher nicht, was in der nächsten Viertelstunde gelaufen ist. Als ich wieder nach vorne kam, war Ruhe und die meisten Leute aus dem Laden verschwudnen.



DIE POLIZEI PACKT KRÄFTIG ZU: Straßensperren müssen weggeräumt werden.

Krawall in Kreuzberg

Zu tumultartigen Straßenschlachten kam es gestern abend am Kottbusser Tor in Kreuzberg. Die Polizei wollte die Besetzung eines Hauses am Fraenkelufer 48 verhindern. Dabei wurden mehrere Beamte verletzt. Die Demonstranten sollen Steine geworfen und zahlreiche Schaufensterscheiben eingeworfen haben.

Anfangs setzte die Polizei nach Augenzeugenberichten Tränengas gegen die etwa hundert Jugendlichen ein. Darauf wuchs die Menge in kurzer Zeit auf rund 400 Demonstranten an. Sie errichteten Straßensperren und schleuderten Steine gegen die anrückenden Beamten. 18 Polizisten wurden verletzt, ein Funkwagen wurde umgestürzt. Aus einer aufgebrochenen Baubude wurde Baumaterial in den Landwehrkanal geworfen.

Zahlreiche Schaufensterscheiben einer benachbarten Bank und eines Einkaufszentrums gingen zu Bruch. Dabei soll es nach Angaben der Polizei sogar zu Plünderungen gekommen sein. Anschließend zogen die Demonstranten randalierend durch die anliegenden Straßen.

-off

Plünderungen

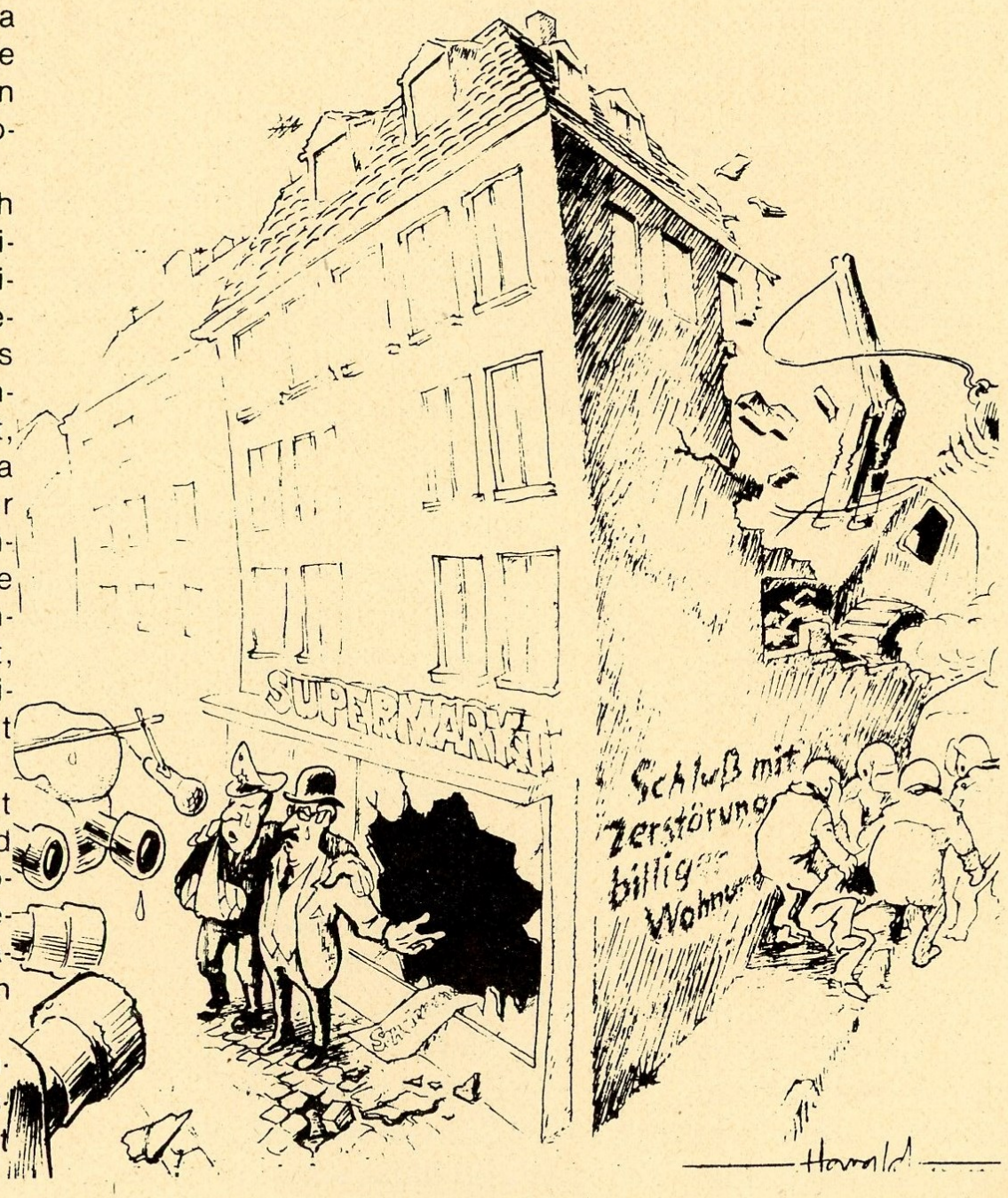
Werner Orlowski, Betroffenenvertreter im Sanierungsgebiet Kreuzberg:

„Nach all dem, was ich gehört habe — ich habe mit ca. 100 Leuten gesprochen — was sich durch meine berufliche Tätigkeit zwangsläufig ergibt (Drogist am Oranienplatz), war es der berühmte repräsentative Querschnitt der Kreuzberger Bevölkerung, z.B. völlig unpolitische, gerade aus dem Kino kommend: „Mensch, da bei Aldi ist ja kein Fenster mehr drin. Da ne Stange Zigaretten rausgeholt. Das tut denen nicht weh und mir hilfts bis zum Monatsende weiter."

Womit ich nicht sagen würde, daß ich sowas auch tun würde. Aber in so einer Situation ist so etwas wie eine Eigendynamik mit im Spiel. Da holt jemand die letzten Schallplatten heraus bei Kaisers Drugstore, sogar eine Kundin war dabei, und die, nun erkannt, sagt: „Keine Aufregung, ich schade ja nicht Ihnen, ich schade ja nur Kaisers." Ich will damit sagen, die einseitige Darstellung, die alleinige Schuld an dem Abend hätten die Instandbesetzer, die hätten geplündert, und nur die, so die berühmte Einteilung, hier Engel, da Teufel, das stimmt nicht.

Ohne mehr zu differenzieren, kommt man da überhaupt nicht weiter, und vor allem vergißt man über solche Stories die eigentliche Ursache der Misere im Stadtteil und die CDU steigt natürlich aus durchschaubaren Gründen voll ein.

Wir sagen auch, dem ganzen liegt zugrunde die katastrophale Sanierungspolitik in diesem Gebiet, und dazu gibt es einen Passus im Abend: „Solange in Berlin guterhaltene Häuser sinnlos leerstehen, darf sich niemand wundern, daß diese Häuser instandbesetzt und bezogen werden."



0.30 Uhr - „Eigentlich auf dem Weg in eine Kneipe. Wir sind von der Adalbertstraße (aus Richtung Kottbusser Tor) gekommen und in die Oranienstraße links in Richtung Oranienplatz eingebogen. In Richtung Mariannenplatz war die Adalbertstraße durch mehrere Wannen gesperrt. Die Bullen sind aus den Wannen raus, um die Straße zu fegen, dazu bildeten sie eine Kette und marschierten los, dabei drängten sie die Leute, welche an der Kreuzung standen, zusammen. Es waren etwa achtzig Leute, die in kleinen Gruppen an der Kreuzung standen. Plötzlich sind die Leute sowie die Bu llen losgerannt, die Wannen hinterher und in Richtung Oranienplatz die Oranienstraße eingebogen. In der nun herrschenden Panik sind wir (mit noch zwei Frauen und vier Männern) in eine Toreinfahrt gerannt, die sofort von einer Wanne versperrt wurde. Wir sind dann über einen Zaun sowie über eine Mauer geklettert und so in den Nachbarhof gelangt. Danach sind wir in den Treppeneingang des Hauses, um uns dort zu verstecken. Aus dem Treppenhaus konnten wir beobachten, daß uns die Bullen bis zum Zaun verfolgten; da man aber mit Schildern und Knüppeln nicht so gut klettern kann, zogen sie sich zurück. Die Haustür war zunächst noch verschlossen; während wir die Treppen raufrannten, knackte jedoch einer das Türschloß und ging hinaus. Er kam aber gleich wieder zurück gerannt, da die Bullen hinter ihm her waren. Wir rannten dann die Treppen weiter hinauf und blieben zwischen dem dritten und vierten Stock stehen, weil es nicht mehr weiterging. Die Bullen waren auch gleich zur Stelle. Wir standen ruhig auf den Treppen, keiner dachte an eine Gegenwehr, vielmehr waren wir der Ansicht, sie würden uns nun festnehmen. Doch die Bullen begannen uns erst zu bechimpfen: 'Euch Schweine müßte man erchießen oder vergasen und dann wahllos mit Schildern und Knüppeln auf euch einprügeln.“ Wir mußten dann die Jacken öffnen und uns nach Waffen filzen lassen. Bei einem wurde ein Schraubenzieher gefunden. Dann wurden vier Leute die Treppe runtergeschubst unter Zuhilfenahme der Knüppel. Der Rest mußte oben bleiben. Wir sind dann unten angekommen und ein Bulle fing dort ganz hysterisch an zu schreien und brüllte: 'das ist er, den habe ich genau erkannt!' Von draußen wurden in der Zwischenzeit Steine gegen die Haustür geworfen, was von den Bullen so kommentiert wurde: 'Jetzt schicken wir euch raus und lassen euch von euren eigenen Leuten steinigen.' Daraufhin wurde die Tür ein Spalt geöffnet, wobei ein wahrer Steinhagel einsetzte, allerdings dann wieder geschlossen. Dann mußte einer von uns zur Tür gehen, wobei ein Bulle direkt vor ihm stand und ihn zunächst nicht hinausließ. Drei andere Bullen standen hinter ihm und schlugen auf ihn ein mit der Begründung, warum er nicht endlich gehe. Erst als er sagte, daß er wegen dem anderen Bullen nicht rauskönne, wurde er hinausgelasssen. Die anderen drei sind auf die gleiche Weise hinausgeprügelt worden. Die oben geblieben sind, warteten bis alles ruhig war und sind dann abgehauen.
Wir haben Verletzungen an den Schultern, Armen, sowie im Gesicht davongetragen, jedoch wagten wir es nicht, einen Arzt aufzusuchen, da wir Angst hatten, doch noch gegriffen zu werden.

Barrikaden in Kreuzberg

1.00 bis 2.30 Uhr - Gegen 1.45 Uhr flippt die Polizei endgültig aus. Zwei VW-Busse fuhren am Oranienplatz zwischen Barrikade und Ampel voll in die Menschenmenge. Dabei gab es mehrere Verletzte, unter anderem ein 26jähriger, dem beide Beine gebrochen und ein Oberschenkel zerquetscht wurde. Vor Schmerzen und Wut schreiende Menschen bleiben zurück.

Strafanzeige gegen Polizisten

Strafanzeige gegen bisher nicht bekannte Polizeibeamte hat jetzt ein 27jähriger Forstarbeiter erstattet, dem ein Mannschaftswagen der Polizei in der Nacht zum 13. Dezember in der Oranienstraße in Kreuzberg beide Beine zerquetscht hat. Nach Darstellung der Rechtsanwälte des Mannes war das Polizeifahrzeug während des Einsatzes gegen Hausbesetzer und deren Sympathisanten auf den sich als Zuschauer am Ort befindlichen Mann losgefahren und hatte ihn gegen einen Blumenkübel gedrückt. Der Verletzte wurde später von der Feuerwehr geborgen und drei Stunden lang operiert. Er erlitt Brüche und andere Verletzungen an beiden Beinen. (Tsp)

Augenzeugenbericht

Brutaler Polizeieinsatz

„So zwischen halb zwei und zwei waren auf dem Oranienplatz schätzungsweise 150 bis 200 Leute zusammen, die in der Oranienstraße eine richtig stabile Barrikade aus Blumenkübeln, Verkehrsschildern und anderen Sachen bauten. Vom Heinrichplatz her kamen dann die Bullen mit 4 oder 5 Wannen angefahren und hielten 50 Meter vor der Barrikade an. Ein Teil der Leute verdrückte sich in die Seitenstraßen, aber die meisten rannten direkt auf die Bullenautos zu und bombardierten sie mit Pflastersteinen, so daß die Bullen wieder umkehren mußten. Das war der erste „Sieg" und er wurde entsprechend gefeiert. 5 Minuten später kamen sie dann auch zurück, aber diesmal mit Verstärkung und aus drei Richtungen. Etliche Wannen kamen aus der Dresdner Straße auf den Oranienplatz und bogen dann in die Oranienstraße nach links ab, wo sie dann anhielten und auf die Leute losprügelten. Ein Bulle fuhr mit seiner Wanne aber nach rechts und gab Vollgas, das konnte man deutlich hören. Er hielt voll auf einen Pulk von etwa 10 bis 15 Leuten zu. Ich stand etwa 20 Meter weg und konnte nicht genau erkennen, wie viele Leute er dabei umrasiert hat. Aber einer wurde auf jeden Fall voll erwischt und fiel dann rückwärts in einen der Blumenkübel, die zu der Barrikade gehörten. Darin blieb er regungslos liegen und die Beine hingen über den Rand des Kübels. Da gab dann der Bulle nochmals Gas und fuhr ihm wieder voll in die Beine."

„Mein Mandant befand sich in der Nacht vom 12. auf den 13.12.80 auf dem Gehsteig der Dresdener Straße am Oranienplatz. Er gehörte zu den Schaulustigen, die die Demonstrationen gegen die Räumung eines instandbesetzten Hauses beobachteten. Ohne vorherige Ankündigung fuhr ein Konvoi von Polizeimannschaftswagen mit größter Geschwindigkeit aus der Dresdener Straße auf die an der bezeichneten Straßenecke in großer Zahl versammelten Personen zu. Es entstand unter den an und auf der Straßenecke stehenden Personen eine Panik. Die versammelten Personen flüchteten in verchiedenen Richtungen in die Oranienstraße und in den Oranienplatz hinein. Auch mein Mandant flüchtete angesichts des sich nähernden Konvois und lief in die Oranienstraße hinein, wo er vor einer Straßensperre zum Stehen kam. Diese war von meinem Mandanten unbekannten Personen u.a. aus großen Blumenkübeln aus Beton errichtet worden. Mein Mandant stand etwa in Straßenmitte vor einem dieser Kübel, als ein großer Mannschaftswagen, wahrscheinlich blaue Farbe, wahrscheinlich Typ Mercedes, ohne vorher abzubremsen mit großer Geschwindigkeit gegen meinen Mandanten fuhr und beide Beine zwischen Fahrzeug und Betonkübel zerquetschte. Mein Mandant wurde mit dem Oberkörper mit dem Aufprall in die Kübel geschleudert, die Beine blieben eingequetscht. Mein Mandant weiß nicht, ob und wie sich die Insassen des Polizeifahrzeugs, insbesondere der Fahrer, danach verhalten haben, ob sie das Fahrzeug gleich wieder zurückgewendet haben, ob sie ausgestiegen sind oder ob sie - wie in der Presse berichtet - noch ein zweites Mal gegen ihn gefahren sind. Er weiß nur noch, in diesem Augenblick einen unerträglichen Schmerz gespürt und laut 'mein Bein, mein Bein' geschrien zu haben. Die Polizeibeamten haben sich aber jedenfalls nicht um meinen Mandanten gekümmert, ihm insbesondere keine erste Hilfe oder sonstige Hilfe gegeben. Andere Personen, Passanten jüngeren Alters, kamen meinem Mandanten zu Hilfe und riefen ihm zu, 'er müsse weg', weil die Polizei Tränengas werfe und vom Schlagstock Gebrauch mache. In der Tat wurden auch in Richtung meines Mandanten Tränengasgranaten geschossen. Als mein Mandant diesen Personen sagte, er könne sich nicht bewegen, der Schmerz sei viel zu groß, trugen ihn diese jungen Leute in ein nahegelegenes türkisches Lokal, leisteten ihm erste Hilfe, schienten die Beine provisorisch mit Billardstöcken und versuchten, ihn zu beruhigen und ihn zu trösten. Einige Zeit später erschien die von den jungen Leuten alarmierte Feuerwehr. Als mein Mandant von den Sanitätern auf einer Tragbahre aus dem Lokal getragen wurde, wurde wieder mit Tränengas geschossen. Mein Mandant nahm wahr, daß in geringer Entfernung eine Granate niederging. Sowohl mein verletzter Mandant als auch die beiden Sanitäter hatten mit dem Tränengas zu kämpfen. Mein Mandant wurde ins Krankenhaus gebracht, dort einer dreistündigen Operation von drei bis sechs Uhr unterzogen. Es wurde ein Gipsverband angelegt. Am 16.12.80 mußte mein Mandant wegen einer akuten, lebensbedrohenden Verschlechterung seines Gesundheitszustandes auf die Intensivstation verlegt werden.
Mein Mandant hat, soweit ihm dies bekannt wurde, folgende Verletzungen erlitten: linkes Bein: Knie, Schienbein, Ferse und Sprunggelenk gebrochen. Dabei handelt es sich um Trümmerbrüche. Rechtes Bein: Wadenbein gebrochen, klaffende, breite Fleischwunde (Hautablederung) vom Knie bis zur Hacke. Derzeit ist die Frage einer Genesung völlig offen. Es besteht akute Infektionsgefahr. Darüberhinaus besteht die Möglich-

keit, daß mein Mandant ein Bauchtrauma (innere Verletzungen wegen äußerer stumpfer Gewaltanwendung) erlitten hat. Die Behandlung wird Monate dauern. Ob und welche bleibenden Schäden entstehen werden, ist nicht abzusehen. Der Vorfall wurde von einer Vielzahl von Augenzeugen, darunter Fotoreportern, Mitarbeitern der Rundfunkanstalten RIAS und SFB sowie der Nachrichtenagentur Reuter beobachtet. Die anwesenden Rundfunkreporter haben Tatzeugen sofort nach dem Vorfall interviewt. Das Bandmaterial müßte bei den genannten Rundfunkanstalten zur Verfügung stehen. Ich bin gegenwärtig bemüht, die Beweismittel zu sichern. Bereits jetzt ist mir bekannt, daß ein freier Mitarbeiter beim SFB den Vorfall beobachtet hat. Namen und Anschriften weiterer Zeugen werden, sobald als möglich, nachgereicht. Der geschilderte Sachverhalt begründet den Verdacht von Straftaten und zwar des versuchten Totschlages, der gemeinschaftlichen gefährlichen und schweren Körperverletzung, des Eingriffs in den Straßenverkehr und der Unfallflucht. Vom Hörensagen haben wir erfahren, daß bereits die Besatzung des an den Straftaten beteiligten Mannschaftswagens bekannt ist. Das Kennzeichen wurde wohl von Zeugen notiert. Weiter wird verlautet, daß in einer offiziösen Stellungnahme des Polizeipräsidenten die Tat damit entschuldigt wird, daß der Fahrer wegen Steinwürfen in der Sicht behindert gewesen sein soll. Von alledem ist nach der Schilderung meines Mandanten nichts wahr. Soweit wir bisher in Erfahrung bringen konnten, sind auch die Tatzeugen sicher, daß diese Darstellung falsch, also lediglich eine Schutzbehauptung ist."

„Ich befand mich gegen ein Uhr am Oranienplatz, und zwar auf der Seite des Möbelgeschäfts. Ich sah plötzlich einen Bullenwagen aus der Richtung Dresdener Straße auf dem Bürgersteig herankommen. Die Wanne - meiner Erinenrung nach eine blaue Wanne - fuhr abwechselnd teilweise mit aufheulendem Motor, dann wieder langsamer. Sie fuhr weiter auf dem Gehsteig und trieb dabei Leute vor sich her. Die Leute flüchteten. In Höhe der Einmündung gab der Fahrer plötzlich wieder Vollgas, als er in diese einbiegen wollte. Dabei fuhr er einfach in die sich teilweise vor der aus Blumenkübel u.a. gebildeten Barrikade befindlichen Personen hinein. Dabei wurden einige von dem Wagen erwischt; u.a. erinnere ich mich an denjenigen, der wohl vorne an der Motorhaube sich festgehalten hatte, bzw. mitgeschleift wurde und so schließlich gegen den Blumenkübel gedrückt wurde. Der Wagen setzte danach kurz zurück und gab dann wieder Vollgas. Ich mußte dann sofort fliehen, da in meine Richtung Tränengasbomben geworfen wurden."

Foto: Michael Kipp

„In der Nacht zum Freitag auf Samstag stand ich gegen 2 Uhr in der Oranienstraße mit dem Gesicht zum Oranienplatz; die Oranienstraße war an der Einmündung zum Oranienplatz, Ecke Erkelenzdamm durch eine Barrikade gesperrt, die aus gebündelten Dachziegeln, einem Kasten und einem Betonblumentrog bestand. Auf dem Erkelenzdamm standen ein paar Wannen. Eine von ihnen fuhr entweder plötzlich los oder kam von weiter hinten her angefahren. Weil der Motor sehr hoch drehte, nehme ich an, daß der Wagen direkt losgefahren ist. Der Wagen hatte eine Geschwindigkeit von etwa 30 Stundenkilometern und fuhr direkt auf die Barrikade zu. Vor der Barrikade standen mehrere Leute, in die der Wagen hineinfuhr. Ich sah, wie einige zur Seite geschleudert wurden. Einer jedoch wurde von dem Wagen gegen den Blumentrog gequetscht. Ich rannte mit zwei anderen hin und sah, daß die Beine offensichtlich gebrochen waren. Den Anblick habe ich nicht gepackt und bin wieder zurückgegangen. Die anderen tansportierten ihn ab und zwar durch dicke Tränengaswolken, da in diesem Moment mehrere Tränengasgranaten geworfen wurden. Gleichzeitig stürmten Polizisten knüppelschwingend vor und wir rannten alle weg. Auf dem Heimweg kam ich die Adalbertstraße entlang, als drei Wannen ohne Blaulicht die Straße lang kamen. Sie hielten an, und als ich wegrennen wollte, erwischte mich ein Tritt in die Seite, der mich gegen das Gitter vor einer Fensterscheibe warf. Ich fiel hin und wurde mit Tritten gegen den Kopf und Knüppelschlägen bearbeitet. Dann ließen sie mich liegen und sagten: 'Der hat seine Lektion weg'."

„Es wurden schließlich am Oranienplatz Barrikaden errichtet, wobei ständig Polizeifahrzeuge in großem Tempo aus Richtung Wiener Straße zum Oranienplatz fuhren. Immer wieder stürzten auch Polizeibeamte aus dem Fahrzeug, die dann einzeln Herumstehende oder Fliehende verfolgten, wegbrachten, wobei sie diese sehr unsanft traktierten. Die größte Barrikade wurde in der Oranienstraße, unmittelbar am Oranienplatz, mit größeren Blumenkübeln errichtet. Die Straße war vollständig blockiert. Als die Polizei erneut mit ca. fünf Fahrzeugen in großem Tempo von der Wiener Straße her anrückten, bemerkte sie, daß sie die Straße nicht mehr passieren konnten. Die Fahrzeuge stoppten, wendeten sehr schnell, wobei sie wieder mit einem Steinhagel eingedeckt wurden, und fuhren wieder zurück. Auch in der Dresdener Staße am Oranienplatz befand sich eine kleine Barrikade. Die Polizei versuchte jetzt mit mehreren Fahrzeugen von dort gegen die Oranienstraße vorzurücken. Dies gelang jedoch nicht allen Fahrzeugen. Nur ein Mannschaftswagen, das erste Fahrzeug in der Kolonne, umfuhr die erste Barrikade, vor der niemand stand, befuhr den linken Bürgersteig, danach fuhr das Auto wieder auf die Straße, wendete vor der Bushaltestelle und fuhr dann plötzlich mit großer Beschleunigung auf die Barrikade in der Oranienstraße zu, vor der eine Menschenkette stand. Alle versuchten fluchtartig die Barrikade zu verlassen, was angesichts der Hindernisse sehr schwierig war. Einer der Herumstehenden konnte nicht rechtzeitig zur Seite springen, wurde angefahren und am Bein schwer verletzt. Das Fahrzeug blieb in der Absperrung hängen. Aus dem Mannschaftswagen und den anderen Wagen, die inzwischen auch eingetroffen waren, wurden sofort Tränengaskörper geworfen. Daher war die Bergung des Verletzten sehr schwer. Ich bat einen Polizisten, über Funk einen Krankenwagen zu rufen. Er erwiderte wörtlich: 'Für euch doch nicht.' Ich sagte ihm darauf, daß ich auch für ihn einen Krankenwagen gerufen hätte, wenn er ihn benötigt hätte. Das ließ ihn völlig

Schwere Vorwürfe gegen die Polizei

Während der Krawalle in Kreuzberg wurde ein 27jähriger Forstarbeiter von einem Mannschaftswagen der Polizei angefahren und schwer verletzt. Er erstattete Anzeige gegen die Polizei wegen versuchten Totschlags. In einer drei Seiten langen Strafanzeige schildert Rechtsanwalt Dr. Zieger den Ablauf des Geschehens aus der Sicht seines Mandanten.

unbeeindruckt. Als dann die Feuerwehr, die von einer jungen Frau von einem Lokal aus gerufen worden war, eintraf, wurde der Abtransport des Verletzten behindert, da einige Polizeibeamte Tränengaskörper in Richtung Feuerwehrauto geschossen hatten."

„Während in der Zufahrtsstraße der Dresdener Straße die Fahrzeuge der Bullen mit hoher Geschwindigkeit reinfuhren, warteten im Erkelenzdamm mehrere Bullen, um einen Zusammenprall mit ihren Kollegen zu vermeiden."

„Am Abend des Freitag, 12.12.80, habe ich mich in der Oranienstraße in Berlin-Kreuzberg aufgehalten. Etwa gegen Mitternacht habe ich folgendes erlebt und beobchtet:
An der Einmündung der Oranienstraße in den Oranienplatz lagen Bretter, Steine, Mülltonnen und mehrere große Blumenkübel aus Beton auf der Straße und machten die Fahrbahn für Fahrzeuge unpassierbar. Ich stand unmittelbar daneben an der Ecke Oranienstraße und Dresdener Straße, als mehrere Mannschaftswagen in hohem Tempo die Oranienstraße aus Richtung Heinrichplatz herunter kamen und vor dem Hindernis hielten. Ich nahm an, daß gleich Polizisten aus den Fahrzeugen springen würden und lief los, links um die Ecke, um durch die Dresdener Straße wegzukommen. Kaum war ich um die Ecke, als ich sah, daß auch aus der Dresdener Straße Polizisten angerannt kamen und ganz nahe mehrere Mannschaftswagen standen. Ich machte auf dem Absatz kehrt und rannte um die Hausecke zurück in die Oranienstraße. Der an dieser Stelle sehr enge Bürgersteig war voller rennender Menschen. Ich versuchte, aus dem Gewühl rauszukommen und wollte quer über die Fahrbahn der Oranienstraße laufen. Dabei erhielt ich von hinten einen Stoß und fiel zwischen

die auf der Fahrbahn liegenden Gegenstände. In diesem Augenblick sah ich einen Mannschaftswagen aus der Dresdener Straße in spitzem Winkel auf mich zurasen, mit laut aufheulendem Motor. Der Wagen fuhr an mir in einer Entfernung von zwei bis drei Metern vorbei, bog vor dem Hindernis scharf ab und fuhr weg. Dicht hin ter dem ersten folgte ein zweiter Mannschaftswagen, der ebenfalls mit laut aufheulendem Motor auf das Hindernis zufuhr. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch etliche Personen vor dem Hindernis. Dieser zweite Wagen bog aber nicht scharf ab wie der erste, sondern fuhr in das Hindernis hinein. Zwischen dem Mannschaftswagen und dem Hindernis stand noch ein Mann, der versuchte wegzukommen, auf ihn fuhr der Wagen zu. Der Mann stolperte über einen Betonkübel und fiel. Der Wagen fuhr mit lauten Krach auf den Betonkübel auf. Inzwischen war ich wieder auf die Füße gekommen. Dann setzte der Mannschaftswagen einige Meter zurück und fuhr nochmals mit heulendem Motor vor und prallte wieder mit lautem Krachen gegen den Kübel und den Mann, der dort lag. Ich hörte dann, wie der Mann anfing zu schreien.
Das Kennzeichen des Mannschaftswagens habe ich ablesen können."

„In der Nacht vom Freitag auf Samstag gegen 1.30 Uhr sah ich, wie sich eine Menschenansammlung vor der Barrikade Ecke O-Platz einfand. Ich stand an der nördlichen Ecke des Platzes. Ich habe gesehen, wie zwei oder drei Wannen aus der Richtung des Erkelenzdammes mit hoher Geschwindigkeit in den Oranienplatz einbogen. Der erste Wagen fuhr in die Oranienstraße ein, dabei fuhr er in die vor der Barrikade stehende Menschenmenge hinein. Dabei wurden einige Leute gestreift, fielen um, einige sprangen beiseite oder flüchteten über die Barrikade.
Durch die Wanne wurde mein Blick auf den Blumenkübel in der Barrikade versperrt. Ich habe nicht gesehen, was auf der mir abgewandten Seite der Wanne mit den Demonstranten geschah. Als die Wanne ohne zu stoppen weiterfuhr, sah ich, daß ein Mensch in dem Blumenkübel lag und schrie. Seine Beine hingen über den Rand des Kübels. Ich lief hin und versuchte, ihn an den Beinen herauszuheben. Er schrie noch lauter und forderte mich auf, seine Beine loszulassen. Ich ließ die Beine wieder los. Gleich darauf kamen zwei andere und wir trugen ihn in die nächstliegende Türkenkneipe. Nach ca. 20 Minuten wurde der Schwerverletzte von der Feuerwehr abgeholt. Dabei wurden wir von Tränengsbomben in unserer Tätigkeit schwer behindert. Dem Verletzten wurde in der Kneipe das eine (linke) Bein geschient. Nach ca. 20 Minuten wurde der Verletzte von der Feuerwehr abgeholt, wobei erneute Tränengasbomben den Abtransport behinderten."

„Am Samstag morgen gegen 2 Uhr stand ich vor der Barrikade in der Oranienstraße kurz vor dem Oranienplatz, als plötzlich Wannen auftauchten und kurz anhielten. Dann fuhr die erste auf den Oranienplatz Richtung Moritzplatz, die zweite gab Vollgas und fuhr direkt auf uns zu. Ich konnte nicht schnell genug zur Seite springen und hatte auch nicht damit gerechnet, weil ich dachte, daß alle Richtung Moritzplatz fahren würden. Ich sah nur noch die Wanne vor mir und dann weiß ich im Grund nur noch, daß ich halb drunter lag und an die Barrikade geschleudert lag. Es hatte mich wohl am Brustkorb erwischt und herumgeschleudert. Augenzeugen berichteten mir, daß Demonstranten mich hervorgezogen haben. Ich selbst kann mich nicht klar daran erinnern. Einige Meter weiter, als ich wieder etwas klarer denken

konnte, merkte ich, daß Tränengsbomben geworfen wurden. Zwei oder drei Leute haben mich dann nach Hause gebracht und den Krankenwagen gerufen, der dann aber nicht kam. Später brachten mich dann Nachbarn ins Krankenhaus."

2.30 Uhr - „In dieser Zeit wurde ein anwesender Zivilpolizist von einigen Demonstranten erkannt. Er hatte sich, wie wir, nach der Veranstaltung mit Polizeipräsident Hübner hier in Kreuzberg an Ort und Stelle informieren wollen. Die Leute waren ziemlich aufgebracht wegen der Vorfälle und der Mann wurde ziemlich stark bedrängt, vor allem, nachdem man festgestellt hatte, daß er eine Waffe bei sich hatte. Er hatte zu Anfang die Möglichkeit gehabt, sich zu entfernen, hat diese Chance aber nicht genutzt, so daß ihm schließlich bei einem Handgemenge die Pistole, in die er kurz zuvor das Magazin geschoben hatte, entrissen wurde. Danach hat der Mann sich sehr schnell entfernt und ist in eines der weiter entfernt stehenden Polizeifahrzeuge gesprungen.
Nach dem massiven Polizeieinsatz hat man dann noch einmal vonseiten der Polizei den Versuch gemacht, die Oranienstraße zu räumen. Da die Barrikade wieder wie vorher aufgebaut war, ist auch diesmal die Räumung nicht gelungen, da die Menge immer in Hauseingängen verschwand. Das Ganze kam uns wie ein Trapper- und Indianerspiel vor.
Der letzte Auftritt der Polizei war dann die rasende Fahrt eines abgedunkelten VW-Busses, der von der Wiener Straße kam, fast bis an die Barrikade heranraste, wendete und in scharfem Tempo über die Bordsteinkanten (wobei unter dem Gejohle der Anwesenden zwei Reifen platzten) zurückraste.
Danach, gegen 2.30 Uhr, trat allmählich Ruhe ein. Die Polizei trat nicht mehr auf. Wir entfernten uns in Richtung Adalbertstraße. Auf dem Rückweg fanden wir noch einen Behinderten, der neben seinem Rollstuhl auf dem Trottoir lag und dort liegen gelassen worden sein soll, als Polizisten ihn im Einsatz umgestoßen hatten. Das hörten wir aber von anderen, die sich um ihn bemühten. Der Mann selbst befand sich offenbar in einem Schockzustand und wurde ins Krankenhbnaus gebracht. Diesen Vorfall kann ein Mitarbeiter des SFB bestätigen."

SZ 15.12.80

Blutige Straßenschlachten in Berlin

Unruhen bei der Räumung eines besetzten Hauses im Bezirk Kreuzberg

Berlin (dpa)

Bei den gewalttätigsten Auseinandersetzungen seit Jahren sind in den Nächten zum Samstag und Sonntag in Berlin mehr als 70 Polizisten und eine unbekannte Zahl von Demonstranten verletzt worden. Rund 60 an Tumulten und Plünderungen Beteiligte wurden festgenommen, gegen 22 wurden Haftbefehle erlassen. Hintergrund der Ausschreitungen waren Auseinandersetzungen zwischen Hausbesetzern und Polizei im Bezirk Kreuzberg. Berlins Innensenator Peter Ulrich (SPD) hatte vor Aktionen gewarnt und erklärt, Gewaltakte gegen Menschen, Sachen und die Allgemeinheit überhaupt würden nicht länger hingenommen. Gleichzeitig bekräftigte er die Entschlossenheit des Senats, die Hausbesetzungen und ihre Ursachen auf politischem Weg zu lösen.

Die Tumulte hatten am Freitagnachmittag begonnen, nachdem die Polizei ein besetztes Haus in Kreuzberg mit massivem Einsatz geräumt und die Besetzung eines weiteren verhindert hatte. Nach Augenzeugenberichten gerieten auch unbeteiligte Passanten in die Schlagrichtung der Polizei, darunter sogar Kinder. In den darauffolgenden Stunden wuchs die zunächst kleinere Gruppe der Demonstranten bis zu 500 Teilnehmern an, die der Polizei in mehreren Straßenzügen Kreuzbergs erbitterte Straßenschlachten lieferten, die sich bis in die Morgenstunden des Samstag hinzogen.

In der Nacht zum Sonntag hatten sich rund tausend Demonstranten auf dem Kurfürstendamm in der Berliner City versammelt. Sie forderten in Sprechchören die Freilassung der am Vorabend Festgenommenen. Während die Menge zunächst relativ friedlich den Kurfürstendamm auf- und abzog, flogen in den frühen Morgenstunden erneut Steine gegen Polizisten, Schaufensterscheiben gingen zu Bruch. Vereinzelt wurden auch wieder Läden geplündert. Auch in anderen Stadtteilen — so in Britz, Buckow, Spandau und Wilmersdorf — warfen in der Nacht zum Sonntag Unbekannte Fensterscheiben von Banken und Läden ein.

Polizeipräsident Klaus Hübner, der sich zeitweilig in die Einsatzleitung einschaltete, wies Vorwürfe von Demonstranten zurück, die Beamten seien brutal und rücksichtslos auch gegen Unbeteiligte vorgegangen. Er wies darauf hin, die Polizei habe „rechtmäßig eine unrechtmäßige Handlung beendet". Augenzeugen hatten unter anderem berichtet, am Kreuzberger Oranienplatz sei ein Polizeifahrzeug absichtlich in eine Demonstrantengruppe gefahren und habe mehrere Menschen verletzt.

Innensenator Ulrich bescheinigte der Polizei, sie sei in einer schwierigen Lage „angemessen, energisch und vernünftig" vorgegangen. Er betonte, der Senat werde sich von seiner „Linie der Vernunft" auch durch Gewaltakte nicht abbringen lassen. Sprecher der CDU-Opposition im Berliner Parlament und der Gewerkschaft der Polizei kritisierten dagegen die Untätigkeit des Senats. Oppositionsführer Eberhard Diepgen erklärte, die Lage in Kreuzberg sei Ausdruck einer verfehlten Wohnungspolitik. Ein Sprecher der Polizeigewerkschaft beklagte, in Kreuzberg sei eine Art Pseudorecht entstanden, wodurch sich militante Besetzergruppen ermuntert fühlten.

Das Problem von Hausbesetzungen im Arbeiterbezirk Kreuzberg mit seiner Vielzahl verkommener Mietskasernen schwelt bereits seit langem. Zur Zeit sind dort rund 20 Häuser meist von Anhängern der „alternativen Szene" besetzt, die mit ihren Aktionen den Abriß der Häuser oder Mietsteigerungen infolge teurer Sanierungsmaßnahmen verhindern wollen. Die Hausbesetzer, die heruntergekommene Wohnungen meist sofort renovieren („Instandbesetzen") fanden in der Bevölkerung und auch bei Politikern von SPD und FDP Sympathie. In den vergangenen Wochen wurde ein Spaltungsprozeß unter den Besetzern in zwei Lager beobachtet: Befürworter friedlicher Aktionen und von Verhandlungen mit Behörden und Wohnungsgesellschaften und eine Gruppierung politisch-radikaler Kräfte, die die Wohnungsprobleme zum Anlaß gewalttätiger Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht nutzen wollen.

Bilanz der Krawallnacht

Erst gestern früh kam Kreuzberg wieder zur Ruhe

Etwa 30 zerschlagene Schaufensterscheiben, 14 beschädigte Polizeifahrzeuge und vier leicht verletzte Beamte — so lautet die erste Bilanz der schweren Krawalle in der Nacht zum Sonnabend im Bezirk Kreuzberg. Um 1.30 Uhr hatte sich die Situation gestern morgen weitgehend beruhigt. Die Berliner Stadtreinigung war zu diesem Zeitpunkt damit beschäftigt, in der Adalbertstraße und in der Naunynstraße Barrikaden abzuräumen. Vorher hatte die Feuerwehr noch einen Barrikadenbrand zu löschen.

Die Gegend um das Kottbusser Tor bot nach den massiven Krawallen um Mitternacht ein Bild der Zerstörung. Vor zwei Bankfilialen, einem Supermarkt und einem Schuhgeschäft lagen Berge von Glasscherben. Unter Polizeischutz gegen Plünderer war die technische Einsatzbereitschaft der Ordnungsbehörde damit beschäftigt, die zerschlagenen Schaufenster mit Brettern zu vernageln.

Die vier während der Auseinandersetzungen vorläufig festgenommenen Personen befanden sich gestern nach Auskunft der Polizei wieder auf freiem Fuß. Für den „Scheibensalat" am Kottbusser Tor ist nach Auskunft des Lagedienstes eine etwa 30köpfige Gruppe vermummter Personen verantwortlich, die nach ihrer Überraschungsaktion sofort wieder untertauchte.

Im Zusammenhang mit den Krawallen kam es auch zu mehreren Plünderungen. An der Ecke Oranienstraße/Adalbertstraße wurde ein kleiner Gemüseladen „ausgeräumt". Ebenfalls in der Adalbertstraße ging ein Zigarettenautomat zu Bruch. Für den Gemüsehändler wurde nach Auskunft von Instandbesetzern später noch eine Geldsammlung veranstaltet.

Während einer Demonstration am Freitagnachmittag, an der sich bis zu 2500 Personen beteiligten, wurde, wie berichtet, am Heinrichplatz ein weiteres Haus instandbesetzt. In dem Gebäude wohnen nach polizeilichen Angaben noch einige Mieter. Die Besetzer wollen das Haus für die „Knastarbeit" nutzen. Sie beabsichtigen hier, wie auf einem Flugblatt zu lesen war, mit ehemaligen Gefangenen zusammenzuleben. Außerdem wollen sie sich mit „Stadtteilarbeit" und „Anti-AKW-Arbeit" beschäftigen.

-we

Foto: Michael kipp

Berliner Autonome schlagen zu (siehe Foto)

BILD BERLIN

Kudamm: Plünderer raubten Schmuck Kleider, Schuhe und Bücher

Samstag, 13.12.

Um 16.00 Uhr ist ein Treffen im Spektrum angesetzt, um über die Ereignisse am Freitag und über die weitere Vorgehensweise zur Freilassung der Gefangen zu beraten. Es wird ein Ultimatum gesetzt: Um 20.00 Uhr müssen die Festgenommenen rausgelassen sein. Ab dann rufen ständig Leute im Spektrum an, um zu erfahren, ob das Ultimatum erfüllt ist. Falls nicht, sollen dezentrale Aktionen laufen. Dies haben die Bullen anscheinend mitgekriegt, so daß plötzlich zwischen 21.00 und 22.00 das Specki-Telefon lahmgelegt ist.

Die Forderungen werden nicht erfüllt.

Viele Gruppen strömen aus in alle Teile der Stadt. (Die Ergebnisse und Erfolge waren genauestens in der Motangsausgabe der »BZ« zu lesen.)

Gegen 21.00 Uhr: Man kommt zum Entschluß. Demo auf'm Kudamm! Was dort mit etwa hundert Leuten anfängt, wächst unter dem Motto ,,Hin und her, wir werden immer mehr!'' auf über tausend Leute an. Der Verkehr liegt lahm.

Bullenwannen sammeln sich und versuchen immer wieder ,,das Chaos'' in den Griff zu kriegen.

Mit Sprüchen wie: ,,Eins, zwei, drei, laßt die Leute frei!'' marschieren die Demonstranten zur TU-Mensa, um sich durch Leute aus der Veranstaltung »Rock against Junk« zu verstärken. Wenige konnte man erreichen, die Demonstranten laufen zurück zum Kudamm. Nun geht es wieder den Kudamm rauf und runter, zwischendurch fliegen Steine gegen die »Deutsche Bank« und ein paar Bullen, die die seit Jahren leerstehende (...) »Chinesische Botschaft« bewachen.

Die Bullen sind jetzt ab 1.30 Uhr nicht mehr in der Lage, die Demo zu überblicken, den Kuhdamm zu räumen; so müssen sie ohnmächtig mitansehen, wie die Scheiben zwischen Kranzler-Eck und Olivaer Platz klirren.

Parallel kommt es in allen Teilen der Stadt zu dezentralen Aktionen (Bukow, Südstern etc.).

Bilanz der Nacht: 8 Festgenommene am Südstern und 6 am Kuhdamm, kaum Verletzte.

Tumulte nach Räumung

Straßenschlachten in Berlin

Berlin (itz, dpa) — Mehrere durch Steinwürfe verletzte Polizisten, verletzte Demonstranten, zertrümmerte Schaufensterscheiben und geplünderte Geschäfte sind die vorläufige Bilanz neuer Tumulte in der Nacht zum Sonntag in der West-Berliner Innenstadt und einigen anderen Bezirken. Zu den Ausschreitungen kam es, als die Polizei eingriff, nachdem einige hundert Demonstranten am Samstagabend den Kurfürstendamm praktisch blockierten und in Sprechchören die Freilassung ihrer Gesinnungsgenossen forderten, die bei den schweren Tumulten in Kreuzberg in der vorangegangenen Nacht festgenommen worden waren.

Kölner Stadt-Anz. · 15 · 12 · 80

Berlin in Heute neue

Montag, 15./16. 12.

Ausgangspunkt der Demonstrationen vom Samstag und Montag war die Empörung und der Protest gegen die Festnahmen und das brutale Vorgehen der Polizei am Freitag in Kreuzberg 36. Es sollte deshalb eine spontane Demonstration um 19.00 Uhr an der Gedächtniskirche stattfinden. Für die Ankommenden bot sich folgendes Bild: Der gesamte Breitscheidplatz war schon belegt und abgeriegelt von Einsatzfahrzeugen samt deren Inhalt. Auf den Zufahrtswegen zum Breitscheidplatz wurden die ankommenden Gruppen sofort mit brutaler Gewalt in verschiene Richtungen auseinandergetrieben. Rund um die Gedächtniskirche kam es zu ersten Verhaftungen und Knüppeleinsätzen.

„Am Abend des 15.12. gegen 19.30 Uhr stand ich vor den Stufen der Gedächtniskirche am Breitscheidplatz. Etwa 15 Polizisten kamen auf uns zu, drängten uns die Stufen vor der Kirche hoch auf die Blumenkästen zu, die wir nicht sehen konnten. Wir fielen über die Leute, die über die Blumenkästen gestolpert waren, worauf die Polizisten mit den Knüppeln auf uns einschlugen. Leute schrien 'wir können nicht weiter', aber das war völlig sinnlos. Mein Freund bekam eine Platzwunde am Kopf und einen Schlag über den Rücken. Das Blut lief ihm übers Gesicht."

„Wir standen auf den Treppen vor der Kirche. Gerade vorher waren wir mit zahlreichen anderen Demonstranten von etwa 20 - 30 Bullen auf die Treppe zurückgedrängt worden. Die Bullen standen in geschlossenen Reihen etwa drei Meter gegenüber den Demonstranten. Ein Demonstrant veruchte vermutlich auf die andere Straßenseite zu gelangen. Er wurde zunächst von einem Bullen mit einem Knüppel angegriffen.

Bericht Seite 4

Angst: Schlacht?

Foto: Peter Homann

Ihm kamen sofort zwei weitere Bullen zu Hilfe. Zu dritt schlugen sie ihn mit Knüppeln nieder, bis er sich nicht mehr rührte. Der Demonstrant lag mit dem Gesicht zum Boden. Immer, wenn er sich bewegte, schlugen sie erneut auf ihn ein. Später wurde er abgeführt. Sie prügelten etwa 30 Sekunden auf ihn ein."

„Ich ging um ca. 18.30 Uhr in Begleitung auf der Budapester Straße in Richtung Gedächtniskirche. Beim Überqueren des Zebrastreifens zum Breitscheidplatz wurde ich von heranstürmenden Polizisten festgenommen. Zwei Bullen führten mich ab. Einer nahm meinen Kopf in den Schwitzkasten, der zweite drehte meinen Arm auf den Rücken. Auf dem Weg zum Einsatzwagen, ca. 50 Meter entfernt, sagte der eine 'Den machen wir fertig'."

„Ich beobachtete, wie ein Mann zwischen dem Neubau und dem Altbau der Kirche hindurchging, in Richtung Zoo-Palast. Ein Polizeibeamter lief von hinten an ihn heran. Er schlug dem Mann mit dem Schlagstock auf den Kopf. Der Mann brach zusammen. Der erste Beamte und zwei weitere, die hinzugelaufen kamen, schlugen auf den Liegenden ein."

Selbst Pressevertretern wurde kein Pardon gegeben.

„In Ausübung unserer Tätigkeit als freie Pressefotografen befanden wir uns am 15.12. ab 18.30 Uhr am Breitscheidplatz und fotografierten im Auftrag der ... die dort stattfindende Demonstration für eine Freilassung der Hausbesetzer.
Gegen 19.30 Uhr hatte die Polizei die Demonstranten in zwei Gruppen getrennt und in Richtung Wittenbergplatz bis zum Europacenter bzw. in Richtung Kurfürstendamm bis vor Wertheim zurückgedrängt. In dem dazwischen liegenden Raum befanden sich zu diesem Zeitpunkt außer Pressevertretern weder Demonstranten noch Demonstranten zurückdrängende Polizeibeamte. Zur selben Zeit waren wir auf der Straßenseite der Gedächtniskirche auf dem Bürgersteig in der Nähe des U-Bahn-Ausgangs Kurfürstendamm. Plötzlich wurden wir von bewaffneten Polizeibeamten in Zivilkleidung festgenommen. Obwohl wir weder Anzeichen machten wegzulaufen, noch Widerstand zu leisten, wurden wir mit unverhältnismäßiger Brutalität zum Einsatzwagen gezerrt. Dabei wurde Herr ... in den Würgegriff genommen, der linke Arm brutal nach hinten verdreht und von zwei Polizisten an den Haaren gerissen. Bei dieser rohen Festnahme erlitt das Kameraobjektiv schweren Schaden und der Blitzfilteradapter mit Zentrierscheibe ging verloren. Desgleichen verdrehten die Zivilbeamten den linken Arm von ... nach hinten und zerrten ihn an den Haaren in den Einsatzwagen. Dabei wurde vom Blitzgerät die Weitwinkelstreuscheibe abgerissen und das Blitzkabel beschädigt. Im Einsatzfahrzeug bechlagnahmte man uns das gesamte Fotogerät einschließlich Filmmaterial.
Außerdem wurden uns die Personalausweise abgenommen. Zur Festnahme sagte einer der Polizeibeamten beiläufig als Begründung, wir hätten an einer verbotenen Demonstration teilgenommen. Auf Grund der ungewöhnlichen physischen und psychischen Bedrohung (Zitat während des Transports: 'Wenn die sich rühren, haue ich denen die Köpfe zusammen') unterließen wir es, uns zur Sache zu äußern und unsere Identität als Pressefotografen sowie unsere Tätigkeit zur Zeit der Festnahme zu erklären."

Prügel für Wehrlose

Montag gegen 19 Uhr am Breitscheidplatz: Sobald sich irgendwo Demonstrantengruppen bilden, werden sie von der Polizei auseinander getrieben. Ich stehe vor der Gedächtniskirche, um die Entwicklung aus nächster Nähe zu beobachten. Polizisten kommen auf mich zu. Sie fordern mich auf, den Platz zu verlassen. „Ich bin vom ABEND", erkläre ich und ziehe meinen Presseausweis. Ein Polizist versucht, mich mit dem Schild zur Seite zu drängen. Ich protestiere: „Sie behindern mich in meiner Berichterstattung. Geben Sie mir Ihre Dienstnummer."

Der Polizist dreht ab. Ich wende mich an einen anderen Beamten, der die ganze Zeit daneben stand. Er soll seinen Kollegen auffordern, mir die Dienstnummer zu geben. Auch er dreht ab.

Fast drei Stunden später. Die Auseinandersetzungen haben sich zum Wittenbergplatz verlagert. Die Polizei treibt die Demonstranten die Kleiststraße entlang in Richtung Nollendorfplatz. Ich bin hinter den Fronten. Auf dem Bürgersteig sitzt eine Frau mit einer Platzwunde am Kopf. Vier junge Leute kümmern sich um sie.

Als ein Nachzügler-Trupp Polizisten vorbeirennt, schreit jemand: „Ihr Schweine!" Die Polizisten reagieren sofort und stürmen auf uns zu. Erschrocken ziehe ich meinen Presseausweis und halte ihn hoch. „Was ist das? Ich kann das nicht lesen!", schreit einer der Beamten, dem ich den Ausweis vor die Nase halte, und rammt mir sein Schild gegen die Schulter.

Kurz nach 22 Uhr am Kleistpark. Die Polizei hat die Demonstranten auseinander getrieben. Ich bin in einer Telefonzelle und rufe die Redaktion an.

Auf einem Mäuerchen unmittelbar vor der Zelle sitzt eine Frau. Plötzlich stoppt ein Mannschaftswagen. Polizisten springen heraus und räumen mit dem Schlagstock den Bürgersteig. Ein Polizist läuft an der Telefonzelle vorbei — und schlägt der Frau, die sich nicht rührt, mit dem Gummiknüpel auf den Kopf.

BRUNO RIEB

Liebe ABEND-Leser

Gestern abend fühlte ich mich an die Schwabinger Krawalle von 1962 erinnert. Damals schrieb ich in der Münchner „Abendzeitung" einen Kommentar, der ein wenig Furore machte. Der Titel: „Unvernunft zu Pferde".

Gestern in Berlin waren keine Pferde, aber wieder die Unvernunft auf der Straße. Ich hätte nicht in der Uniform eines malträtierten Polizisten stecken mögen, aber auch nicht in der Haut eines jener Demonstranten, die für die Hausbesetzer schrien: „Eins, zwei, drei, laßt die Leute frei."

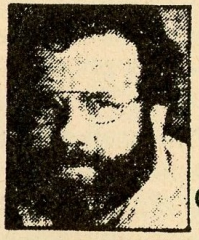
Ich habe aus unseren ABEND-Redaktionsräumen am Tauentzien hinuntergeschaut zur Gedächtniskirche und habe nicht glauben wollen, daß soviel Unvernunft auf beiden Seiten möglich ist.

Denn weder die oft wahllos herumschlagenden Polizisten, noch die bewußt provozierenden Demonstranten sind schuld an der mißlichen Wohnungssituation. Es sind die verantwortlichen Politiker dieser Stadt, was der ABEND schon gesagt hat.

Und es kommt hinzu, daß Berlin einen Polizeipräsidenten namens Hübner hat, der nichts, aber auch gar nichts aus der Vergangenheit gelernt hat. Der nicht in der Lage ist, seine Beamten psychologisch so vorzubereiten, daß sie sich eben nicht provozieren lassen. Ich meine: Dieser Mann sollte sich selber ablösen.

Herzlichst

Karsten Peters



Karsten Peters (Redaktionsleiter)

Geräte lädiert

NEUE-Fotograf festgenommen

BERLIN-WEST (AZ). – Montagabend gegen 19 Uhr 45 an der Westberliner Gedächtniskirche: die beiden Fotographen Thomas Müller und Michael Wilke fotografieren u.a. auch im Auftrag der NEUEN die Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und Demonstranten. Plötzlich werden beide von je vier Zivilpolizisten, die sich nicht ausweisen, von hinten in der Würgegriff genommen. Hinweise auf den Pressestatus, Fragen nach Namen oder Dienstnummern werden mit Drohungen beantwortet: „Seid ruhig, sonst schlag ich Euch die Köpfe zusammen!" Im Mannschaftswagen wird den beiden neben den Personalausweisen auch das Fotogerät weggenommen. Nach einer Stunde in einer Zelle des Polizeireviers Moabit, Invalidenstraße 21, (Abschnitt 34), erhalten sie die Geräte lädiert zurück. Eine Anzeige wegen Sachbeschädigung wird nicht entgegengenommen. Mündlich wird beiden mitgeteilt, daß eine Strafanzeige wegen schweren Landfriedensbruches demnächst mit der Post käme. Es wird kein Protokoll angefertigt. Nichts Schriftliches. Die Wachhabenden auf dem Revier erklären sich für „nicht zuständig". Haben „gerade erst den Dienst begonnen". Als einziges ist die Dienstnummer des Beamten zu erfahren, der die beiden eingeschlossen hatte: 9567. Mit Beschwerden, Anzeigen etc. sollten sich die Kollegen an den Polizeiabschnitt 31 wenden.

Zeugen wenden sich bitte an die NEUE.

Kudamm: Schlacht.

Nach der Räumung des Breitscheidplatzes flüchteten die Demonstranten nach Osten und Westen und trafen sich später wieder auf dem Kudamm. Nicht nur, daß die Kundgebung an der Gedächtniskirche verhindert werden sollte, sondern es sollte auch jegliche Ansammlung im Bereich der City mit Hilfe von Waserwerfern, massivem Knüppeleinsatz und Einsatz von Zivilpolizisten und -prüglern vereitelt werden: der einfache Gummiknüppel genügt nicht mehr. Es muß schon ein Heer von Polizisten mit Kampfanzug, langem Holzknüppel und Tränengasgranaten sein, was die „Ruhe und Ordnung" wieder herzustellen in der Lage ist. Es geht dabei nicht mehr um ein angemessenes Verhalten seitens des staatlichen Gewaltmonopols gegenüber dem berechtigten Protest von empörten Demonstranten, sondern ums „Tothauen, Niederringen, Mus aus dir machen".

Man fragt sich, WER die Gewalt sät, und nicht nur in Worten.

„Die Demonstration setzte sich den Kudamm hinauf in Bewegung. Die ca. 3000 Leute wurden von der Polizei aufgehalten, es ging wieder zurück, es wurde wieder umgekehrt. Die Polizei zog immer stärkere Polizeikräfte, die mit Helm, Schild und Gummiknüppel - bzw. eine Spezialeinheit der Polizei, die mit ca. 1.80 m langen Prügeln ausgestattet war - zusammen. Die Demo kam nicht mehr vor noch zurück. Die Staatsgewalt klopfte provokativ auf ihre Schilder, setzte vereinzelt Tränengas ein. Ich hatte Angst und Wut. Wir waren eingekesselt.
In dem Moment setzte sich die Prügelmaschinerie blitzartig in Gang. Ich kam nicht weg, Panik brach aus. Ich bekam einen Schlag auf den Hin-

Neue blutige

Abend 16.12.

Gestern nacht: Blutiger Höhepunkt in der City

Blutige Straßenschlacht in der Berliner City: Das war gestern abend der vorläufige Höhepunkt einer Demonstration, die um 19 Uhr an der Gedächtniskirche friedlich anfing. Die rund 1500 jungen Unterstützer der am Freitag in Kreuzberg festgenommenen „Instandbesetzer" wurden alsbald von der Polizei aufgefordert, „ihre nicht genehmigte Demonstration aufzulösen".

Als sich die Demonstranten weigerten, nach Hause zu geben, wurden sie in Richtung Europa-Center von einer mit Gummiknüppeln, Helmen und Schildern ausgerüsteten Polizeikette abgedrängt. Festnahmen, Knüppeleinsätze.

Eine starke Polizeikette am östlichen Ende des Breitscheidplatzes verhinderte, daß die singende und Parolenrufende Menschenmenge sich wieder in Richtung Joachimstaler Straße bewegen konnte. Nun fing ein Katz- und Mausspiel an: Nach und nach liefen die Demonstranten durch das Europa-Center zur Budapester Straße, wo sie sich neu formierten. Die von einem leitenden Polizisten gegenüber dem ABEND geäußerte Absicht, „diese Demonstration im Keim zu ersticken", war nicht gelungen.

Der Einsatzleiter der Polizei forderte frische Kräfte an: Gegen 20 Uhr waren rund 2000 Schutzpolizisten im Einsatz. Die Demonstranten liefen in Richtung Olivaer Platz. Die Situation beruhigte sich zunächst wieder.

Am Hotel Kempinski gingen wenig später die ersten Fensterscheiben zu Bruch. Der Schaden hielt sich, in den Worten eines Polizeisprechers „gemessen an der Zahl der Demonstranten, in Grenzen". Gegen 21 Uhr kam der Befehl, den Kudamm zu räumen.

Am Kurfürstendamm zwischen Fasanen- und Joachimstaler Straße kam es dann zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und den rund 500 übriggebliebenen Demonstranten. Wiederholt mußten verletzte Demonstranten und Polizisten im Krankenwagen abtransportiert werden.

In einem offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister äußerte gestern die „Arbeitsgemeinschaft City" ihre Besorgnis über die Krawalle am Kudamm.

SL/BR/JD

terkopf, ging in die Knie. Schützte mit dem Arm meinen Kopf. Schlagstockschläge prasselten nieder. Blut lief in Strömen aus meiner Nase. Ich lag über einer Frau. Der Angriff der staatlichen Prügler war vorbei. Ich weiß nicht, wieviel Schläge ich abbekommen habe. Ich stand auf, war benommen, hatte weiche Knie. Ich sah, wie vier Demonstranten einen Verletzten wegtrugen. Ich wollte nur noch weg, ins Krankenhaus."

„Ungefähr 2000 Demonstranten stehen in Richtung Adenauerplatz auf beiden Fahrbahnen des Kudamms. Hinter der Kreuzung Fasanenstraße steht eine Polizeikette quer über den Kudamm. Die Demonstranten stehen ca. 50 m weit weg davon. Ein Einsatzleiter fordert per Megaphon auf, die Versammlung aufzulösen. Nach ca. 20 Minuten zündet die Polizei eine Tränengaspatrone. Die vorderen Reihen der Demonstranten lösen sich auf, die Polizeiketten verstärken sich und stürmten plötzlich auf die Demonstranten zu. Da ich beim Weglaufen gestürzt bin, konnte ich von hinten den folgenden Einsatz beobachten. Der sah so aus, daß Zweier- bzw. Dreiergruppen von Bullen sich einzelne Demonstranten aus der weglaufenden Menge herausrissen und systematisch verprügelten und traten. Ich sah, wie einzelne Demonstranten es schafften, wankend wegzulaufen. Ich beobachtete weiter, wie die Bullengruppen auf einzelne Leute einschlugen und eintraten, von ihnen abließen und dann bei anderen Leuten genauso verfuhren."

„Die Polizei hatte auf Höhe der Uhlandstraße eine Sperre gebildet. Es war ruhig. Plötzlich rannten die Polizisten auf Kommando los - ohne vorherige Warnung - und drängten die Demonstranten Richtung Gedächtniskirche. Viele von uns - etwa 50 - wurden in den Burger King, Ecke Meinekestraße, gedrängt. Auf dem Weg dorthin sah ich, wie eine Frau hinfiel und von hinten von drei oder vier Polizisten zusammengeschlagen wurde. Die Frau hatte Prellungen an der Hand, eine große Beule am Kopf und einen Schock."

„Ich wollte zum Zoo laufen, als plötzlich ein Mannschaftswagen gleich hinter mir anhielt. Unmittelbar und ohne Vorwarnung sprangen die Bullen von hinten auf mich zu und prügelten sofort auf meine Schulter ein. Durch die Schläge ging ich zu Boden. Auf dem Boden liegend schlugen und stachen acht Bullen auf mich ein, obwohl ich (auf dem Rücken liegend und meinen Kopf schützend) rief: 'Hört uff, ich steh auf!', schlugen und traten sie mir in den Unterleib, in die Rippen und auf den rechten Fußknöchel (Hoden und Knöchel schmerzen stark). Dann wurde ich unter Schlägen in den Mannschaftswagen gezerrt. Sechs Bullen kamen mit in den Wagen und hörten nicht auf zuzuschlagen. Ich knallte gleich in die Ecke, sogleich fingen sie an mich zu durchsuchen. Einer schlug mit Fäusten in mein Gesicht mit den Worten: 'Du Schwein, du Schwein!'".

„Als die Bullen anfingen zu stürmen, und Panik ausbrach, stürzte ich zu Boden. Jemand riß mich wieder hoch. Ich war jetzt ziemlich am Schluß des Zuges, und die Bullen kamen von hinten und knüppelten los. Ich wurde von mehreren Holzknüppelschlägen an der Schulter getroffen. Ich lief weiter und konnte noch mal in der Menge entkommen. Ich war durch die Schläge benommen und habe das Ganze nicht mehr gecheckt. Irgendwann klappte ich zusammen. Einige Leute trugen mich durch die Bullenketten und riefen einen Krankenwagen, der mich ins Achilles-Krankenhaus brachte."

„Eine Kette von 80 Polizisten stürmte auf die Demonstranten zu. Die meisten ergriffen in wilder Panik die Flucht. Ich versuchte, zusammen mit anderen, die Fliehenden zu beruhigen, was

chäftsleute stellten Feuerlöscher bereit, schützten ihr Geschäft mit Lkw, vernagelten Fenster

Wieder flogen Steine auf dem Kudamm

Foto: Oliver Hermann

aber nicht gelang. Die Polizisten stürmten aus Richtung Uhlandstraße in Richtung Gedächtniskirche. An der Ecke Fasanenstraße sah ich, wie ganz links außen auf dem Bürgersteig eine Frau von mehreren Polizisten zusammengeknüppelt wurde. Ich rannte hin und half der Frau auf und schrie dabei mehrmals: 'Ihr Schweine'. Gerde als die Frau wieder auf den Beinen war, hörte ich von hinten aus der Bullenkette den Befehl: 'Greift euch den!' Ich versuchte mit der völlig desorientierten Frau abzuhauen, aber vor uns hatte sich schon eine neue Bullenkette gebildet, und wir kamen nicht durch. Sofort nach dem Befehl hatte mich ein Bulle von hinten gepackt. Er hielt mich an der Jacke fest. Ich konnte mich aber losmachen, scheiterte aber an der zweiten Bullenkette. Mehrere Bullen hielten mich fest und transportierten mich durch eine Gasse von Bullen, die mich Spießruten laufen lassen wollten. Einer der Bullen, der mich rechts gepackt hatte, versuchte seine Kollegen zu beschwichtigen, dennoch bekam ich mehrere Knüppelschläge in den Rücken. Die Hände hatte ich zum Schutz über dem Kopf verschränkt. Ich hörte Rufe wie 'Gebts dem Steineschmeißer!'. Da die Bullen trotzdem ihre Wut an mir abließen und weiterknüppelten, hielt der Bulle, der rechts neben mir ging, sein Schild über meinen Kopf, auf das ich die Schläge niederprasseln hörte. Ein Bulle mit wutverzerrtem Gesicht versuchte mir die Handschellen anzulegen, was nicht so schnell ging, da ich Handschuhe anhatte. Ich wehrte mich überhaupt nicht, sondern zog den Handschuh aus, damit mir der Bulle die Handschellen anlegen konnte. Er drohte: 'Eine falsche Bewegung, und du kriegst Kloppe.' "

„Ich stand in einer Gruppe von Bekannten auf dem Kudamm. Plötzlich ging eine panische Rennerei in Richtung Gedächtniskirche los. Ich habe einen Moment gezögert und mich umgedreht, habe die Bullen im Laufschritt anrücken sehen und bin dann hingeflogen. Es ging alles sehr schnell. Die Demonstranten gingen über mich hinweg, ohne mich niederzutrampeln. Dann kamen drei bis vier Reihen Bullen und aus jeder Reihe hat mir einer mit seinem Knüppel auf den Kopf geschlagen. Ich bin dann, als alles vorbei war, sofort von zwei Bullen hochgerissen worden und um die Ecke in Richtung Bullenwanne geschleift worden. Kommentar des einen Bullen: 'Das ist ja ne Frau.'
Die Bullen haben mich getriezt, ich sollte schneller gehen, was mir schlecht möglich war, weil mir recht schwindlig war von der Knüppelei. Ich bin dann in eine Bullenwanne geschleudert worden. Vor mir wurde ein Typ reingeschleudert. Ich wurde draufgeschubst, Kommentar: 'Kopf unten lassen'. Damit mir das auch klar blieb, bekam ich auch ein Bullenknie in den Rücken, das mich runterdrückte. Uns wurde gesagt, wenn wir nicht unten blieben, würde es nochmal was setzen. Der Typ, auf dem ich lag, rührte sich nicht, und ich hatte Angst, daß er bewußtlos ist. Ich hab ihn gefragt, was mit ihm los ist. Er hat geantwortet, daß er so schlecht Luft kriegt. Die Bullen haben uns angemacht, wir sollten die Schnauze halten. Es fielen Ausdrücke wie 'Rote Sau, Kommunistensau' ..."

„Gegen 21 Uhr bildeten die Bullen einen Ring um die Demonstranten, die den Kudamm auf- und abmarschiert sind. Die Bullen schmissen Tränengas und stürmten auf uns los. Wir fingen an zu laufen. Beim Laufen spürte ich einen dumpfen Schlag auf dem Kopf und auf meiner rechten Hand. Ein Sanitäter verband notdürftig meine blutende Platzwunde. Ein Mitdemonstrant hakte mich unter und versuchte mit mir aus dem Bullenkreis rauszukommen. Wir wurden mehrmals von den Bullen zurückgewiesen mit der Antwort 'hier kommt niemand raus'. Mein Mitdemonstrant machte den Leiter der Polizeitruppe ausfindig,

Die lange Nacht der Unvernunft

Wieder Straßen-Schlacht ● Demonstranten warfen Steine ● Polizei schlug zu

Foto: Peter Homann

der uns nach einer kurzen Auseinandersetzung durchließ."

„Demonstranten stehen auf dem Kudamm, ruhig. Plötzlich Panik. Die Bullen stürmen und drängen die Demonstranten in Richtung Gedächtniskirche. ... fällt hin, wir schaffen es, sie aufzuheben. In diesem Moment drehe ich mich um und sehe einen halben Meter hinter mir einen Bullen auf uns zu knüppeln. Er ist aus der geschlossenen Bullenreihe, ca. 2 Meter dahinter, vorgeprescht. Vor dieser Bullenkette liegt ein Demonstrant auf dem Boden, auf den sechs bis acht Bullen eintreten und einschlagen.
Wir rennen weiter, es herrscht totale Panik. Wir sind dicht gedrängt vor dem Kranzler, ca 300 Leute. Die Bullen ziehen den Ring um uns zusammen und schlagen auf die Schilder. Neben mir wird ein Mädchen vom Sani verbunden, der ganze Kopf. Es wird gesungen, um die Angst zu bekämpfen und auch um unsere Friedlichkeit zu äußern."

„Es kamen Leute auf uns zugelaufen, die uns zuschrien, daß die Bullen angefangen hätten zu knüppeln. Wir versuchten in die Fasanenstraße zu flüchten. Dabei wurden wir an die Häusermauern gedrängt und kamen nicht weiter. Dann war eine kleinere Gruppe von Leuten plötzlich von Bullen eingekreist. Die schrien, wir sollten verschwinden. Wir konnten aber nicht weg, weil sie um uns rumstanden, auf ihre Schilder trommelten und dann losschlugen. Mich traf ein Schlag auf den Kopf. Wir liefen dann weiter und wurden wieder eingekreist und nochmal von den Bullen verprügelt. Bei dem Versuch, den Bullen klarzumachen, daß wir gehen wollen, sie sollten uns nur lassen, schlugen sie mich wieder.
Wir haben dann einen am Kopf blutenden Mann auf der Straße aufgelesen und sind mit ihm ins Krankenhaus gefahren."

Selbst Erste Hilfe-Maßnahmen und die Versorgung von Verletzten wurden von den „Freunden und Helfern" vereitelt bzw. behindert.

„Die Bullen stürmten und warfen eine Tränengasbombe, in die ich hineinlief. Da ich Asthmatiker bin, versuchte ich so schnell wie möglich dieses Gebiet zu verlassen. Ich nahm die Hände über den Kopf und versuchte mit Erklärungen über meine Krankheit durch die Polizeisperre an der Joachimsthaler Straße durchzukommen. Mittlerweile stützte mich ein Mädchen. Nach einiger Zeit ließen die Bullen mich und das Mädchen durch, hinter die Polizeisperre auf einen ruhigen Platz. Wir konnten nur sehr langsam gehen. Außerhalb der Sperre standen drei Wannen. Ein Bulle von dort kam auf uns zugerannt, mit schwingendem Knüppel. Ich duckte mich. Das Mädchen stand einen halben Meter hinter mir. Der Bulle sprang ihr in die Beine, sie fiel halb auf mich. Er schlug mit dem Knüppel auf ihren Kopf, sie brach zusammen und schien mir sofort bewußtlos. Blut spritzte. Der Bulle rannte weiter, ohne sich zu kümmern, in Richtung Polizeikette. Das Mädchen ershien mir sehr schwer verletzt. Ich war so schockiert, daß ich handlungsunfähig war."

„Wir, vier Leute, flüchteten in die Meinekestraße. In diesem Augenblick sah ich, wie ein Polizist einer Frau neben mir zweimal mit voller Kraft auf den Hinterkopf schlug. Die Frau brach zusammen. Ich hob sie auf und zog sie in einen Hauseingang. Einige Augenblicke später kam ein junger Mann in den Hauseingang, der eine schwere Verletzung am Nasenbein hatte und stark blutete. Zusätzlich war er schwer gehbehindert, weil er von einem Polizisten in die Hüfte getreten wurde, als er sich über eine verletzte Frau beugte, um ihr zu helfen.
Nach einigen Minuten kam ein Sanitäter und

leistete erste Hilfe. Es gelang uns nach einiger Zeit, dem Tumult zu entkommen, und ich begleitete die beiden Verletzten in ein Krankenhaus. Der Frau wurde eine '8 cm lange, bogenförmige Platzwunde, klaffend, stark blutend' zugefügt, wie der diensthabende Arzt bescheinigte."

„Panik entstand, weil die Bullen stürmten. Ich bin gestolpert, hingefallen. Ein Bulle hielt mich fest und schlug mit dem Knüppel auf meine Schultern. Er krallte sich in meinen Haaren fest. Widerstandslos mitgegangen, konnte mich nicht aufrichten, da der Bulle mich an den Haaren festhielt. Dann stieß er mich in eine Wanne. In der Wanne saßen zwei Männer, einer blutete aus der Nase, der andere hatte eine Kopfplatzwunde. Die beiden Männer wurden sehr brutal durchsucht. Ein Bulle behauptete, der Kopfverletzte sei wohl auf den Bürgerteig gefallen, und er hätte ja schließlich seinen Spaß gehabt. Der Kopfverletzte wurde erst nach langer Zeit verbunden. Er schrie die ganze Zeit und hatte anscheinend einen Schock."

„Gegen 21.30 Uhr befanden wir uns auf dem Kurfürstendamm, in Höhe der Fasanenstraße. Der Mann wurde nach unseren Beobachtungen hinter den Polizeiketten von drei Polizeibeamten gegriffen. Zwei Beamte schleiften den laut schreienden, von mehreren Schlägen mit dem Schlagstock Getroffenen und sichtbar und hörbar Verletzten ca. 25 m über die Straße. Es war erkennbar, daß er nicht mehr laufen konnte. Während dieses Vorgangs stand der Polizeipressesprecher Herr ... unmittelbar daneben. Er war Zeuge des gesamten Vorfalls. Drei sich ausweisende Journalisten sprachen ihn direkt auf die Behandlung des Mannes an und forderten ihn auf, auf die Beamten einzuwirken. Herr ... grinste und äußerte sich in keiner Weise. Als die Polisten die Journalisten bemerkten, legten sie den Verletzten auf die Straße und fotografierten ihn. Ein Passant, der sich als Mediziner ausgab, versuchte eine Diagnose zu stellen und vermutete einen Mittelhandbruch und schwere Beinverletzungen. Ich fragte die Polizisten, wann ein Krankenwagen eintreffen würde, worauf ich die Antwort bekam: 'Erst, wenn alles ruhig ist.' Der Verletzte lag über eine Viertelstunde auf der Straße, ehe er abtransportiert wurde."

Von der ursprünglichen Strategie der Polizei, die Demonstration auf dem Kudamm im Keim zu ersticken, blieb nicht mehr übrig als eine nächtliche Prügelorgie. Als die Demonstranten nach Hause gehen wollten, wurde offensichtlich, daß eine Strafexpedition gegen Bürger, die ihr Recht auf Demonstrations- und Versammlungsrecht wahrnehmen, durchgeführt werden sollte. Wer erinnert sich nicht an die scheinbar längst vergessenen Spiele aus den Kindertagen von Räuber und Gendarm? Aber wer spielt hier noch? Eine wilde Verfolgungsjagd begann.

„Von jetzt an begann eine einzige Hetzjagd über Tauentzienstraße, Kleiststraße, Bülowstraße, nach Süden in die Potsdamer, bis hin zur Großgörschenstraße. Ich glaube, alle hatten Angst. Immer wieder stieß die Polizei vor, an uns heran, anfänglich noch, indem sie alle aus den Autos ausstiegen, und dann wieder an der gleichen Stelle einstiegen, später dann, indem die Wannen gleich mitfuhren. Wir rannten und rannten. Ich kam mir vor wie ein Stadtindianer, nur daß wir eben die Gejagten waren. In dieser Szenerie entstand ein Zusammengehörigkeitsgefühl. In jenen Minuten begann ich in 'wir' zun denken. Wir waren Betroffene, betroffen von einem schrecklichen Unglück. Nie hatten wir etwas davon in der Schule gelernt. Ich könnte mir vorstellen, daß solche Situationen eine Art Terrorismus hervorbringen."

LIN, DIENSTAG, 16. DEZEMBER 1980 Tagesspiegel

Wieder Krawalle und Verletzte auf dem Kurfürstendamm

Mehrere Festnahmen nach neuen Ausschreitungen bei Demonstrationen

Tsp. Berlin. Die Krawalle vom Wochenende um Hausbesetzungen in Kreuzberg fanden gestern abend erneut am Kurfürstendamm eine Fortsetzung. Sympathisanten der Hausbesetzer hatten zu einer Kundgebung aufgerufen, um gegen die Verhaftungen bei den Zusammenstößen vom Freitag und Sonntag zu protestieren. Einige der rund 3000 Demonstranten reagierten dann mit Steinwürfen auf die Aufforderung der Polizei, den Kurfürstendamm zu räumen. Es gab zahlreiche Verletzte auf seiten der Polizei und bei den Demonstranten. Nach Angaben der Polizei wurden mehrere Teilnehmer der nicht angemeldeten Demonstration festgenommen.

Gegen 19 Uhr hatte sich die Menge zum Beginn der Demonstration auf dem Breitscheidplatz versammelt. Aufrufe der Polizei, den Platz zu räumen, wurden nicht befolgt. Festnahmen von Teilnehmern aus der Menge heraus hatten eine eher aufstachelnde Wirkung.

Gegen 19 Uhr 20 waren die Demonstranten in Richtung Bleibtreustraße den Kurfürstendamm entlanggezogen.

Gegen 21 Uhr hatte die Polizei an der Uhlandstraße die zwischen Breitscheidplatz und Bleibtreustraße mehrfach hin- und herlaufenden Demonstranten mit einer Sperrkette gestoppt. Unter Einsatz von Schlagstöcken und Tränengas wurden die zumeist Jugendlichen in Richtung Fasanenstraße gedrängt. Gegen 21 Uhr 30 war die Versammlung dann gesprengt.

Im Verlauf der Krawalle stürzten Demonstranten in Höhe der Fasanenstraße einen privaten Pkw um. Vor dem Hotel Kempinski rissen Demonstranten das Pflaster des Gehweges auf, um sich mit Steinen zu bewaffnen. Im Bereich des Hotels wurden Schaufensterscheiben und auf dem Kurfürstendamm mehrere Vitrinen eingeworfen. Eine von Demonstranten in der Fasanenstraße errichtete Barrikade wurde von der Polizei wieder abgeräumt. Ein Teil der Demonstranten setzte sich im Laufe des Abends wieder aus der City ab und fuhr Richtung Kreuzberg.

Plünderungen — Bauwagen umgestürzt

Etwa 600 Demonstranten zogen am späten Abend über den Nollendorfplatz in Richtung Kreuzberg. Unterwegs stürzten sie einen Bauwagen um und errichteten eine Barrikade, die von schwerem Räumfahrzeug der Polizei beseitigt wurde. An der Potsdamer Ecke Bülowstraße zertrümmerten die Jugendlichen einen Lebensmittel-Supermarkt. Nach Angaben eines Polizeisprechers kam es dabei zu Plünderungen. Die Polizei meldete am Abend allein aus einer Einsatzabteilung 17 verletzte Polizeibeamte.

Drei Demonstranten wurden offenbar schwerer verletzt auf der Straße liegend gesehen. Ein Beamter wurde von einem Pflasterstein in den Unterleib getroffen.

Die Polizei hatte starke Kräfte zusammengezogen, um den Kurfürstendamm zu sichern. Annähernd 2000 Beamte waren im Einsatz beziehungsweise in Bereitschaft. Auch Wasserwerfer wurden bereitgehalten. Besonders zahlreiche Geschäfte am Kurfürstendamm, die bei vorangegangenen Ausschreitungen Ziel von Zerstörungen waren, wurden sowohl durch Mannschaftswagen der Polizei als auch durch Polizeibeamte geschützt, die mit Schilden und Helmen ausgerüstet waren. Auch das Amerikahaus am Zoo war durch Polizeifahrzeuge und Gitter abgeriegelt. Geschäftsleute hatten die Auslagen aus den Schaufenstern genommen, die Weihnachtsbeleuchtung war ausgeschaltet, die U-Bahn-Stationen mit Stahlgittern verschlossen.

Zu der Demonstration hatten die Hausbesetzer in einem Flugblatt aufgerufen, in dem unter anderem die sofortige Freilassung aller bei den vorangegangenen Ausschreitungen Festgenommenen und die Aufhebung aller Haftbefehle gefordert wurde. „Sollte das nicht geschehen, tragen Innensenator Ulrich und Polizeipräsident Hübner dafür die Verantwortung, daß in Berlin Weihnachten nicht nur die Weihnatsbäume brennen."

(Siehe auch Seite 12)

300 Scheiben zu Bruch, 67 Autos kaputt

rb. **Berlin, 17. Dezember**

Es war schlimmer als am Wochenende – als die Chaoten Montag um Mitternacht den Kudamm verließen, waren wieder 300 Schaufensterscheiben zerschlagen, 20 Vitrinen geplündert worden.

Vierzig blutende Polizeibeamte mußten mit tiefen Fleischwunden, Quetschungen, ausgerissenen Haaren und Rippenprellungen in Krankenhäusern behandelt werden.

106 Polizisten sind jetzt insgesamt verletzt, etwa 70 Demonstranten.

17 Einsatzwagen der Polizei mußten demoliert in die Werkstatt, bei 50 Privatwagen wurden Scheiben eingeschmissen, Türen und Kotflügel eingetreten, Reifen zerstochen.

23 Krawallmacher wurden von der Polizei festgenommen, zehn bekamen Haftbefehle. Unter ihnen sind auch vier Polit-Rocker aus der Schweiz, die extra eingereist waren.

Experten über die Schadenssumme: „Wieder mindestens eine Million."

Die Berliner haben Angst vor einer neuen Schlacht – die meisten kritisieren aber auch die Wohnungspolitik des Senats (siehe unten).

Foto: Oliver Hermann

"Wir rannten und rannten. Ich überlegte schon, wie wir uns schützen könnten. Autos auf die Straße schieben? In Seitenstraßen, in Rohbauten, wohin können wir rennen, um vor der Polizei geschützt zu sein? Würden sie nicht alles absuchen? Sie waren unberechenbar.
In diesen Minuten war ich nicht mehr ich, da waren nur noch wir. Wie sollte ich mich als Einzelner schützen? Ich weiß nicht, ob diese Einschätzung real ist. Damals war sie das einzige, was ich hatte, und die Nachwirkung ist auch heute noch nicht vorbei.
In der Potsdamerstraße ging die Hatz dann noch einmal los, die Polizei hatte freie Bahn. Ein BVG-Bus wendete, als er uns kommen sah. Er hätte lieber auf der Staße stehen bleiben sollen. Ich hatte Angst, wenn wir die Yorckstraße gingen, daß dann die Polizei einen Kessel unter den Brücken machen würde.
In der Höhe der Großgörschenstraße kam schließlich die endgültige Zerstreuung. Polizei überall, Leute überall. Leute, die sich suchten, Hektik, Panik. Selbst wenn gar keine Polizei direkt da war, wurde noch gerannt.
In einer endlich ruhigen Seitenstraße konnte ich verschnaufen. Noch eine Frau war da. Sie sagte: 'Wie kann so etwas nur passieren?' Nach einer Weile wagten wir uns wieder auf eine größere Straße, die Goebenstraße. Sie würden uns doch nichts tun, wenn wir ganz normal die Straße entlangliefen? Leute standen auf ihren Balkons und fragten, was los sei. Ich sagte, es wäre eine Demonstration an der Gedächtniskirche gewesen. Sie fragten, was die Polizei hier tue. Ich sagte: 'Sie verfolgt uns.' "

„Die Demonstranten rannten weg in Richtung Nollendorfplatz und flohen vor den sie verfolgenden Polizisten. Einzelne Demonstranten wurden von mehreren Polizisten eingekreist und zusammengeschlagen. Dies geschah auf der Kleiststraße in Höhe der Courbierestraße. Auch auf meine Freundin liefen drei Polizisten zu und knüppelten auf sie ein. Zusammen mit einem mir unbekannten Mann schob ich mich schützend vor die Schreiende und Weinende, worauf die Polizisten nicht mehr weiter zuschlugen. Wir verhielten uns ruhig, und nach einigem Zögern zogen die drei Polizisten ab. Vom Balkon des Hauses Kleiststraße Ecke Courbierestraße sahen einige Leute den Abläufen zu, was uns vor weiteren Schlägen bewahrt haben könnte. Etwa 10 m neben uns brach ein Mann anscheinend schwer verletzt zusammen, eine Gruppe von Demonstranten kümmerten sich um den Verletzten. Von diesen Vorfällen geschockt, insbesondere von der völlig unprovozierten Gewalt der Polizisten, verließ ich den Schauplatz der Gewalt."

„Polizeiketten stürmten in voller Straßenbreite hinter den flüchtenden Demonstranten her. Neben mir stolperte ein junger Mann. Noch während er fiel, gab ihm ein Polizist einen Schlag auf den Kopf. Ich blieb stehen und wollte ihm helfen. In diesem Moment erreichte die Masse der Polizisten meinen Standort. Der Mann erhielt einen Tritt in die Nieren, von einem anderen Polizisten wurde er ins Gesicht getreten. Angstvoll lief ich weg. Ein Polizist verfolgte mich und gab mir drei Schläge auf den Kopf und zwei Schläge auf den Rücken."

„Die Polizisten rannten mit geschwungenen Knüppeln hinter uns her. Plötzlich stand ich vor einem Auto und konnte nicht weiter. Das war auf der Kreuzung Kleiststraße Eisenacherstraße. Ich bekam einen Schlag auf den Kopf und wollte in die Eisenacherstraße ausweichen. Der Polizist, der mich geschlagen hatte, rannte weiter hinter mir her, ebenso drei oder vier andere, die mir ebenfalls auf Kopf und Rücken schlugen. Ich kam

Straßenschlachten vor dem Sicherheitsausschuß

Der Sicherheitsausschuß des Abgeordnetenhauses wird sich heute auf Antrag der CDU mit den Straßenschlachten am Montag zwischen Instandbesetzern und Polizei befassen. 40 verletzte Polizisten, 36 Verhaftungen, beschädigte Autos, zertrümmerte Schaufenster und Glasvitrinen sowie umgestürzte Bauwagen gehören zur Bilanz der Schlacht. 200 verletzte Demonstranten haben sich bislang bei einem Ermittlungsausschuß der Instandbesetzer gemeldet.

Nach Angaben des Ermittlungsausschusses verlor ein Demonstrant auf einem Auge sein Augenlicht, mehrere Demonstranten erlitten Schädelbasis- und Knochenbrüche. Viele Demonstranten würden keine Krankenhäuser aufsuchen, weil sie befürchten, daß ihre Personalien an die Polizei weitergeleitet werden.

Anlaß der Straßenschlachten war eine nicht angemeldete Demonstration der Instandbesetzer, mit der sie die Freilassung der bei den Auseinandersetzungen am vergangenen Freitag in Kreuzberg Festgenommenen forderten. Weit über 1000 Demonstranten hatten sich zunächst am Breitscheidplatz versammelt. Nach einer mehrstündigen Schlacht am Kudamm setzten sich die Auseinandersetzungen gegen 24 Uhr in Kreuzberg fort. Um drei Uhr früh beruhigte sich nach Angaben der Polizei die Lage.

90 Minuten lang befaßte sich gestern der Senat mit den Straßenschlachten der vergangenen Tage. Auf das Schärfste verurteilte er das Verhalten von einigen Gruppen, „die bewußte Konfrontation mit diesem Staat und dieser Gesellschaft suchen". Zugleich appellierte der Senat an alle Betroffenen und Interessierten, den Weg des Dialogs zu gehen und jeden weiteren Schritt zur Eskalation zu vermeiden.

Die Demonstrationen der letzten Tage hätten nichts mehr mit dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung zu tun, erklärte Parlamentspräsident Lummer (CDU).

Abend 16.12. B.R./S.L.

Ristock: „Provokateure und finstere Heuchler"

Harry Ristock

Bausenator Harry Ristock heißt den Polizeieinsatz gegen Demonstranten in der City gut. Ebenso den Einsatz gegen „Instandbesetzer" am Fraenkelufer 48 in der vergangenen Woche. Er begründet das dem ABEND so:

Die Rechtsstaatlichkeit schien an dieser Stelle nicht mehr gewährleistet; denn einer kleinen Gruppe von Provokateuren war man viel zu lange tolerant gegenübergetreten.

Herr Ristock, hätten Sie sich auch dann für den Polizeieinsatz gegen die „Instandbesetzer" des Fraenkelufer 48 stark gemacht, wenn Sie von den Folgen gewußt hätten?

Ristock: Ja. Nach einem Modell des Senats und der Arbeiterwohlfahrt sollte das Problem „Instandbesetzer" dadurch gelöst werden, daß gewisse Häuser gezielt für „Instandbesetzer" — als Ersatzobjekte — angeboten werden sollten. Und genau dies war ein solches Haus. Es sollte in der provokatorischen Absicht besetzt werden, ganz gezielt Kompromisse kaputt zu machen. Progressive Politik werde ich mir nicht durch einen Haufen solcher Chaoten zerstören lassen.

Halten Sie die rechtliche Möglichkeit der Hauseigentümer, Häuser räumen und wieder leerstehen zu lassen, für juristisch einwandfrei?

Ristock: Jahrelanger Häuserleerstand zwecks Verrottung darf nicht mehr sein. Aber wer ein Haus besetzt, das wir gerade als Ersatz für Besetzer bereitgestellt haben, ist halt ein finsterer Heuchler und schamloser Provokateur.

Abend 16.12. Gis-

trotzdem noch weg. Dabei sah ich noch, wie eine Frau, die auf der Kreuzung stehengeblieben war, weil sie nicht mehr weiter konnte, von vier Polizisten umringt und zusammengeschlagen wurde."

„Die Bullen hatten die Demonstranten bis zum Kleistpark getrieben. Von hinten kamen die Wannen. Wir bogen über die Hochkirchstraße über den Bautzener Platz in die Bautzener Straße ein. Dann kamen zehn Wannen von der Monumentenstraße und mehrere Wannen von den Yorckbrücken, worauf die Straße dicht war. Die Wannen hielten dort, fuhren aber auch auf die Bürgersteige und nahmen knüppelnd die Leute mit. Ich flüchtete, nachdem ich mich zuerst auf der Straße hinter einem LKW versteckt hatte, auf den dortigen Gewerbehof. Dort sah ich dann einen PKW mit Dachgepäckträger auf den Hof fahren. Vier Personen sprangen raus (zwei mit Knüppeln, zwei mit Riemen) und liefen zu einem dort abgestellten LKW-Anhänger. Sie haben geschrien, daß die Leute vom Wagen runter kommen sollten, sind aber selber hinaufgesprungen. Dann ging ich wieder auf die Straße zurück, kein Mensch mehr auf der Straße."

„Wir zogen uns auf ein offenes Gütergelände an der Bautzener Straße zurück. Dort versteckten wir uns, um die Mannschaftswagen vorbeizulassen. Plötzlich fuhr ein Personenwagen auf das Gelände,auf uns zu. Wir liefen los und zwei Männer verfolgten uns. Ich lief einem der beiden in die Arme und der andere kam von hinten. In der Annahme, daß sie mich verhaften wollten, hob ich die Arme. Plötzlich kriegte ich einen Schlag auf den Hinterkopf und ging in die Knie. Der vor mir schlug mich ebenfalls auf den Kopf. Dann lag ich und sie deckten mich mit einem Hagel von Schlägen ein. Dann sagten sie 'Hau ab', sprangen in den Wagen und fuhren los. Ich hatte mich auf dem Boden zusammengerollt, so, daß sie mir vor allem die Knie, die Schultern, den Kopf und eine Hand zerschlugen. Ein Finger ist gebrochen."

Im Eifer des Gefechts geriet wohl auch die Disziplin der Ordnungshüter aus den Fugen:

„Sechs Wannen fuhren im Gegenverkehr auf der Bülowstraße zu, stiegen aus, schlugen mit ihren Knüppeln und Füßen die Scheibe ein, die am weitesten links liegt, drangen mit ca. 50 Polizisten in das Kaufhaus ein und kamen nach ca. 15 Sekunden wieder raus, stiegen in ihre Wannen und fuhren wieder fort."

„Vor dem Mehringhof standen etwa 40 bis 50 Leute, als drei Mannschaftswagen vorfuhren. Kurz darauf standen etwa 20 Bullen vor uns. Es kam Panik auf, sodaß alle auf das Gelände des Mehringhofs rannten. Obwohl die Bullen darauf hingewiesen wurden, daß dies Privatgelände sei, kamen sie auf uns zu. Wir rannten weiter auf den zweiten Innenhof und versuchten die Tore zu schließen. Neben mir rissen die Bullen einen Mann zu Boden ud schlugen auf ihn ein. Als ich dazu trat, schlugen sie mich. Alle anderen Leute hatten sich im Aufgang verschanzt. Dann wurde ich und eine andere Frau auf die Straße gedrängt-."

In SO 36 klang der schöne Abend harmonisch aus.

„Ich war erchöpft. Im U-Bahnhof Yorckstraße waren ein paar Leute versammelt. Eigentlich wollte ich nach Hause, aber Leute fragten, ob wir nicht noch in eine Kneipe gehen wollten. Am Kottbusser Tor stiegen wir aus. Am U-Bahnausgang bei Aldi standen etwa drei Wannen. Acht Polizisten gingen gerade in den U-Bahnhof. Wir gingen in die Oranienstraße, überall standen Polizisten. Ich blieb nicht lange, ich war zu müde.

Wenn Realität zum Alptraum wird

Wenn Realität wie ein Alptraum funktioniert wirds Zeit aufzuwachen. Bis gestern Abend hatte ich das Gefühl, daß es doch noch sowas wie einen Rechtsstaat gibt. Ich wußte zwar, daß Unterdrückung und Gewalt auch hier existiert und von jedem „Rechts"staat abgesichert wird, aber ich fühlte mich wenig unmittelbar bedroht. Das ist heute anders.

Wenn Realität wie ein Alptraum funktioniert wirds Zeit aufzuwachen. Bis gestern Abend hatte ich das Gefühl, daß es doch noch sowas wie einen Rechtsstaat gibt. Ich wußte zwar, daß Unterdrückung und Gewalt auch hier existiert und von jedem „Rechts"staat abgesichert wird, aber ich fühlte mich wenig unmittelbar bedroht. Das ist heute anders.

Kreuzberg, Oranien-/Ecke Adalbertstraße, 0 Uhr 30 (Dienstag früh, 16.12.). In den Nachrichten wurde gesagt, die „plündernden" Hausbesetzer und ihre „Sympathisanten" würden nach Kreuzberg abziehen. Nichts da, wer nach Kreuzberg zog, das war die geballte „Ordnungsmacht". Mit ca. 50 Wannen wurde SO 36 richtiggehend besetzt. Gruppen von Nahkämpfern im grünen Kampfanzug durchstreiften die Gegend - nach Opfern ihrer Prügelorien suchend. Vom Kudamm waren zu dieser Zeit ungefähr 200 Menschen in Kreuzberg rund um das Kottbusser Tor eingetroffen und standen verstreut an den Straßenecken und schauten ungläubig auf diese Bürgerkriegsszenerie: Mit Blaulicht rasten die Wannen im Karree - ab und zu sprang eine Gruppe vom Wagen. An den Straßenecken der Oranien-/Ecke Adalbertstraße hatten sich ca. 100 Menschen versammelt. Plötzlich sprangen mindestens ebenso viele der Nahkämpfer von ihren Wagen, ein Befehl erscholl „nach da drüben", und schon stürmten sie los. Ca. 20 Leute erlitten Platzwunden am Kopf, Abschürfungen, Knochenbrüche. Es bestand keine Chance noch rechtzeitig wegzukommen. An Gegenwehr hatte soundso keiner gedacht. Mir verpaßte einer eine zwei cm tiefe Platzwunde am Kopf, vor dem nächsten Schlag rettete mich einer der Hausbesetzer in des besetzte Haus in der Adalbertstraße. Dort verbanden sie mich provisorisch und nachdem die Grünen abgezogen waren, gings ins Urban-Krankenhaus. Dort waren inzwischen die meisten Verletzten angelangt - Lazarett-Atmosphäre. Meinen Freund, mit dem ich in der Oranienstraße war, traf ich dort auch wieder - mit Abschürfungen im Gesicht, Schlagstockhieben und Beulen am Kopf. Ihn hatten sie von hinten erwischt, so daß er ohne sein Gesicht schützen zu können voll auf der Straße landete. Als er wieder zu sich kam, stand ein „Ordnungshüter" neben ihm und meinte lakonisch: „Hier is ne Straßenecke, keen Bett!"

TAZ 17.12.

Der Notarzt im Krankenhaus stellte mein Vertrauen wieder her, daß es noch Menschen gibt. Völlig überlastet, fluchend auf die Bullen, die in den letzten drei Tagen unzählige Verletzte ins Krankenhaus geprügelt hatten, behandelte er die Leute sorgfältig. Nach 2 1/2 Stunden Krankenhaus, dröhnendem und genähtem Schädel wollte ich nur noch ins Bett. Doch jetzt begann erst die Alptraum-Wirklichkeit. Nachdem mein Freund und ich meinen Helfer aus dem besetzten Haus in die Adalbertstraße zurückgebracht hatten, verfolgte uns eine Streife der Verkehrspolizei bis vor unsere Wohnung. Wir hatten das bemerkt, dachten aber, sie wollten „nur" unsere Adresse für den Computer und fuhren nach Hause. Kaum angehalten, stiegen zwei Grüne aus, fingen an am Auto rumzufummeln, fragten nach Papieren, wurden aggressiv. Noch immer hatten wir nicht ganz gescheckt, worum es ging, wollten möglichst schnell in unsere Wohnung und warteten relativ ruhig. Inzwischen waren noch zwei Bullies eingetroffen und dann ging der Tanz los. Einer von Inen machte mich schräg an und schon hatte ich seine Faust im Gesicht und in der Seite. Mein Freund bekam ebenso unvermittelt einen Knüppel auf Kopf und Körper.

Dann verfrachteten sie uns einzeln in ihre Wagen - ohne Begründung, dafür aber unter Drohungen. Der eine zog sich Handschuhe an und los gings. Sie sagten weder, warum sie uns mitnahmen noch wohin. Ich befürchtete, es ginge in die nächste dunkle Straße, wo sie uns dann endgültig fertig machen würden. „Zum Glück" gings dann doch aufs Revier in die Puttkammerstraße. Dort angekommen, wurden wir durchsucht, in Haftzellen gesperrt. Einer von den dortigen - Typ Sadist - wichste mich nochmal an und schlug wieder zu. Der Rest der anwesenden Bullen war aggressiv aufgeregt, kein Mensch, dem man was sagen konnte, keine Möglichkeit zu telefonieren. Nachdem sie uns 'ne Stunde festgehalten hatten, unsere Krankenhausbescheinigungen gesehen hatten und auch sonst nix fanden, was sie uns anhängen konnten, ließen sie uns wieder raus. Unsere Personalausweise hatten sie eingezogen, da sie „unbrauchbar" wären (sie hatten sie zerrissen), ein Mängelbericht für das Auto wurde ausgestellt und eine Anzeige wegen Verkehrsordnungswidrigkeit. Ein paar Sprüche noch und raus waren wir. Daß unms nicht mehr passierte, lag wohl daran, daß wir gerade aus dem Krankenhaus kamen, wo unser Zustand festgehalten worden war. Wir hätten jede weitere Verletzung Ihnen damit nachweisen können. Der aufgeschlagene Mund reichte ihnen. Mir auch. Es war inzwischen 4 Uhr 30. Rache, pure Gewaltätigkeit in Uniform, ausgestattet mit allen Mitteln, geschützt und aufgehetzt von Rundfunk und Zeitungen herrscht zur Zeit in Kreuzberg. Die Möglichkeit, von der Straße weg von uniformierten Schlägern eingesackt zu werden ist Kreuzberger Realität. Es ist gefährlich geworden, sich allein in Kreuzberg zu bewegen. Ein realer Alptraum.

Gerhard

Fünfertrupps von Bullen liefen herum, natürlich in voller Kampfkleidung. Kurz vor halb eins wollte ich mit der U-Bahn nach Hause fahren. Züge fuhren noch, sie hielten aber nicht. Ein paar Leute saßen auf der Treppe, die in der Mitte des Platzes zur Hochbahn führt. Sie waren eingeschlossen. Überall standen Polizisten, die niemand dort stehen ließen, wo er stand. Ich mußte nach Hause laufen."

„Ungefähr um ein Uhr kam ich auf den Heinrichplatz. In diesem Moment war der Platz ruhig, aber innerhalb weniger Minuten war er plötzlich voller Leute und Polizisten. Ich sah nur noch Blaulicht. Drei bis vier Polizisten liefen mit Knüppeln auf mich zu. Aus mir unerklärlichen Gründen ließen sie mich unbeachtet und fielen über einen jungen Mann her. Einige Polizisten hielten ihn fest, andere schlugen mit Knüppeln auf ihn ein und zwar vornehmlich ins Gesicht, das sie ihm völlig zerschlugen. Ich sah das Blut spritzen. Ich lief entsetzt fort."

„Ich war an der Ecke Oranien-, Adalbertstraße. Ich drehte mir gerade eine Zigarette, an das Geländer gelehnt. Gerade als ich sie mir anzünden wollte, wurde ich von einem Schild, dahinter ein Bulle, zur Seite geschubst. 'He, he, was soll denn das?' sagte ich. Darauf wurde ich angebrüllt, ich solle verschwinden: 'Hau ab, sofort!' Ich drehte mich um und wollte gehen. In dem Moment kriegte ich eins mit dem Knüppel über den Kopf, mit dem Schild wurde ich nach vorn geschoben, so daß ich in hohem Bogen über die Straße flog. Langsam rappelte ich mich auf, versuchte aufzustehen. In dem Moment bekam ich noch ein Ding mit dem Gummiknüppel. Als ich schreiend und schimpfend aufstand, um mich rum nur Bullen, zerrte mich eine Hand an den Straßenrand. Da merkte ich erst einmal, was passiert war. Ich blutete wie verrückt. jemand, der das Ganze beobachtet hatte, fuhr mich mit dem Auto ins Krankenhaus."

„In der Nacht vom 15. zum 16. Dezember beobachtete ich vier etwa 30jährige Männer, die mitten in einer vor der Berliner Bank am Kottbusser Tor stehenden Gruppe von abwartenden, völlig friedlichen Leuten eine Auseinandersetzung begannen. Dabei schlugen sie auf einzelne Personen in sehr brutaler Weise ein. Von einem Fotografen wurde eine Polizeigruppe samt Fahrzeug herbeigeholt, übrigens fand diese Schlägerei in Sichtweite von den vor Aldi stehenden Bullen statt, die sofort auf zwei von den vier Typen zugingen. Diese ließen sich willig mitnehmen und wurden in eine Wanne verfrachtet. Eine Stunde später, auf meinem Weg nach Hause, sah ich zufällig den Bullenwagen, der die zwei Typen aufgenommen hatte, am Oranienplatz, wo sich mehrere Gruppen von ebenfalls abwartenden Leuten aufhielten, halten. Aus dem Wagen stiegen diese zwei Männer, die sich dann auf die Gruppen zubewegten und auf die gleiche aggressive Art vorgingen, dabei aber keine Wirkung hatten.
Ich bekam den Eindruck, daß die Polizei mit diesen Provokateuren gemeinsame Sache machte."

Foto: Oliver Hermann

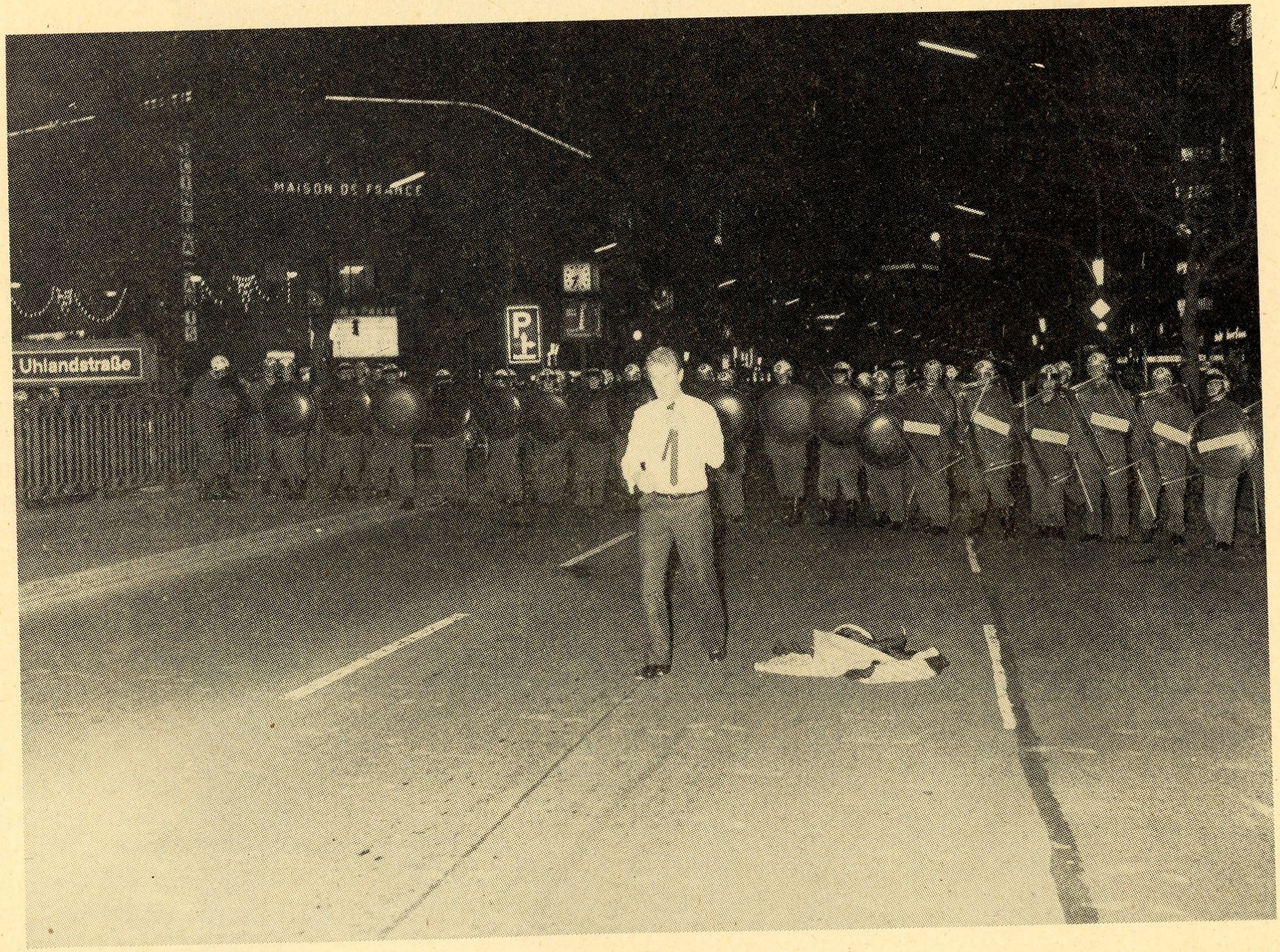


Foto: Oliver Hermann

Trennt euch von den Kriminellen!

Ca. 200 Verletzte

Ermittlungsausschuß zieht Bilanz

Der Ermittlungsausschuß gibt gegen 17.00 Uhr eine vorläufige Bilanz der Anzahl der Verletzten, über die Schwere der Verletzungen und über Polizeiübergriffe von der Nacht vom 15. auf 16.12. bekannt: Die Höhe der Verletzten wird vorsichtig vom Ermittlungsausschuß auf ca. 200 geschätzt, wobei nach der Fülle der Anrufe die Zahl noch steigen wird. Unter den 200 Verletzten gibt es mehrere Schwerverletzte, darunter ein Demonstrant der sein Augenlicht verlor, eine schwere Schädelverletzung, Platzwunden am Kopf, Knochenbrüche und Prellungen. Viele Verletzte suchten die Krankenhäuser nicht auf, da von den Vorabenden bekannt war, daß Zivilpolizisten nachts die Krankenhäuser aufsuchten, um die Personalien der Behandelten festzustellen. Dutzende von Mißhandlungen und Übergriffen der Polizei während und nach den z.T. willkürlichen Festnahmen sind dem Ermittlungsausschuß gemeldet worden. Ein schwerer Vorfall hat sich nach Augenzeugenberichten gestern Nacht am Heinrichplatz ereignet. Demnach ist ein festgenommener Demonstrant, nachdem er in einem Mannschaftswagen brutal zusammengeschlagen wurde, während der Fahrt aus dem Polizeiwagen geworfen worden.

Gerüchte: Neue Krawalle in der Innenstadt geplant

Der Deutsche Beamtenbund kritisierte, daß sich während der Straßenschlacht am Ku'damm kein Mitglied des Senats bei den Polizeibeamten habe blicken lassen.

Der Bund dankte jedem einzelnen Polizeibeamten für „seinen über das normale Maß hinausgehenden Einsatz".

28 Haftbefehle im Zusammenhang mit den Straßen-Krawallen

Bei der dritten großen Straßenschlacht innerhalb von vier Tagen zwischen Kreuzberger Hausbesetzern und deren Sympathisanten und der Polizei wurden Montag abend auf dem Kurfürstendamm und zwischen der City und Kreuzberg nach Angaben der Polizei 40 Beamte verletzt und 15 Fahrzeuge der Polizei beschädigt. Angaben über die Zahl der Verletzten unter den rund 1500 Demonstranten kommen von einem Kreuzberger „Ermittlungsausschuß", der von mindestens 200 Verletzten sprach. Viele hätten sich aus Furcht vor einer polizeilichen Überprüfung nicht in Krankenhäuser begeben.

Insgesamt hat die Polizei seit dem Beginn der Unruhen am Freitag am Kottbusser Tor 109 Personen festgenommen, davon 23 am Montag. 60 von ihnen (13 vom Montag) wurden nach Feststellung der Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt. Gegen 28 der bisher dem Vernehmungsrichter Vorgeführten wurden Haftbefehle erwirkt, zumeist wegen schweren Landfriedensbruches und Widerstandes gegen die Staatsgewalt in einem besonders schweren Fall. Zehn dieser 28 Personen erhielten Haftverschonung.

Nach einer gestern veröffentlichten Polizeistatistik sind rund ein Drittel der Festgenommenen Frauen. Ungefähr die Hälfte der Festgenommenen wohnt in Kreuzberg. Ebenfalls rund die Hälfte ist jünger als 21 Jahre, die andere Hälfte zwischen 21 und 30 Jahre alt, einige wenige älter. Unter den vor den Montags-Ereignissen festgenommenen 86 Personen waren 30 Studenten und Schüler, die anderen waren berufstätig oder machten keine Angaben.

Die Auseinandersetzungen am Montag hatten um 19 Uhr, wie berichtet, mit einer Demonstration auf dem Kurfürstendamm begonnen. Aus dem Kreis der Teilnehmer wurde erklärt, man wolle dagegen demonstrieren, „daß jetzt alle Häuser in Kreuzberg geräumt werden". Auch wurde befürchtet, daß die Verhafteten eine „Abschreckungs-Strafe" erhielten.

Die Gewalttäter in der Menge bildeten nur eine kleinere Gruppe. Steinwerfer wurden teilweise aus den eigenen Reihen zur Rede gestellt oder sogar dafür geschlagen. (Tsp)

Presseerklärung von 17 Berliner Rechtsanwälten anläßlich einer Pressekonferenz der Instndbesetzer am 16.1.

Bei den Auseinandersetzungen nach der versuchten Instandbesetzung des Hauses Fraenkelufer 48 in Berlin-Kreuzberg wurden zwischen dem 12. und dem 15. Dezember 1980 mindestens 100 Personen festgenommen. Gegen 28 wurde Haftbefehl erlassen, neun von ihnen wurden gegen Meldeauflagen sogleich vom Vollzug der Untersuchungshaft verschont, weitere 14 zunächst Inhaftierte wurden zwischen dem 18. und 23 Dezember haftverschont und entlassen, davon einer am 12. Januar 1981 erneut verhaftet. Mit ihm sitzen sechs Personen auch heute noch in Untersuchungshaft.

Als Verteidiger von Verhafteten stellen wir dazu fest: bei den für die 28 Haftprüfungen zuständigen Haftrichtern war grundsätzlich die Bereitschaft vorhanden, Haftverschonung zu gewähren. Lediglich in zwei Fällen ordneten sie Fortdauer an. Daß sich trotzdem heute noch mehr als die beiden in Untersuchungshaft befinden, ist vor allem auf das Verhalten der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft zurückzuführen. Obwohl der Justizsenator den zuständigen Staatsanwälten mehr fach ausdrücklich nahegelegt hatte, Haftverschonung nicht zu blockieren, legte die Staatsanwaltschaft gegen sechs Haftverschonungsbeschlüsse Beschwerde ein. Drei der davon Betroffenen wurden von den zuständigen Richtern jedenfalls vorerst dennoch aus der Haft entlassen, von denen einer, wie bereits erwähnt, seit dem 12. Januar wieder einsitzt. In drei Fällen konnte die Staatsanwaltschaft eine Haftentlassung tatsächlich von vornherein verhindern.

Die Tatsache der fortdauernden Untesuchungshaft für sechs Verhaftete hat bisher Gespräche über die Gründe und den Anlaß für die Auseinandersetzungen Mitte Dezember 1980 verhindert. Wir verstehen nicht, nach welchen Kriterien gerade die sechs der hundert Festgenommenen in Haft bleiben sollen. Ein Vergleich der ihnen gemachten Vorwürfe mit den Vorwürfen, die inzwischen dem Garski gemacht werden, weist kaum Unterschiede auf. Eine strafprozessuale Rechtfertigung dieser Entscheidung der Staatsanwaltschaft, in Einzelfällen einer Haftverschonung zu widersprechen, haben wir daher nicht erkennen können. Es ist allgemein bekannt, daß Verhandlungen über die instandbesetzten Häuser unmöglich sind, solange sich noch Leute in Haft befinden. Wir fragen uns, ob die Staatsanwaltschaft eine politische Lösung verhindern wollte und wie lange sie eine derartige Lösung noch verhindern darf.

Ich möchte dazu noch ein paar Ergänzungen machen. Wir befürhten vor allem eine weitere Eskalation der Situation mit Beginn der zu erwartenden etwa 100 Strafverfahren. Die ersten Verfahren sind bereits terminiert. Wir halten den Konflikt, der hier sichtbar wird, vor allem in den Strafprozessen sichtbar werden wird, nicht für einen im Kern juristischen, sondern für einen politischen Konflikt. Dieser Konflikt ist nicht zufällig entstanden und es kann keiner der politisch Verantwortlichen sagen, er habe die Konsequenzen nicht überblicken können. Es war allgemein bekannt, daß die Besetzer eine Räumung eines Hauses nicht reaktionslos hinnehmen würden. Die Verhinderung der Besetzung des Hauses Fraenkelufer 48 ist im Bewußtsein um diese Konsequenz gemacht worden. Auch im Nachhinein werden die Vorgänge um den 12./13. Dezember systematisch von offensichtlich interessierten Kreisen hochgespielt. Ich möchte ein Beispiel bringen: es ist der Presse nach dem 12./13. Dezember die Horrorzahl von 60 verletzten Polizeibeamten verbreitet worden. In den Akten über Anklageerhebungen ist ein Bericht des Poizei-

präsidenten enthalten; dort sieht diese Zahl doch ganz erheblich anders aus. Dort ist von 66 verletzten Polizeibeamten die Rede, von denen einer stationär behandelt wurde, zwei traten am nächsten Tag ihren Urlaub an. Mithin bleiben 63 Beamte übrig, die an diesem Tag ihren Dienst fortgesetzt haben. Das sind genau die Leute, die in unseren Akten dann etwa folgendermaßen zitiert werden: „Ich bekam einen Stein an den rechten Oberschenkel und verspürte einen stechenden Schmerz" - das sind dann 63 der verletzten 66 Polizisten.

Eine ähnliche Meinungsmache wurde mit den 300.000 Mark Sachschaden veranstaltet. Diese Zahl beruht auf den Angaben der Geschädigten. Wenn zum Beispiel die Berliner Bank gefragt wird, wie hoch der Schaden bei ihr gewesen sei, dann wird die Berliner Bank wohl kaum eine zu niedrige Zahl angeben. Das heißt, die Zahl 300.000 wird kaum zu niedrig sein. Ich möchte nun daran erinnern, daß die 300.000 Mark Schaden genau ein Vierhundertstel, das heißt 0.255 Prozent der Summe ausmachen, die das Land Berlin im Fall Garski zu zahlen haben wird. Zu den bewußt in Kauf genommenen, vielleicht von einigen auch bewußt gewollten Wirkungen der Untersuchungshaft für sechs Leute habe ich Ihnen bereits etwas gesagt. Mir scheint, daß auch bei den anstehenden Strafverfahren eine ähnliche Tendenz sichtbar wird. So sind bisher alle Termine, die bereits anberaumt wurden, in den Hochsicherheitsbereich des Amtsgerichts Tiergarten verlegt worden. Mithin werden alle Verfahren systematisch in Räumen stattfinden, die ursprünglich wohl zu etwas anderen Zwecken errichtet worden sind. Mithin wird jedes dieser 100 Verfahren hinter zentimeterdicken Panzerglasscheiben usw. stattfinden. Ich frage mich, wer Interesse daran hat. Ich möchte noch einmal kurz zusammenfassen: meines Erachtens ist der Konflikt, der in den Strafverfahren sichtbar wird, ein politischer und kein juristischer. Er ist meines Erachtens nur auf einer politischen Ebene lösbar und nicht durch eine weitere Kriminalisierung. Die Justiz ist mit der Lösung dieses Problems überfordert. Es gibt die Möglichkeit einer politischen Lösung, es gibt die Möglichkeit, daß das Abgeordnetenhaus in Form einer Amnestie den Konflikt politisch löst.

Verhaftungen

Unsere Absicht ist es, anhand der vorliegenden Protokolle von Zeugenaussagen und Augenzeugenberichten die Kriminalisierungsbemühungen der verantwortlichen Politiker, Staatsanwälte und ihrer Sprachorane - der sogenannten freien Presse - zu widerlegen. Vor allem in Anbetracht der anstehenden Prozesse erscheint es uns wichtig, nochmals aufzuzeigen, nach welchen „Kriterien" die zahllosen Verhaftungen vorgenommen wurden.

Anhand dieser Zeugenaussagen und Betroffenenberichte ergibt sich ein eindeutiges Bild:

Nicht sogenannte „kriminelle Elemente" wurden in Begehung einer Straftat verhaftet, sondern die Festnahmen erfolgten willkürlich den zufälligen Gegebenheiten einer Situation entsprechend.

- Leute, die in der allgemeinen Panik der Flucht vor den Polizeiknüppeln stolperten und wehrlos am Boden lagen.
- Leute, die sich aufgrund ihrer äußeren Erscheinung, auffällige Kleidung etc. hervorhoben (für fingierte Polizeizeugen leichter zu beschreiben).
- Leute, die sich vereinzelt auf der Straße oder dem Bürgersteig, selbst am Rande des Geschehens aufhielten.
- Leute, die fotografiert haben (auch Presseleute)

Dieses Bild der wild knüppelnden und verhaftenden Polizisten wird noch abgerundet durch die Art der Beweissicherung (Pflastersteine von der Straße in Tüten gepackt, Polaroidfotos usw.), der gegenseitigen Absprachen über gemeinsame Zeugenaussagen, der Schnellidentifizierung durch das Zellenguckloch und nicht zuletzt die schon vorgetippten, fast identisch lautenden Haftbefehle, auf denen oft noch nicht einmal die Ortsangaben stimmten.
Kein einziges Mal erging am Freitag, wie sonst bei Demonstrationen üblich, eine dreimalige Aufforderung, Vermittlungsversuche durch BI-Vertreter wurden abgelehnt, es existierte praktisch keine Einsatzleitung.
Die „Gesetzeshüter" schreckten selbst davor nicht zurück, Menschen aus Häusern rauszuprügeln und je nach Laune auch einige zu verhaften. Von wem eigentlich die Gewalt ausging, zeigen die Aussagen über Schikanen und Mißhandlungen während der Verhaftung und in den Einsatzwagen, die menschenunwürdige Behandlung auf den Revieren und im Knast.
Zur Zeit stehen vier Prozeßtermine fest, die alle in den Sicherheitsbereich gelegt sind. Ungefähr fünfzehn Anklageschriften sind verfaßt, es treffen laufend neue ein.
Die genannten Haftbefehle lauten auf: schweren Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung, Sachbeschädigung.

WICHTIG!

Wie an anderer Stelle bereits erwähnt, sind insgesamt über hundert Personen festgenommen worden.
Es wäre ein Trugschluß, wenn alle diejenigen, die seither nichts mehr von der Polizei oder der Staatsanwaltschaft gehört haben, annehmen würden, damit wäre die Sache für sie abgeschlossen. Denn es ist erfahrungsgemäß so, daß auch eine entsprechende Anzahl von Ermittlungsverfahren laufen, soweit zumindest die Personalien aufgenommen worden waren. Das hängt damit zusammen, daß den Betroffenen in der Regel nicht mitgeteilt wird, daß ein solches Verfahren eingeleitet worden ist.
Das heißt konkret: Schreibt unbedingt Gedächtnisprotokolle, soweit ihr es noch nicht getan habt und bringt sie dem Ermittlungsausschuß, der auch weiterhin jeden Donenrstag ab 19 Uhr zu erreichen ist. Versucht Zeugen - möglicherweise über den Ermittlungsausschuß - zu finden, denn in einigen Monaten (solange kann es nämlich dauern, bis ihr vielleicht eine Vorladung erhaltet) erinnert sich kaum noch ein Mensch an Einzelheiten dieser Horrortage und -nächte.

Aussage einer Frau über eine Freundin, die kurze Zeit später verhaftet wurde.
„Ich kam in einer Gruppe von vier Leuten von der Oranienstraße und bog in die Manteuffelstraße. Ziemlich am Anfang sah ich A. auf der anderen Straßenseite allein dastehen Sie kam zu mir und teilte mir mit, daß sie Angst hätte und daß sie jetzt nach Hause geht, denn sie traute den Bullen in dem Moment alles zu. In dem Moment bog ein Bullenkonvoi von der Waldemarstraße in die Manteuffelstraße ein. Die Gruppe lief panikartig auf die andere Straßenseite und schnell in den Hauseingang der Manteuffelstraße 92. Von da an hab ich sie aus den Augen verloren."

„Am Freitag abend holten mich M. und G. gegen 21 Uhr in meiner Wohnung ab. Wir wollten zu Bekannten nach Spandau fahren. Vorher wollten wir jedoch bei einem Freund in der Oranienstraße vorbei. Als wir vor der Oranienstraße unseren Wagen parkten und ausstiegen, fielen direkt neben uns zwei bis drei Rauchbomben. Wir flüchteten sofort in den Hauseingang. Außerden Rauchbomben geshah allerdings nichts, was mich ermutigte, bewaffnet mit einem Fotoapparat auf eine Gruppe von ca. hundert Demonstranten zuzugehen, um von dem Geschehen Fotos zu machen. Bei den Demonstranten erkundigte ich mich erst einmal, was wirklich los sei und worum es ging. Bei einem Gespräch mit einem Demonstranten sah ich plötzlich vom Heinrichplatz fünf bis sechs Wannen auf die Menge, also auch auf mich zufahren. Sie hielten kurz vor der Menge an, und heraus stürmten die Polizisten mit Schilden und Schlagstöcken. Es entstand eine kleine bis mittlere Panik, in der ich in den Bullenwinkel auf einen Spielplatz rannte. Als ich von dem Spielplatz wieder herunterrannte, verfolgte mich ein Poli. Ich blieb sogleich stehen und stellte mich, weil ich fürchterliche Angst hatte. Als der Poli auf mich zukam, bekam ich sogleich das Schild ins Gesicht und fiel auf die Erde. In dem gleichen Augenblick waren schon drei bis vier weitere Polis da, die auf mich eintraten und mit dem Gummiknüppel in die Seite stießen. Unter weiteren Faust- und Knüppelschlägen wurde ich zum Einsatzwagen gebracht (von den Beschimpfungen sehe ich mal ganz ab).
Anklage wegen schwerem Landfriedensbruch

Ein Passant, 15.12. gegen 23 Uhr, Wittenbergplatz:
„Ein Mann rief etwas zu den Polizisten. Er und wir waren auf dem Bürgersteig, die Polizisten auf der Straße. Daraufhin ergriff ein dicker Polizist den Rufer, der von den umstehenden Leuten gehalten wurde. Er kam frei. Daraufhin wurde wahllos ein Mann (dunkle, wellige Haare und Vollbart, mit Kamera oder ähnlichem in der Hand) verhaftet. Die anderen Polizisten drängten die anderen Leute an die Schaufensterscheiben und verprügelten sie. Auf Drängen von uns, aufzuhören, reagierten die Polizisten nicht. Es handelte sich übrigens nicht um Demonstranten, sondern um Leute, die hinter der Demo hergingen."

12. 12. gegen 23.15 Uhr

„Ich hörte auf der Straße Leute rufen und wollte wissen, worum es ging. Ich ging zur Haustür und wartete dort. Die Menschenmenge kam aus Richtung Kottbusser Tor die Adalbertstraße herunter und wartete an der Ecke Oranienstraße. Ich ging ein paar Schritte auf die Straße, die Leute liefen plötzlich auseinander. Ich reagierte langsam und lief erst sehr spät. Dann war ein Mannschaftswagen hinter mir her und verfolgte eine Gruppe von ca. 10 Menschen auf der Straße. Wir liefen auf den Hauseingang Oranienstraße 29 zu und blieben dort stehen. Der Mannschaftswagen hielt vor uns und Polizisten sprangen aus dem Wagen und liefen auf den Hauseingang zu. Zwei Polizisten

zerrten mich in den Wagen und warfen mich dort auf den Boden.

Ich habe keinen Widerstand geleistet. Dafür, daß ich nur im Hauseingang stand, und absolut nichts getan habe, habe ich fünf Zeugen, alle außer einem aus meinem Haus."

„Am Abend des 12. gegen 23 Uhr stand ich in der Reichenberger Straße gegenüber der Parkhauseinfahrt und beobachtete auf der anderen Straßenseite eine Gruppe von fünf oder sechs Jugendlichen, denen ein Polizist gegenüberstand. Einer der fünf hob plötzlich die Hände hoch wie im Western. Er wurde dann von dem Polizisten gegen die Hauswand gezerrt und dann auf die Straße zu den Wannen. Er verhielt sich dabei, wie auch vorher, völlig passiv. Ich kann euch kaum etwas mitteilen, außer, daß eben ab dem Moment, wo ich zusah, der Typ sich nicht wehrte, nicht verteidigte, nichts. Darauf habe ich geachtet - wie Leute sich in so einer Situation verhalten."
In diesem Fall lautet die Anklage auf Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Krawallmacher fassen und vor Gericht bringen

Viele Berliner fragen sich, ob die Polizei Möglichkeiten hat, Krawallen wie in Kreuzberg und in der City vorzubeugen. Nach Ansicht des Landespolizeidirektors Erhard Börner ist die beste Prävention, möglichst viele Straftäter zu fassen und schnell vor den Richter zu bringen: „Das schreckt ab und dezimiert außerdem das Potential der Extremisten."

Erhard Börner: „Die Polizei hat auf die Gewalt reagiert. Für ein Einschreiten, bevor etwas passiert, fehlt der Polizei die gesetzliche Grundlage. Niemand, der sich in einer Menschenansammlung, zum Beispiel am Kurfürstendamm befindet, kann kontrolliert werden, nur weil wir glauben, daß er Steine in den Taschen hat."

Solch eine Kontrolle wäre nach Ansicht des Landespolizeidirektors aber auch praktisch unmöglich. Die Ordnungshüter könnten bei dem großen Publikumsverkehr in der City den vielen Leuten mit Taschen nicht an der Nasenspitze ansehen, ob sie vom Einkaufen kommen oder Wurfmaterial transportieren.

Anders sieht das bei einer angemeldeten und genehmigten Demonstration aus. Hier kann die Polizei Teilnehmer stichprobenartig kontrollieren. Besuchern von Gaststätten oder Kinos empfiehlt die Polizei, möglichst schnell den Ort der Krawalle zu verlassen. **Kü**

Junge Frauen und Ausländer unter den Randalierern

Wenn man die 86 Personen, die bei den Krawallen von der Polizei als Straftäter oder unter dem Verdacht, Straftaten begangen zu haben, festgenommen wurden, ein bißchen näher untersucht, kommt man zu interessanten Resultaten: Nur drei werden zu Bewohnern eines besetzten Hauses gezählt. 42 Festgenommene wohnen nicht in Kreuzberg oder Neukölln. Kein einziger hat tatsächliche Wohnungsprobleme.

Eine festgenommene Frau stammt aus der Schweiz. Zur Zeit wird geprüft, ob sie in ihrer Heimat an Hausbesetzungen oder Krawallen beteiligt war. Zwei Türken, ein Argentinier und ein Iraner stehen ebenfalls auf der Liste der Festgenommenen.

Eine große Zahl ist der Kriminalpolizei schon wegen anderer Straftaten bekannt. Gegen mindestens 23 Festgenommene laufen Ermittlungsverfahren wegen Diebstahls, Sachbeschädigung und Betrug, Widerstand oder Körperverletzung.

Nach Berufen aufgegliedert, stellen Schüler und Studenten mit 30 die größte Gruppe. Ein festgenommener Stadtinspektor und sieben Sozialarbeiter werden schwerer Straftaten beschuldigt.

Unter den Festgenommenen ist die Hälfte erst nach 1975 aus dem Bundesgebiet nach Berlin zugezogen. Kü

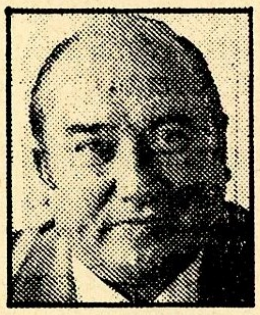
Freitag zuwischen 19 und 21 Uhr

„... auf der Adalbertstraße war buntes Durcheinander, Leute, die dort wohnten, Passanten, Neugierige, junge Leute, teilweise mit Helmen und Knüppeln, einige fingen gerade an, in der Naunynstraße eine Straßensperre aufzubauen. Der gepflasterte Streifen des Fußgängerwegs war bereits teilweise aufgebrochen, so daß Pflastersteine lose herumlagen. Ein Supermarkt-Einkaufswagen war gefüllt mit Steinen. Als ich gerade zur Oranienstraße kam, stiegen Polizisten aus dem Einsatzwagen aus und wollten die Kreuzung absperren. Ich hörte, wie Polizisten zu Passanten sagten: 'Treten Sie zurück, zu Ihrer eigenen Sicherheit'. Es kam zu keinen Auseinandersetzungen. Einige Minuten später gab der Einsatzleiter das Kommando durch das Megaphon: 'die ganze Truppe marsch!' Die Polizisten marschierten hinter den langsam fahrenden Einsatzwagen her in Richtung Oranienplatz. Ich überquerte die Oranienstraße und fragte einen Passanten, ob er einen Überblick über die Vorgänge habe, und um was es eigentlich ginge. Er konnte jedoch auch nur die momentane Stimmung beschreiben, ich kehrte um. Die Straßensperre Kreuzung Naunynstraße war gewachsen ...

... ein Mann, der aussah wie die Mariannentrödler, redete auf die Leute ein, sie sollten nach Hause gehen, das wäre doch wohl aussichtslos. Ich fragte etwas später einen behelmten Typ, was er sich davon versprechen würde, hier mit fünf oder sechs anderen Leuten auf einen Polizeieinsatz zu warten. Er fragte mich, ob ich denn Angst hätte, wenn die Bullen kämen, würden sie schon eins auf die Schnauze kriegen. Ich sagte, ich hätte keine Lust, die Nacht im Knast zu verbringen. Es schien mir sinnlos, mit diesen Leuten weiter zu diskutieren. Ich machte mich daher zügig aus dem Brennpunkt weg.

... In der Adalbertstraße kurz vor dem besetzten Haus standen zwei PKWs quer auf der Straße, zwischen denen ich durch ging. Jetzt fiel mir auf, daß ein türkischer Junge lachend mit einigen Schuhen angerannt kam. Als mir der nächste mit mehreren Schuhkartons begegnete, erkannte ich, woher diese Schuhe stammten. Sofort ging ich auf die gegenüberliegende Straßenseite des Schuhgeschäfts bis zur Ecke Kottbusser Tor. Ab und zu vernahm ich Klirren. Fensterscheiben, die noch nicht ganz eingeworfen waren, traten einige mit den Füßen ein. Ich hörte, wie ein auffällig gekleideter Mann in grauem Pelzmantel mit Pelzmütze zu einigen anderen Leuten sagte: 'Ich halte

Ristock: „Provokateure und finstere Heuchler"



Harry Ristock

Bausenator Harry Ristock heißt den Polizeieinsatz gegen Demonstranten in der City gut. Ebenso den Einsatz gegen „Instandbesetzer" am Fraenkelufer 48 in der vergangenen Woche. Er begründet das dem ABEND so:

Die Rechtsstaatlichkeit schien an dieser Stelle nicht mehr gewährleistet; denn einer kleinen Gruppe von Provokateuren war man viel zu lange tolerant gegenübergetreten.

Herr Ristock, hätten Sie sich auch dann für den Polizeieinsatz gegen die „Instandbesetzer" des Fraenkelufer 48 stark gemacht, wenn Sie von den Folgen gewußt hätten?

Ristock: Ja. Nach einem Modell des Senats und der Arbeiterwohlfahrt sollte das Problem „Instandbesetzer" dadurch gelöst werden, daß gewisse Häuser gezielt für „Instandbesetzer" — als Ersatzobjekte — angeboten werden sollten. Und genau dies war ein solches Haus. Es sollte in der provokatorischen Absicht besetzt werden, ganz gezielt Kompromisse kaputt zu machen. Progressive Politik werde ich mir nicht durch einen Haufen solcher Chaoten zerstören lassen.

Halten Sie die rechtliche Möglichkeit der Hauseigentümer, Häuser räumen und wieder leerstehen zu lassen, für juristisch einwandfrei?

Ristock: Jahrelanger Häuserleerstand zwecks Verrottung darf nicht mehr sein. Aber wer ein Haus besetzt, das wir gerade als Ersatz für Besetzer bereitgestellt haben, ist halt ein finsterer Heuchler und schamloser Provokateur.

Abend 17.12.80 **Gis-**

dies nicht mehr für eine politische Aktion, das ist Randalismus. Ich bin dafür, daß wir uns zurückziehen.' Ich hatte den gleichen Gedanken, kam aber nicht mehr dazu, das zu tun, da im gleichen Augenblick zwei oder drei Polizeifahrzeuge äußerst schnell auf die Ecke zufuhren. Ich rannte sofort los in Richtung Skalitzer Straße / Görlitzer Bahnhof, um mich so schnell ich konnte dieser Situation zu entziehen. Eine der Polizeifahrzeuge fuhr jedoch in meine Richtung. Ich spürte schon, wie mich ein Polizist verfolgte. Eine Chance glaubte ich noch zu haben in diesem unübersichtlichen Moment und zwar, durch die Lücke zwischen zwei Polizisten zu entkommen. Doch die beiden wandten sich mir zu. Die Falle schnappte zu. Drei Knüppel streckten mich gleichzeitig nieder. Noch als ich aus dem Mund blutend auf der Straße lag und brüllte, sie sollen aufhören, ich hätte nichts gemacht - wohlgemerkt ohne mich auch nur im geringsten wehren zu können oder zu wollen - knallten Schläge auf meinen Kopf und Rücken. Schließlich befahlen sie mir, ich solle aufstehen. Sie drängten mich, unterstützt von einzelnen Knüppelschlägen, zum Einsatzwagen."

Wardin: „Konfrontation bewußt provoziert"

Schwere Vorwürfe gegen „militante Kreise in der Kreuzberger ‚Instandbesetzer-Szene' erhebt Peter Wardin, Kreisgeschäftsführer und Fraktionsvorsitzender der Kreuzberger SPD: Die Instandbesetzung des Fraenkelufers 48 sei bewußt inszeniert worden, um Krawalle mit der Polizei zu provozieren. Wardin: „Gerade das Fraenkelufer 48 war Teil einer umfassenden Konzeption zur Lösung des ‚Instandbesetzer-Problems'.

Die „Konzeption" war am vergangenen Donnerstag, zwei Tage vor den ersten blutigen Krawallen, zwischen Innensenator, Bausenator und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) abgestimmt worden. Dem ABEND erläuterte der SPD-Fraktionschef die darin enthaltenen Lösungsvorschläge:

- Legalisierung durch Miet-, Nutzungs-, Duldungs- oder andere Verträge für die Instandbesetzer.
- Wohnraum-Ersatz für „Instandbesetzer", die in Häusern sitzen, für die Finanzierung und Modernisierung schon gesichert sind.
- Kurzfristige Winterfestmachung für alle besetzten leerstehenden Objekte.
- Verschärfte Ausführungsvorschriften zur Zweckentfremdungsverordnung, mit der das Landesamt für Wohnungswesen oft zu lasch umging.

Vermieter soll vorerst das „Sozialpädagogische Institut der Arbeiterwohlfahrt" werden. Ein Vertrag mit dem Land Berlin sowie die Unterstützung von Architekten, Sozialrechtlern und Planern und weiteren Fachleuten soll helfen, dafür zu sorgen, daß:

- Entmietung von 1981 an nur noch dann möglich ist, wenn die Modernisierung finanziell gesichert ist;
- Wohnungen eines Hauses möglichst nacheinander statt alle zugleich modernisiert werden. Gis-

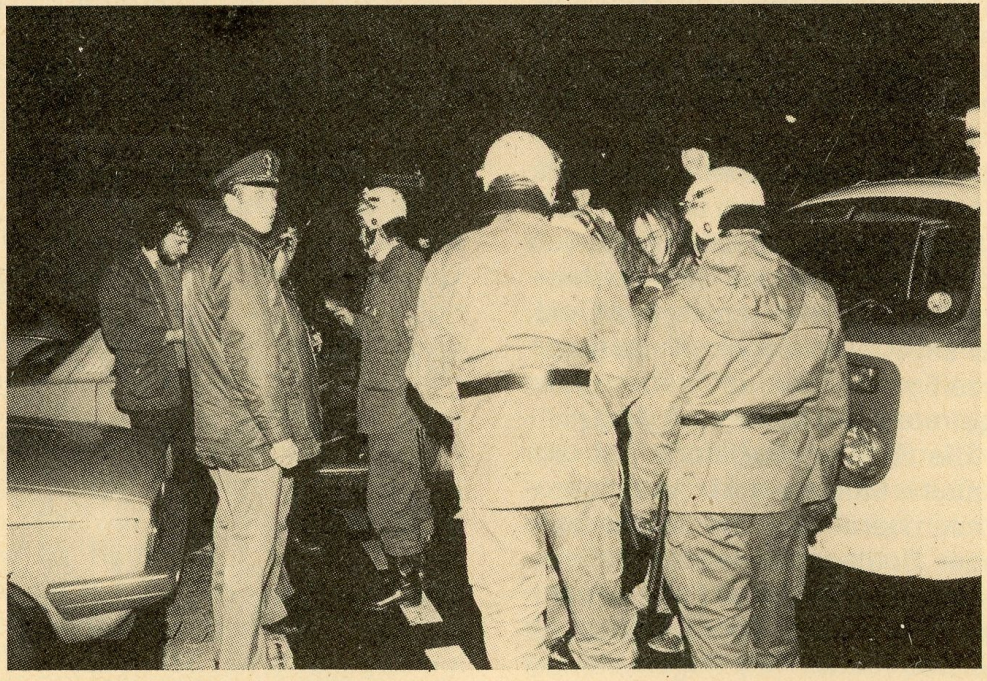


Foto: Michael Kipp

Kleiststraße/Ecke Martin Luther-Straße, 15.12., gegen 22 Uhr

„Ich bin auf der östlichen Seite, aber direkt an der Kreuzung auf dem Gehweg stehengeblieben und habe fotografiert. Nachdem die Kreuzung wieder frei war, setzten sich die Beamten mit hoher Geschwindigkeit in Bewegung, schlugen mit ihren Stöcken auf die Schilder und versuchten die Demonstranten wieder einzuholen. Da ich mich bedroht fühlte, und aus der Erfahrung von der Uhlandstraße ziemlich sicher war, von den Polizisten überrannt zu werden, bin ich dann auch hinter dem Demonstrationszug hinterhergelaufen, um mich in Sicherheit zu bringen, denn die Bürgersteige und Grünanlagen wurden auch von der Polizeikette durchkämmt. Ich habe dann in Höhe der Courbierestraße den Demonstationszug erreicht, als dieser plötzlich aus einem mir nicht einsichtigen Grund stoppte. Alles was jetzt in den nächsten 30 Sekunden passierte, ist mir nur noch teilweise exakt bewußt, teilweise hab ich es rekonstruiert, da ich einen kurzzeitigen blackout hatte. Ich bin von hinten gepackt worden von mindetens zwei Händen, eine davon war behandschuht, faßte mich an Kehle und Kinn und schob mir den behandschuhten Daumen in den Mund und drückte meine Zunge in den Rachenraum. Mein Kopf wurde ins Genick gedrückt, mein Körper so am Kinn nach hinten gerissen und mir gleichzeitig die Füße nach vorn unter dem Leib weggetreten. Ich schlug mit dem Hinterkopf gegen die Straßenoberfläche auf den Asphalt, verlor meine Mütze, merkte, wie mehrere Beamte um mich herumstanden, mindestens einer mit seinem Schlagstock auf mich einschlug. Meine Kameras waren auf den Boden geknallt. Ich wurde ein Stück über den Asphalt geknallt, über meine rechte Körperseite hinweg gedreht und lag für einen kurzen Augenblick auf dem Bauch, wurde dann hochgerissen, der linke Arm war im Polizeigriff auf den Rücken gedreht und wurde sehr hochgezogen. Es war sehr schmerzhaft. Der rechte Arm war frei. In dieser Hand hielt ich eine meiner beiden Kameras, die zweite hing mir um den Hals, die hatte ich nicht verloren. ... Ich bin dann auf die rechte Fahrbahnseite abgeführt worden. Mindestens den Vorgang des Abführens, wahrscheinlich aber den gesamten Vorgang der Verhaftung hat ein Pressekollege beobachtet, der den Beamten seinen Ausweis vorlegte, ihn hochhielt und rief: 'Ich bin von der Presse.' Er wurde aber von den Beamten zur Seite gedrängt und beschimpft. Er wurde dann von weiteren Beamten dran gehindert, diesen Vorgang zu fotografieren."

Einsatzwagen und Revier - „Beweissicherung"

„ ... nach meiner Verhaftung drängten die Polizisten mich, untertützt durch einige Knüppelschläge, zum Wagen. Mit zitternden Knien und aus dem Mund blutend mußte ich mich auf den Boden des Fahrzeugs legen. Mein Stöhnen und die kleinste Kopfbewegung waren Anlaß für Fußtritte und weitere Knüppelschläge. Nach etwa fünf bis sieben Minuten Fahrt waren wir an einem größeren Gefangenentransporter angelangt. Dort wurden noch andere Gefangene nach Waffen abgetastet und mit einer Sofortbildkamera mit den jeweiligen Polizisten fotografiert. Der hauptsächlich für mich zuständige Beamte stritt noch mit einem Kollegen, der sich lieber mit einem anderen Gefangenen fotografieren lassen wollte, gerade als hätte er ein schlechtes Gewissen, neben mir Blutverschmierten fotografiert zu werden. Gegen Mitternacht überwies mich ein Arzt mit einem anderen Gefangenen, der ebenfalls Platzwunden am Kopf hatte, aus der Polizeiwache 55 ins Krankenhaus Neukölln. Gegen drei Uhr wurde ich dort untersucht und geröntgt. Obwohl ich mehr-

mals bei dem japanisch aussehenden Arzt reklamierte, nicht von drei Unbekannten, sondern von drei Polizisten geschlagen worden zu sein, war er nicht bereit, dies auf dem Erste Hilfe-Bogen abzuändern. Meine Versuche, am Samstag vormittag von der Polizeiwache 55 das ABW zu informieren und dadurch einen Rechtsanwalt ausfindig machen zu können, waren erfolglos. Der Beamte begründete dies damit, er habe niemanden erreicht und außerdem habe er Wichtigeres zu tun. Insgesamt möchte ich noch einmal betonen, daß ich weder in irgendeiner Form beim Steinewerfen, Plündern oder Widerstand gegen die Polizei oder einzelne Polizisten beteiligt war. Ich hatte lediglich ein Interesse daran, zu wissen, was zwei Straßen weiter neben meiner Wohnung in Sachen Hausbesetzung passierte.

„Wir mußten alle unsere Sachen abgeben und wir (zwei Frauen) kamen in eine Zelle. Etwas später kamen noch zwei Frauen dazu. Sie waren vorher in einer anderen Zelle gewesen. Eine Polizistin durchsuchte uns. Wir bekamen keine Decken und es wurden uns keine Anrufe gestattet, keine Ärzte kamen und wir bekamen erst am Samstag nachmittag etwas zu essen und einen Becher Tee.
Eine Frau fieberte stark und hatte starke Kopfschmerzen und wir verlangten einen Arzt, aber wieder ohne Erfolg. Da wir zu viert in einer Zelle waren, mußte immer eine Frau auf dem Steinfußboden liegen, wenn wir alle schlafen wollten. Als eine von uns ihren Anwalt anrufen wollte, erschien ein Kopf vor der Klappe, der ihr sagte, sie hätte den Anwalt besser vor dem Begehen ihrer Straftat anrufen sollen. Man behandelte uns also, als seien wir bereits überführte Verbrecher. Nachts irgendwann, so zwischen drei und vier Uhr wurden zwei der Gefangenen abgeholt und zum Erkennungsdienst gebracht."

Freitag, ca. 21.30 Uhr - „Einige Zeit später gingen wir nach oben in die Wohnung, weil wieder einige Mannschaftswagen anhielten und man nicht erkennen konnte, ws sie vorhatten. Nach einer Zeit von ca. einer Stunde hörten wir plötzlich sehr laute Geräusche, Scheibenklirren und schußähnliche Geräusche. Ich ging zum Fenster und sah mit noch zwei anderen in den Hof. Blaulicht strahlte in die Einfahrt. Offensichtlich hatten ein oder zwei Mannschaftswagen vor dem Haus angehalten. Durch die Flurfenster im Vorderhaus konnten wir sehen, wie einige Leute ziemlich in Panik im Vorderhaus die Treppen hochliefen. Sofort hinter ihnen stürzten ca. 15 Polizisten mit Schild und Knüppel ins Haus und trieben die Leute zum Dachboden hinauf. Als sie dort alle in die Sachgasse getrieben hatten, bekamen die Leute die Schlagstöcke zu spüren. Die Polizisten trieben nun die Leute unter Knüppeleinsatz die Treppen hinunter. Ich sah immer nur schwingende und schlagende Knüppel bis zum Erdgeschoß. Dort wurden die Leute, die ins Haus geflohen waren, wahrscheinlich in die Wagen verfrachtet und abtransportiert. Ich hörte während der Zeit viele Schreie, Gebrüll, krachende Schläge, Gepolter, danach das Abfahren der Mannschaftswagen. Ich traute mich danach für etwa zwei Stunden nicht mehr aus der Wohnung."

„Mordversuch“ an Pazifisten

Eigentlich hatte alles ganz harmlos begonnen. Ich hatte die Berichte in der taz über die miltanten Demos in Kreuzberg und am Ku'Damm gelesen. Mir war klar: eine erneute Demo würde bei den aufgeputschten Gemütern beiderseits nur ein großes Schlachtefest ergeben. Mich als Journalist interessierte, wer so ein Schlachtfest wie inszeniert.

Die Stimmung in der U-Bahn um halb Sieben war schon ein Vorgeschmack auf das abendliche 'high life', die Polizei-Armada rund um die Gedächtniskirche die andere Seite des gleichen Arsches.
Ich schloß mich einer Polizeikolonne an, die im halben Stechschritt auf den Breitscheidplatz zumarschierte - auf ca. 15 Passanten, die locker in Gespräche verwickelt waren. „Diese Versammlung ist illegal - lösen sie sich sofort auf!“... Im nächsten Moment sprengten die Polizisten diese „Demonstration“ auseinander. Ich heftete mich an die Fersen des Einsatzleiters (?), neugierig, aus welchen Hirnen so irrationale Anweisungen entspringen. Er wollte ständig einen Befehl von „jetzt sammeln und zusammenbleiben“ oder so ähnlich durchgeben, fühlte sich jedoch durch meine unmittelbare Präsenz gestört. Ich hätte nie geglaubt, einen geschulten Einsatzleiter so schnell aus der Ruhe bringen zu können. Ich bestand lediglich auf meinem Recht der Bewegungsfreiheit, ich wollte noch nicht mal wissen, was er zu melden hatte, ich wollte ganz einfach seine Gesichtszüge beim Einsatzbefehl studieren... Souveränität, Routine, Haß, Rache, Feigheit, Brutalität? Er wußte sich schließlich nicht mehr anders zu helfen, als mich wegen „neben ihm Stehend“ verhaften zu lassen. In der Amtssprache hieß das „Behinderung beim Dienst“. Ich schlüpfte in den nahen Polizeiwagen, von dem aus er in Ruhe seine Anweisungen hätte durchgeben können. Mit meiner Frage nach der Nummer des Einsatzleiters wurde ich, wie üblich, vier, fünfmal vertröstet. Nach der Durchsuchung und meiner Verständigung eines Rechtsanwalts gings in die stickig heiße ungelüftete Zelle. Ich erinnerte die Beamten wiederholt an mein Anliegen, die Nummer des Einsatzleiters zu erfahren, was sie mir ebensooft bereitwillig versprachen - und nicht hielten.

Nach zwei Stunden, die ich mir mit lautem Singen - zur Unterhaltung der anderen Inhaftierten - vertrieb, sollte ich auf Intervention meines Anwalts entlassen werden. Ich wünschte vor meiner Freilassung die Identität des Einsatzleiters feststellen zu lassen.

Zwei Polizeischläger gaben mir die ihnen gemäß erscheinende Antwort, schleiften mich über den Flur Richtung Ausgang. Dem freundlich-liberalen Chef vom Dienst (?), dem mein Fall, vielleicht auch angesichts meine Tätigkeit als freier Journalist von vornherein unangenehm gewesen war, war bereit, mir mein Anliegen zu erfüllen, bot mir eine Nummer an, wo ich mich erkundigen könne. Doch im Vertrösten auf die nächst höhere Stelle war ich ja nun schon ein gebranntes Kind. Also erinnerte ich ihn an sein Versprechen, mir die Nummer des Einsatzleiters und nicht die Nummer von dessen Vorgesetzten zu besorgen. Doch kaum war meinem Mund dieses unverschämte (?) Anliegen entfahren, drückte mir ein Polizist mit Fleischernatur von hinten die Kehle zu. Zunächst wehrte ich mich immer noch nicht. Doch dummerweise hatte ich gerade ausgeatmet und mir wurde in den nächsten zehn Sekunden nur noch heiß und kalt. Ich entschloß mich schließlich zur Selbstverteidigung, versuchte mit letzter Anstrengung, einen Finger der Würgepranke nach hinten zu biegen... Ein dünner Lufthauch durchströmte meinen Körper, dann wurde ich ohnmächtig. So eine Handlung gegenüber einem Polizisten würde man gemeinhin als Mordversuch bezeichnen. Meine „Freunde und Helfer“ müssen mich noch recht brachial den Gang entlang befördert haben, denn ich kam nach einer heftigen, schmerzhaften Verdrehung meines Armgelenks wieder zu mir und hörte gerade noch: „Der spielt tot, holt sofort die Feuerwehr“. Ich raffte mich auf und wiederholte mein altes Anliegen. Ah!, er „wehrt“ sich immer noch. Das gab neuen Auftrieb. Man riß mich an meiner Lederjacke und Latzhose, die dabei dekorative Querrisse davontrugen, ließ mich öfters willentlich auf den Fußboden knallen, bis ich vor einer ca. 20 Meter tiefen Treppe landete. Der eine Beamte fand eine sadistische Lust daran, mich mit Tritten in die Eier langsam, genüßlich Zentimeter um Zentimeter mit dem Kopf voraus über die obersten Stufen gleiten zu lassen.

Ich auf dem wo ich zufällig zwei Freunde traf, die die folgenden Dialoge attestierte ihm Fähigkeiten, wie man sie sonst nur bei der SS gelernt hat. Ich leistete zum zweiten Mal „Widerstand“, indem ich mich an einer Stufe festkrallte, um nicht kopfüber die Treppe runterzudonnern. Hinter mir ging die Türzu. Ich klingelte an der Haustür, um Anzeige zu erstatten. Man ließ mich aber gleich wie vorher brachial wieder nach draußen.

30

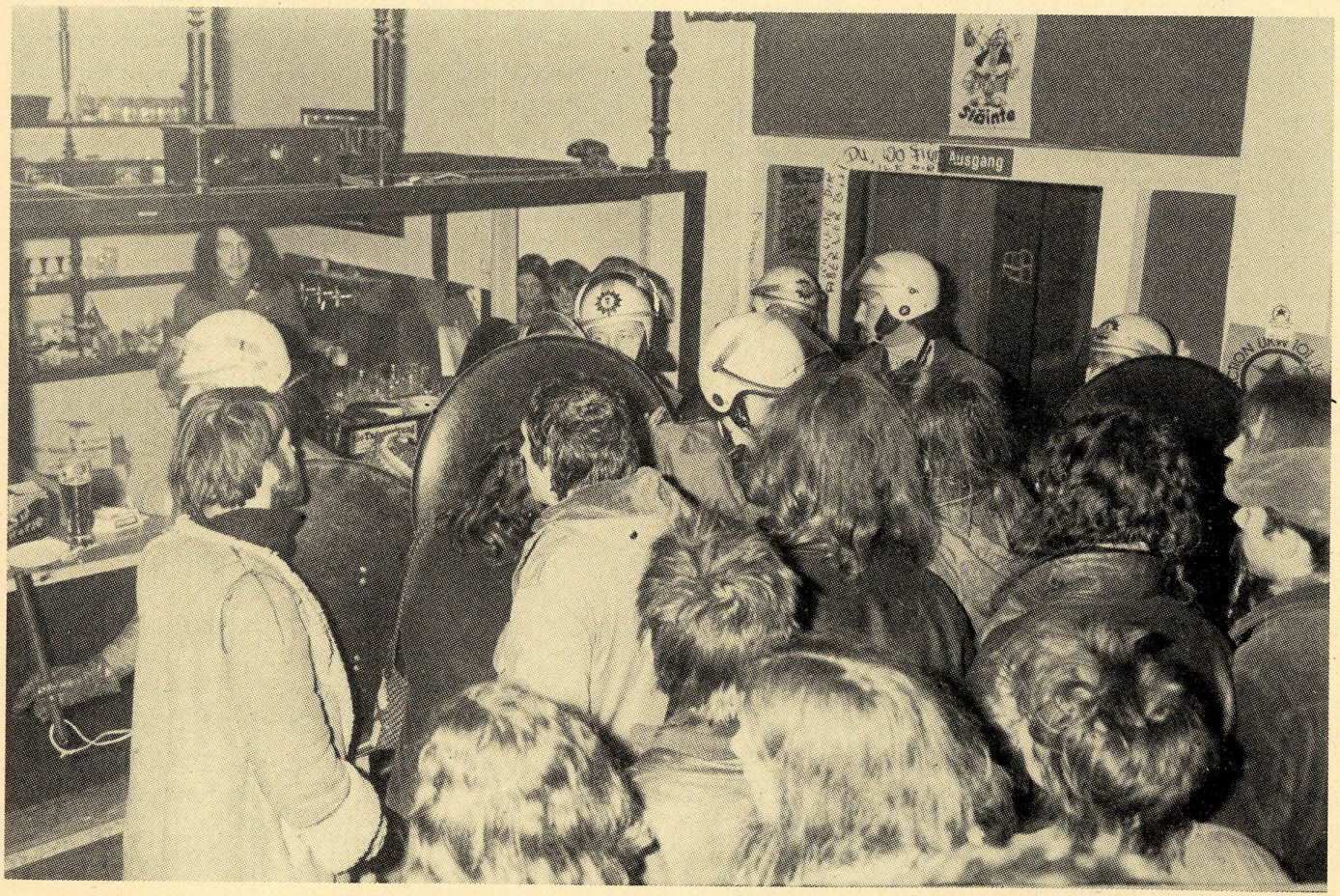


Foto: Michael Kipp

Freitag 0.30 Uhr - „Ich befand mich auf dem Oranienplatz Ecke Dresdener Straße und zwar auf der linken Seite Richtung Kotti, als ich von einem Demonstranten, der vor heranrückenden Bullen flüchtete, umgerannt wurde. Ich fiel dabei zu Boden und im Nu war ich von mehreren Bullen umzingelt. Diese schlugen unvermittelt auf mich ein. Anschließend führten sie mich gewaltsam zu ihrem Mannschaftswagen. Ich durfte mich nicht auf die Bank setzen, sondern mußte mich auf den Boden der Wanne setzen. In dem Wagen überfiel man mich mit Schimpfworten wie 'die Schweine muß man tot machen, abschlachten' und ähnliches. Dabei bekam ich jedesmal einen Schlag mit dem Gummiknüppel u.a. auch auf den Kopf. Dies alles geschah, als der Wagen fuhr. Nach etwa fünf Minuten wurde die Tür der Wanne geöffnet und ich wurde einfach aus dem fahrenden Wagen rausgeschmissen."

Es stand dort als Grund der Verhaftung Landfriedensbruch (Steinewerfer). Das hat mich sehr erschüttert. Am Samstagnachmittag bin ich nach der erkennungsdienstlichen Behandlung von der Kripo vernommen worden.
Im Protokoll erklären drei Polizisten, sie hätten gesehen, wie ich einen Stein aufgehoben habe und auf sie geworfen hätte. Dieser Stein sei auf das Schutzschild des V.P. gefallen und danach gegen die Wagenkarosserie gefallen. Danach sei ich über die Straße gelaufen und sie hätten mich gekriegt. Ich gab zu Protokoll, daß an diesem Bericht nur Ort und Zeit richtig seien. Die Verhaftung und mein über die Straße laufen stimmt.
Daraufhin telefonierte einer der Beamten (der eine jung, mit hoher Stimme, der andere 35, mit dicker Zigarre, die er nie aus dem Mund nahm und blauem Mantel, den er nie auszog). Also der letztere telefonierte mit seiner Dienststelle und sagte: 'Du, ich brauche sofort den ... und den ..., der soundso macht Schwierigkeiten, die sollen sofort zum Revier zur Vernehmung kommen.'
Als er nach einer Weile die Rückmeldung bekam, war er sichtlich erfreut, daß sich in der Zwischenzeit noch ein vierter Beamter gefunden hatte, gegen mich auszusagen. Er erklärte mir, ich hätte überhaupt keine Chance gegen vier Beamte. Etwa zwei Stunden später öffnete sich das Blech vor dem Glasfenster zur Zelle, in der ich jetzt noch mit zwei weiteren Gefangenen saß, und der bärtige Polizist und ein mir unbekannter Polizist schauten zu mir herein.
Ich konnte deutlich hören, wie der Bärtige laut sagte: 'Na, das ist er, keine Frage!'
Ich protestierte sofort lautstark gegen diese Art der Gegenüberstellung und stellte mich in die nicht einzusehende Ecke der Zelle. Danach schloß sich das Fenster. Kurz nach Einlieferung auf der Polizeistation verlangte ich meine Anwältin zu sprechen, was mir verweigert wurde. Mir wurde mitgeteilt, daß Telefonate erst nach der Vernehmung durch die Kripo geführt werden dürfen, und daß man auch nicht selbst telefonieren dürfe.

Dieser Beitrag wurde auf der Kundgebung vor der JVA Lehrter Straße am 17.1.81 verlesen:
Schädlichen Folgen des Freiheitsentzuges ist entgegenzuwirken.

§ 3.2 StVollzG

Schon wieder Verschleppung von vier Frauen aus der JVA Lehrterstraße in die Bunkerzellen der Männerhaftanstalt Moabit.

Wie bereits im Oktober 80 wurden auch jetzt am 2.1.81 die Frauen unter Androhung von Gewalt, von einem Prügelkommando männlicher Polizisten einzeln nach Moabit gebracht.
Zwei der Frauen wurden zuerst auf eine andere Station verlegt (isoliert); als sie auch dort noch wagten, gegen ihre Verlegung zu protestieren, wurden beide Frauen aus der Anstalt entfernt. Wir nehmen an, daß sie in den selben Bunkertrakt verschleppt wurden, doch ist dies nur eine Spekulation.
Es wurde keiner Frau die Möglichkeit gelassen, ihren Anwalt zu verständigen.
Das geschah alles an einem Freitag, dem Tag vor dem Wochenende, so daß auch niemand der anderen Gefangenen die Möglichkeit hat, einen Kontakt zu Anwälten herzustellen. Zufall oder Berechnung?
Die Frage erübrigt sich insoweit, als in weiser Voraussicht bereits die ganze Woche lang die gesamte Station isoliert wurde und Telefonsperre hatte.
Es geht weiter: Der Anstaltslei ter hat schon für weitere vier Frauen eine dreiwöchi ge Bunkerstrafe beantragt! Diese Dinge sind nicht mehr als Disziplinarstrafen anzusehen - das ist, um mal Klartext zu reden: Isolationsfolter und Menschenvernichtung.

Verschleppung in den Bunker der UHA Moabit ist Psychoterror und Menschenfolter!

Vier Frauen haben das am eigenen Leib verspüren können, denn sie wurden am 2. Januar 81 in die Bunkerzellen von Moabit verlegt, zwei Frauen für eine Woche, die anderen beide für vier Tage. Es haben sich, seit der nach Jahren ersten Verschleppung vom 30.9.80 bis zu der jetzigen vom 2.1.81 zwar die hygienischen Zustände verbessert, was aber nichts ändert an der psychischen und somit auch gesundheitlichen Belastung, der man/frau ausgesetzt ist.
Als ich in den Bunker reinkam, gerade noch das Aufgebot von Bullen im Rücken - war ich vom ersten Eindruck geklatscht, denn das, was mir in die Augen sprang, übertraf alle meine Erwartungen:
Der Bunker ist ca. 3 m lang, 2.50 m breit, die Ecken der Wände sind abgerundet, auf der linken Seite ein Betonblock mit einer Matte drauf - als Bett (ca. 2 m lang und 1 m breit). Das Fenster besteht aus Glasbausteinen, von denen ein Baustein ca. 5 cm weit geöffnet werden kann, dieses wurde uns aber, nachdem wir versucht hatten, uns zu unterhalten, von außen geschlossen. Weitere Ent- und Belüftungen bestehen im Bunker nicht. In der Doppeltür sind unten Schlitze angebracht, an die wir uns öfter gelegt haben, um wenigstens mal, wenn auch nur Flurluft, etwas besser atmen zu können. Im Bunker befinden sich keine weiteren Gegenstände außer einem Eimer, der als Toilette dient; es wäre auch gar kein Platz. Dem Gefangenen bleibt nichts weiter übrig, als den ganzen Tg auf dem „Bett" rumzuhängen, das geht natürlich mächtig auf den Kreislauf und auf den Geist. Was sich bereits am zweiten Tag bemerkbar machte, weil wir auch keinen Hofgang hatten.
Zur Verlegung ist keine von uns von einem Arzt untersucht worden. Das tägliche Erscheinen des Arztes im Bunker kann mensch nicht mehr Witz nennen, dazu ist die Sache zu traurig. Er betrat die Zelle, fragte, ob etwas vorliegt und bevor mensch antworten konnte, befand er sich bereits

in der nächsten Zelle.
... leidet unter Asthma, worauf sie bereits einmal haftverschonung bekam, sie war trotzdem wiederholt im Bunker. Sie erlitt nach fünf Tagen einen Asthmaanfall, der von den Bediensteten gar nicht weiter zur Kenntnis genommen wurde. Der Arzt verwies darauf, daß sie bisher in ständiger Behandlung war und demnach alles in Ordnung wäre.
Die Bediensteten waren permanent damit beschäftigt, in jeder Form Macht zu demonstrieren, jedem einzelnen seine Minderwertigkeit und Ohnmacht zu zeigen. Einmal wurde uns durch die Tür zugerufen (von einem Schließer) „Ihr seid ja schlimmer als Tiere" und dementsprechend wurden wir auch behandelt. Als Psychofolter empfand ich die ständigen Beobachtungen, beim Waschen, beim Austreten, Tag und Nacht - alle zwei Stunden durch den Spion der inneren Zellentür. Es gibt wohl selten so perverse Gefühle wie die, wenn ein Mensch minutenlang in seiner Zelle durch einen Spion beobachtet wird und die Schließer/innen vor der Tür komische Witze reißen.
Tierisch auf die Psyche soll natürlich schon die Atmosphäre gehen, und das tut sie! Die Arrestzellen befinden sich halb unterkellert in an Katakomben erinnernden Gängen, in denen es, wenn Bedienstete durchgingen, schallte, als ob eine ganze Armee auf dem Vormarsch wäre.
Dieses Gefühl: Ohnmacht, Hilflosigkeit und Ausgeliefertsein mit jeder Faser deines Körpers zu spüren, nichts, gar nichts machen zu können als darauf zu achten, daß einer der Schließer dir nicht, ganz aus Versehen, noch vor den Kopf haut.
Nachts wird, zur genaueren Beobachtung, die erste Tür extrem laut aufgeschlossen und das Licht angemacht. Du weißt also bevor du einschläfst, in zwei Stunden wirst du wieder geweckt. Die Schließer stehen solange an dem Spion, reden, schlagen gegen die Tür, bis man/frau sich bewegt. Wenn du diese Erfahrung gemacht hast, kannst du für den Rest der Zeit im Bunker nicht mehr schlafen, du kannst nicht mehr einschlafen, weil du weißt - ja, schon Angst davor entwickelst - gleich geweckt zu werden.
Das bedeutet systematischen Schlafentzug, wodurch jeder Mensch extrem an Kraft verliert; es tritt Appetitlosigkeit und Nervosität auf. Nach einigen Tagen ist es nicht mehr möglich, sich auf die eigenen Gedanken zu konzentrieren geschweige - falls es überhaupt dazu kommt und nicht durch die Anstalt verzögert wird - einem Gespräch mit einem Anwalt zu folgen.
Als ich nach drei Tagen zur Anwaltssprechstunde geholt wurde, meinte ich nach einigen Metern nicht mehr die Kraft zu haben, die nächste Treppe rauf zu kommen. Ich zitterte am ganzen Körper, die Konturen des Flures und der Türen verschwommen mir vor den Augen. Ich hatte Atembeschwerden und sehr starke Kopfschmerzen.
Nach der Rückverlegung in die Lehrter Straße hatten alle vier Frauen Nasenbluten, Nachwirkungen wie Kopfschmerzen und Schlafstörungen haben sie heute noch.
Seit dem Bunker treten bei einer der Frauen in unregelmäßigen Abständen extreme Depressionen und Angstzustände auf, dies alles sind ganz brutale Foltermethoden, gegen die schnellstens etwas unternommen werden muß.

Noch 14 Krawallbeteiligte in Haft

Bei fünf Prüfterminen erhielten vier Personen Haftverschonung

Noch 14 der nach den Ausschreitungen des verletzten Wochenendes festgenommenen Personen befinden sich in Haft. Vier weitere Personen erhielten gestern Haftverschonung, in einem fünften Fall steht die Entscheidung des Gerichts noch aus. Insgesamt waren gegen 28 Personen Haftbefehle vorwiegend wegen des Verdachts des schweren Landfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt ergangen, von denen jedoch, wie berichtet, von vornherein lediglich 18 vollstreckt wurden.

Die Freilassung der noch in Haft befindlichen Personen war eine der Hauptforderungen der Teilnehmer der Demonstration vom Sonnabend, an der aus Sicht der Polizei rund 9000 Personen, nach Angaben der Veranstalter 15 000 bis 20 000 Personen teilnahmen. Wie berichtet, wollen die Kreuzberger Hausbesetzer erst dann weiter über die Legalisierung der Besetzungen verhandeln, wenn alle noch Inhaftierten freigelassen sind, und zwar noch vor Weihnachten.

Nach Darstellung ihres Sprechers ist die Justizverwaltung bemüht, noch vor Weihnachten sämtliche Haftprüfungstermine durchzuführen. Am heutigen Dienstag finden weitere Termine statt. Der Justizsprecher betonte jedoch, daß keine Möglichkeit bestehe, in die Unabhängigkeit der Richter einzugreifen. Anwälte inhaftierter Demonstranten sprachen in einer Pressemitteilung von einer „Strategie der Staatsanwaltschaft, die Freilassung der Inhaftierten zu verhindern". Die Staatsanwaltschaft verfolge mit ihrem Vorgehen offenbar den Zweck der „Abschreckung und Einschüchterung". „Einen solchen Haftgrund der Abschreckung kennt das geltende Recht nicht", heißt es in der Erklärung der Rechtsanwälte.

22 sollen vermitteln

Als betont unabhängig bezeichnete gestern Hartmut Brocke vom Pädagogischen Institut der Arbeiterwohlfahrt den Kreis von 22 Personen aus elf unterschiedlichen Organisationen und Gruppierungen, die sich um eine Vermittlung zwischen Behörden und Hausbesetzern mit dem Ziel bemühen, eine „politische und friedliche Lösung" der Konfrontation herbeizuführen.

Darum waren sie vom Senat gebeten worden. Mit dem sogenannten Besetzerrat sei allerdings noch keine „Verhandlungsebene" gefunden worden, weil dessen Bedingung, Freilassung der bei den Ausschreitungen Festgenommenen, noch nicht erfüllt sei. Allerdings sehe der Vermittler-Kreis in dem Verlauf der letzten Demonstration am Sonnabend, daß Demonstranten und Polizei ein „vordringliches Interesse an einer politischen Lösung" der Wohnungsprobleme in der Stadt haben. Die Gespräche mit Innensenator Ulrich in der letzten Woche hätten eine „ernsthafte Gesprächsbereitschaft des Senats signalisiert". An Richter und Staatsanwälte appellierte gestern der Vermittler-Kreis, „von ihrem Recht, Haftverschonung auszusprechen, Gebrauch zu machen". (Tsp)

Versicherungen ersetzen Demonstrations-Schäden

Die bei den Demonstrationen und Auseinandersetzungen um Hausbesetzungen entstandenen Schäden werden von den Versicherungen ersetzt, auch wenn die Geschädigten den Verursacher nicht nennen können. Dies teilt jetzt der Verband der Berliner Versicherungskaufleute mit. Dazu zählen zerstörte Schaufensterscheiben und Vitrinen ebenso wie aus den Auslagen gestohlene Waren. Grundsätzlich kommen die Versicherungen auch für Schäden an Autos, die bei den Demonstrationen entstanden sind, auf. Wie der Verband weiter mitteilte, würden die Versicherungen versuchen, die Schuldigen zu ermitteln und von ihnen das Geld zurückzuholen. (Tsp)

Foto: Michael Kipp

Kurze Schilderung der Knastsituation

Frauenknast Lehrter Straße

„Also hier im Knast sitzen zur Zeit etwa 150 Frauen, auf 95 Einzelzellen verteilt. Eine ist durchschnittlich 8.5 qm groß. Insgesamt gibt es vier übereinanderliegende Stationen. Vor den Fenstern sind engmaschige Gitter angebracht, da kommst du dir wie im Bergbau vor. Jede Station hat ein bis zwei Gruppenräume, die bei einer solch starken Überbelegung jedoch wieder zu Zellen umfunktioniert werden. Jede Abteilung hat einen Duschraum, wo der Kalk bereits von den Wänden kommt. Fünf Frauen können dort gemeinsam duschen, wenn sie sich drängeln. Wir haben einen Sprechraum für Besucher, der ist kaum größer als der 2.5 x 5 m große Tisch. Zu den Stoßzeiten sitzen hier bis zu 20 Leute drin und 'unterhalten sich'. Von den beiden Höfen ist einer ganz asphaltiert und hat die Größe eines Hallenhandballfeldes, der andere ist doppelt so groß und hat einen kleinen Rasen in der Mitte. Zwei Bäume wurden abgesägt, nachdem einige Frauen mal draufgeklettert sind und nicht mehr runter wollten."

„Sprechstunden

Die Situation der Sprechstunden in der Lehrter Straße ist, obwohl die Trennscheibe mittlerweile entfernt ist, immer noch katastrophal. Besucher müssen mitunter bis zu einer Stunde warten, bevor sie überhaupt in den Sprechraum gelassen werden. Für Besucher, die arbeiten, sowie auch für andere ist das geradezu eine unzumutbare Belastung. Wenn es dann endlich soweit ist, daß Besucher und Gefangene miteinander reden können, trennt sie ein Tisch von ca. eineinhalb Meter Breite, an dessen Ende ein wachsames Vollzugsauge sitzt. Schon alleine vom Abstand her, zwischen den sich Unterhaltenden, also die Gefangenen auf der einen Seite des langen breiten Tisches, die Besucher auf der anderen, ist kein eingehendes Gespräch möglich und es kommt nicht selten vor, daß der Sprechraum dermaßen überfüllt ist, daß man/frau, um überhaupt noch was zu verstehen, fast schreien muß. Dazu kommt noch das generelle Berührungsverbot, das die ganze Situation noch unmenschlicher macht. Aufgrund dieser Situation kommt es immer häufiger vor, daß Frauen ihre Sprechstunden schon frühzeitig abbrechen, weil sie die Perversität dieser Situation nicht verarbeiten können. Dies alles und auch die Anlage und Ausstrahlung des Besucherraums ersticken jeglichen intensiveren Kontakt schon im Keim, um ihn erst gar nicht aufkommen zu lassen. Das hat zur Folge, daß es für alle Beteiligten fast unmöglich ist, menschliche Wärme auszutauschen, was ja auch heißt, dem anderen Kraft zu geben.
Aber gerade das ist Sinn und Zweck der ganzen Besucherregelung und der Konstruktion des Besucherraumes. Nach der Sprechstunde bist du dir oft unklar, ob du dich nun gefreut hast, oder ob du total gefrustet bist. Diese beiden Gefühle werden zu einem. Und du bist zum Umgehen damit durch den Knast gezwungen."

Zur Haftsituation in der U-Haft-Anstalt Moabit

„Nachdem wir am Samstag unsere Haftbefehle in der Gothaer Straße erhalten hatten, kamen wir zu sechst oder siebt wieder auf die Wartezelle, ein kahler schäbiger Raum mit einer Gittertür, von dem mehrere Einzelzellen abgehen. Nach einiger Zeit des Wartens wurden wir einzeln rausgerufen und eskortiert von Bullen in Kampfanzügen zum Gefangenentransporter gewiesen. Finstere, spöttische und kalte Blicke begleiteten uns. In Moabit wurden wir in zwei Gruppen geteilt, die 'gefährlichen' zuletzt. Einer wurde auf eine Beobachtungszelle gebracht. Eine Zelle ohne Fenster,

stattdessen eine Lüftungsanlage, Dauerbeleuchtung über Scheinwerfer, kein Wasser außer der Klospülung, trockene Luft, eine Liege, die wie eine Schaukel aussieht. Der Raum selbst 1.50 m schmal und hoch. Am Anfang kamen wir alle bis Montagmittag in Aufnahmezellen, Einzelzellen mit Fliegengitter (außer bei einem), kein Radio, keine Zeitung, kein Kontakt, keine Information, Auskünfte, kein Hofgang. Beim Aufschluß der Zelle teilweise Beschimpfungen: Ihr Steineschmeißer etc. ... Die Mahlzeiten waren halbwegs genießbar, sonst nur Langeweile, Ungewißheit, Angst, Wut.

Am Montag begann dann die Aufnahmeprozedur. Nochmal mit Lichtbild, Filzen mit Hose runter, Schirmbilduntersuchung durch den Anstaltsarzt, danach zur Dusche (kalt), dann zur Hauskammer, wo wir unsere Bettwäsche, Zahnbürste und Kamm bekamen. Zwischendurch konnte man sich zumindest auf den Wartezellen immer mal wieder sehen, reden auch mit 'normalen' Knackis, die meist eine etwas sehr sarkastische Art drauf hatten. Unter uns war die Stimmung eher gedrückt, für fast alle war die Situation neu. Anschließend kamen wir alle auf Einzelzellen, außer einem Minderjährigen. Das bedeutet, 23 Stunden bist du mit dir allein. Die Zelle ca. 2 x 4.5 Meter, doppelt vergittertes Fenster meist mit Fliegengitter. Viele von uns bekamen erst sehr spät Besuche, Zeitung, Post. Einer mußte, da er von Angehörigen keine Wäsche bekam, bis Anfang Januar in Anstaltskleidung gehen. Ab Dienstag bekamen wir zwar Briefpapier - zwei Bogen - aber wer keinen Kugelschreiber, keine Briefmarken oder gar kein Geld dabei hatte, der hatte eben Pech, denn Einkauf gab es erst am 22. Dezember, oder er war auf die Gunst anderer beim Hofgang angewiesen. Besuch gibt es für U-Häftlinge zwei mal im Monat eine halbe Stunde. Es gibt jedoch die Möglichkeit von Sonderbesuchen für Verwandte, Angehörige etc. bei besonderen Anlässen. Sowas sollte unbedingt ausgenützt werden. Grundsätzlich wird bei U-Häftlingen jeder Brief, der raus- oder reingeht, von der Staatsanwaltschaft oder dem zuständigen Haftrichter gelesen. Er darf nur unverschlossen rausgehen und wird meistens 10 bis 14 Tage später ankommen.

Der normale Besuch findet in einer eigens dafür eingerichteten Zelle statt, ca. 2 x 3 Meter groß, die durch einen breiten Tisch in der Mitte geteilt wird. Er wird von zwei Beamten überwacht, es gibt absolutes Berührungsverbot sowie das Verbot, irgendetwas auszuhändigen, die Sachen, die der Besucher aus dem Anstaltsautomaten ziehen kann, werden von den Beamten später ausgehändigt.

Tatgenossen, so wurden wir eingestuft, sind grundsätzlich noch besonderen Bestimmungen ausgesetzt, was sich auf Zusammenschluß, Besuchsmöglichkeiten, Gemeinschaftsveranstaltungen (in Moabit gibt es eh nur Hofgang und Kirchgang) und auf den Postverkehr beziehen kann. Der Hofgang ist eine Stunde täglich, einmal die Woche gibts Duschen. Kirchgang, Bücher usw. müssen eigens beantragt werden.

Von verschiedenen Gefangenen wurde im Nachhinein geäußert, daß sie während der Aufnahmezeit Selbstmordgedanken hatten. Wenn man bedenkt, daß nachts dies völlig unbemerkt geschehen könnte, ist es eigentlich eine Ungeheuerlichkeit in Anbetracht des angeblichen Charakters der Untersuchungshaft.

Zu den Bedingungen in den Haftanstalten

Die Forderungen der Frauen in der Haftanstalt Lehrter Straße, die sie im Oktober 1980 durch einen Hungerstreik bekräftigten und denen sich die Häftlinge der Haftanstalt Moabit im November 1980 anschlossen:

- 2 Stunden Hofgang täglich
- zweimal in der Woche Sport für alle
- Auf- oder Umschluß in der Station
- Abschaffung der Fliegengitter
- dreimal Duschen in der Woche
- eine Stunde Besuch wöchentlich
- für Ausländer müssen genügend Dolmetscher vorhanden sein
- Abschaffung jeglicher Sondertrakte, Arrestzellen, aber vor allem Auflösung des Hochsicherheitstrakts
- keine Drogenknäste
- keine Isolationshaft

Sie haben dich eingesperrt und dir deine „Freiheit„ genommen, aber sie können dir nicht deine Gedanken nehmen. Sie halten dich hinter Mauern verborgen, um die Anderen zu schützen, wie sie sagen, zu schützen vor deiner Person.
Nein! Um sich zu schützen, vor der Tragweite deiner Gedanken, vor der Wahrheit ihrer Unzulänglichkeit, zur Erhaltung ihres Systems.
Deine Zelle engt nur deinen Lebensraum ein, nicht aber deinen Geist.
Sie lassen uns durch Gitter sehen, nehmen uns damit aber nicht den Durchblick. Im Gegenteil!
Sie öffnen uns die Augen und unser Geist stimmt wißbegierig auf, wie dieses System bis ins Detail funktioniert: Gewalt, Unmenschlichkeit, Unterdrückung, Korruption!
Wie heißt das in unserem speziellen Fall?
Angriff auf das Privateigentum und auf die Gesetze, die besagtes Eigentum verteidigen, sowie das darauf fußende Recht der Eigentümer, ihr Eigentum maßlos zu vergrößern.
Sie wollen alles besitzen: einschließlich unserer Gehirne, unserer Gefühle, unserer Arbeit und unserer Liebe. Kurz unser gesamtes Leben!
Nun, wir lernen daraus! jeden Tag! Ob im Häuserkampf oder anderswo, denn die Dinge hängen alle zusammen, das müssen wir uns klarmachen und dagegen gemeinsam den Widerstand organisieren und leisten.
Die äußeren Umstände können dich nicht kaputtmachen, wenn du weißt, daß dieser Lernprozeß nur Vorteile für dich (uns) bringt.
Laß dich nicht in deinen Gedanken einengen oder gar anpassen, denn Anpassung ist Unterdrückung.
Unterdrückung für die Funktion dieses Systems, laß dich nicht zu einem Teil des Ganzen machen. Nicht in eine Maschine einbauen, die zwar funktioniert, aber nur Ausschuß produziert.
Laß dich nicht gebrauchen, sondern sei wachsam, resigniere nicht, sondern laß uns aktiv sein. Denn deine Resignation ist ein Plus. für ihr SYSTEM!

Ein Ende ist nicht abzusehen

DEMONSTRATION

Samstag, 20.12., 13.00 Uhr
Knast Moabit, U-Bhf. Turmstraße

An der seit Jahren größten Demonstration in Berlin nahmen 15- bis 20.000 Personen teil. Hauptforderung aller Demonstranten war die sofortige Freilassung aller noch Inhaftierten und die Einstellung aller Ermittlungsverfahren.

Foto: Michael Kipp

Spand. Volksblatt 21.12.

10 000 demonstrierten gegen Wohnungsnot und Verhaftungen

Sympathiekundgebung für Kreuzberger Instandbesetzer verlief friedlich

Rund 10 000 Menschen haben gestern nachmittag in Berlin die Forderungen der Hausbesetzer von Kreuzberg nach mehr Wohnraum unterstützt. Außerdem verlangten sie die Freilassung der nach schweren Straßenschlachten am vergangenen Wochenende festgenommene Demonstranten bis Weihnachten. Nach Mitteilung der Polizei, die etwa 2000 Mann eingesetzt hatte, gab es keine Zwischenfälle.

Der Demonstrationszug begann mittags am Untersuchungsgefängnis Moabit. Die Teilnehmer forderten auf ihrem Marsch zur Gedächtniskirche unter anderem „keine Polizeieinsätze gegen Hausbesetzer" und den Rücktritt von Bausenator Harry Ristock, dem eine verfehlte Wohnungsbaupolitik vorgeworfen wurde, sowie von Innensenator Peter Ulrich und Polizeipräsident Klaus Hübner.

Etwa 20 Festgenommene befinden sich derzeit noch in Haft. Bei den Auseinandersetzungen vor einer Woche hatte es Dutzende von Verletzten bei der Polizei sowie bei den Demonstranten gegeben.

Auf einer Abschlußkundgebung an der Gedächtniskirche wurde erneut der Rücktritt von Ulrich, Hübner und Ristock gefordert. Sprecher der Alternativen Liste, der Bürgerinitiative SO 36 und eines „Besetzerrates" verlangten die Freilassung der noch Inhaftierten. Vorher könne es keine Verhandlungen mit dem Senat geben. Im übrigen wolle man nicht nur Wohnraum für ein paar Leute, sondern eine Änderung des Sanierungskonzepts von Altbauten. Es wurde aber auch erneut die Drohung ausgesprochen, daß zu Weihnachten in Berlin „nicht nur die Weihnachtsbäume brennen" würden, wenn bis dahin nicht die Gesinnungsgenossen aus der Haft entlassen seien.

Es wurde bedauert, daß bei den Demonstrationen vor einer Woche Schaufenster kleiner Geschäftsleute zu Bruch gegangen und Auslagen geplündert worden seien. Der Senat müsse die Schäden ersetzen, wenn die Versicherungen dafür nicht aufkämen. Der größte Erfolg der Demonstration sei es, daß man bewiesen habe, friedlich für seine Forderungen auf die Straße gehen zu können. Zum Abschluß wurden die Versammelten aufgefordert, zurück in die Stadtteile zu gehen und sich von niemandem provozieren zu lassen. Danach löste sich die Versammlung der — nach Polizeiangaben — etwa 10 000 innerhalb kurzer Zeit auf, ohne daß es Übergriffe oder Krawalle gab.

Zuvor waren die Demonstranten über beide Fahrbahnen des von vielen Passanten und Schaulustigen bevölkerten Kurfürstendamms gezogen und hatten in Sprechchören gerufen: „Eins, zwei, drei, laßt die Leute frei."

Ursprünglich war geplant, daß die Demonstration nur auf einer Fahrspur des Kurfürstendammes entlang führt. Durch einen Fehler der Polizei war die zweite Spur jedoch durch einen Blaulichtwagen blockiert. Der Einsatzleiter rief laut: „Nehmt das Blaulicht weg, der Verkehr muß fließen." In der Zwischenzeit waren aber schon einige Hundert Demonstranten auf die zweite Fahrbahn gewechselt. Ordner der Demonstranten befürchteten in diesem Moment, daß es zu einer unübersichtlichen Situation kommen könnte. Die Unruhe legte sich aber bald, da die Polizei nun auch die zweite Spur ganz sperren ließ. Ansonsten waren die Beamten weitgehend unsichtbar und beschränkten sich darauf, den Verkehr zu regeln.

Polizeipräsident Hübner äußerte nach der Demonstration seine Genugtuung, daß die Mehrheit der Kundgebungsteilnehmer mäßigend auf solche eingewirkt habe, die den friedlichen Verlauf hätten stören wollen. Hübner dankte den Teilnehmern und den eingesetzten Polizeibeamten für ihr besonnenes Verhalten.

dpa/LR

Aber unsere „unabhängige Justiz“ läßt sich weder von Massendemonstrationen noch von kritischen Pressestimmen noch von Solidaritätserklärungen aus bürgerlichen Kreisen beeinflussen:
Nach den Haftprüfungsterminen bleiben weiterhin sechs Leute im Knast!

Wohnungsbaugesellschaft

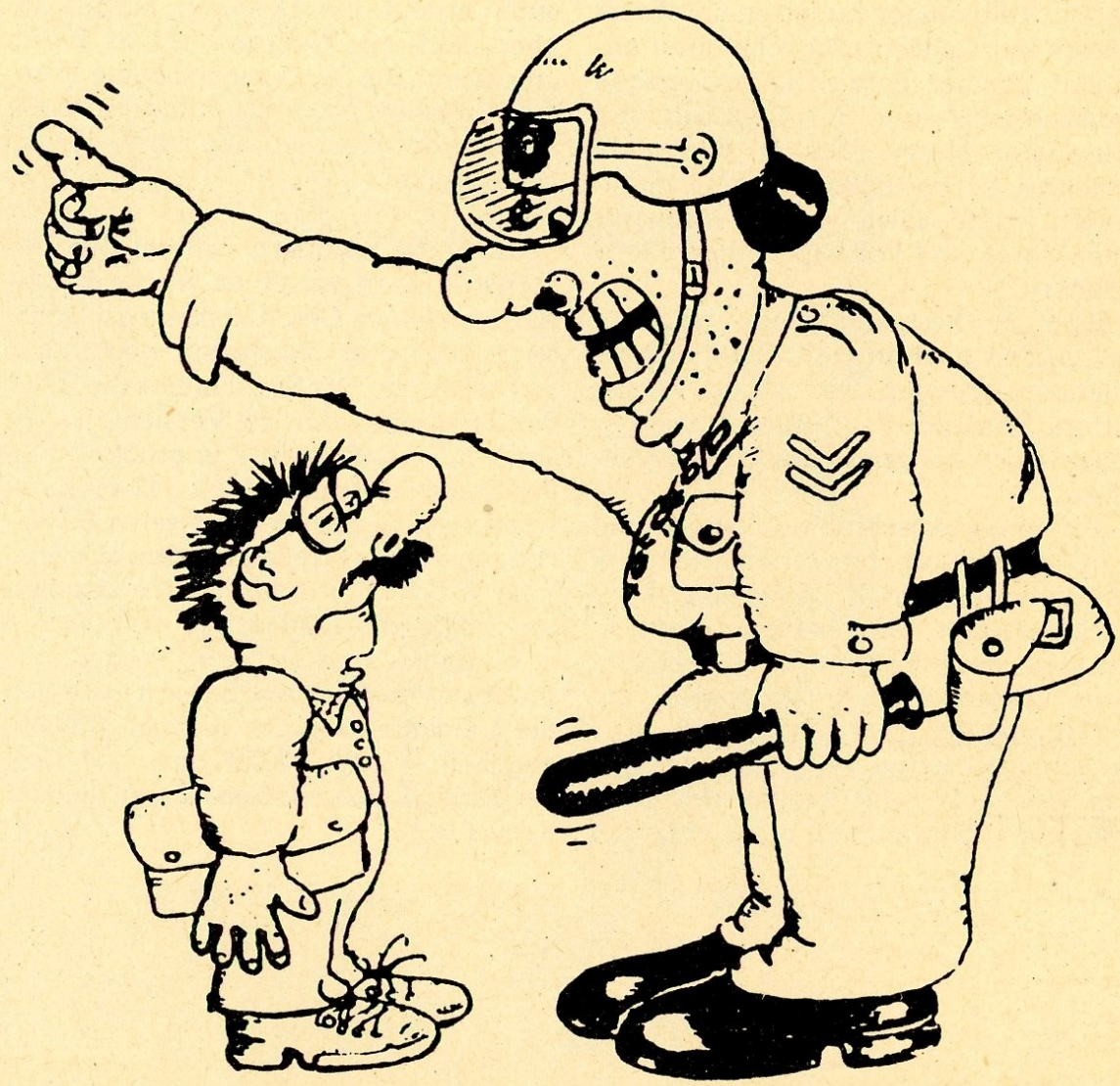
Büro in Kreuzberg ausgebrannt

Im „Stadterneuerungs- und Beratungsbüro“ der GSW-Wohnungsbaugesellschaft am Wassertorplatz in Kreuzberg ist Sonntag morgen ein Feuer ausgebrochen. Ein Raum brannte aus. Menschen waren nicht in Gefahr. Wie die Polizei mitteilte, besteht der Verdacht der Brandstiftung. Daß es sich bei den möglichen Tätern um Leute aus der Hausbesetzer-Szene handele, sei eine „rein hypothetische Annahme“. Es gebe dafür keine konkreten Hinweise, heißt es bei der Polizei. dpa

Scherben und Parolen

Unbekannte Täter zertrümmerten in der Nacht zum Montag eine Scheibe des Besucherbüros im Pavillon der Wohnungsbaugesellschaft DeGeWo in der Stralsunder Straße im Bezirk Wedding. Eine zweite Scheibe wurde durch Schläge mit einem harten Gegenstand beschädigt, teilte die Polizei am Montag mit.
Unbekannte Täter sprühten, wie am Montagmorgen von der Polizei festgestellt wurde, am Haupteingang des Gebäudes der „Stadt und Land“-Wohnbautengesellschaft mbH in der Werbelliner Straße in Neukölln Buchstaben mit schwarzer Farbe. Der Text lautet: / „Besetzt Stadt und Land! Wohnungsnot - Spekulantenbrot. Miete? Nein, danke! Instandbesetzen. Räumt den Knast - nicht die Häuser.“ dpa

Da nutzten auch staatli che Ermahnungen nichts mehr.



. . GEWALT DARF KEIN MITTEL DER POLITISCHEN AUSEINANDERSETZUNG SEIN !“

Promptfolgtedie Reaktion:

Der Abend

60 Pf. Sonnabend, 27. Dezember 1980

☎ 24 00 51

Chaoten „feierten" heiße Weihnachten

Mit Brandflaschen und Pflastersteinen haben Chaoten die prekären Verhandlungen zwischen „Instandbesetzern" und Senat erneut in Frage gestellt. Sie machten ihre Drohung wahr, „daß Weihnachten in Berlin nicht nur die Weihnachtsbäume brennen, wenn nicht alle Inhaftierten freigelassen werden."

Die militanten Hausbesetzer stellten sich mit ihren Anschlägen gegen einen Beschluß des „Besetzerrats" vom Heiligabend. Die „Instandbesetzer" hatten sich geeinigt, die seit der friedlichen Demonstration vom vergangenen Sonnabend eingelegte Ruhepause bis Silvester zu verlängern. „Wir streben eine friedliche Lösung an", betonte ein Sprecher gestern.

Brandanschläge in sieben Bezirken hielten Polizei und Feuerwehr zwischen Heiligabend und gestern in Atem. In 13 Fällen mußten die Ordnungshüter zertrümmerte Fensterscheiben wegräumen.

Molotow-Cocktails, Pflastersteine, Feuer: Die Steinwerfer zogen wieder durch Berlin

Berlin, 27. Dez.

Der 20 Meter hohe Weihnachtsbaum am Ernst-Reuter-Platz ist in der Weihnachtsnacht von Unbekannten in Brand gesteckt worden. Dadurch wurde der Baum bis zu fünf Meter Höhe zerstört.

In der gleichen Nacht registrierte die Polizei insgesamt 14 Anschläge mit Pflastersteinen und zum Teil auch Molotow-Cocktails, die zum Glück keinen großen Schaden verursachten.

Die Täter entwickelten ihre Aktivitäten in mehreren Stadtteilen, mit dem Schwerpunkt in Wilmersdorf.

Scheiben wurden zum Beispiel eingeworfen bei Quelle und Schuhhof in der Wilmersdorfer Straße, bei Wüstenrot in der Berliner Straße und bei der Berliner Bank in der Blissestraße.

Die Polizei vermutet, daß die Täter mit ihren Steinwürfen die Freilassung von fünf Gesinnungsgenossen aus dem Umfeld der Hausbesetzer „beschleunigen" wollen, denen ein Prozeß wegen Landfriedensbruchs droht.

Ein Sprecher der Betroffenen-Vertretung des Kreuzberger Sanierungsgebietes hatte vor Weihnachten mitgeteilt, daß sich die Hausbesetzer als „Zeichen des guten Willens" auf Gewaltverzicht während der Feiertage geeinigt hätten.

BZ 27.12.80

SP VBL 28.12.8

Anschlagsserie gegen mehrere Banken und Geschäftshäuser

Militante Hausbesetzer machten ihre Drohung wahr: Brandsätze und Steine

Eine Anschlagsserie mit Steinwürfen und Brandsätzen, bei denen in Banken, Geschäftshäusern, einem Postamt und einer Kirche in insgesamt 16 Fällen Sachschaden entstand, hat in den Weihnachtsfeiertagen die Berliner Polizei in Atem gehalten. In der Nacht zum ersten Weihnachtsfeiertag wurden — verteilt über das Stadtgebiet — in 13 Gebäuden Scheiben mit Pflastersteinen eingeworfen und in einigen Fällen auch Brandsätze gezündet, die jedoch keinen größeren Schaden anrichteten. Menschen waren nicht in Gefahr.

Die Serie der Anschläge in verschiedenen Bezirken begann Donnerstag, kurz nach Mitternacht. Auch Berlins größter Tannenbaum am Ernst-Reuter-Platz wurde angezündet. Der etwa 20 Meter hohe Baum brannte bis in eine Höhe von fünf Metern, bevor das Feuer gelöscht werden konnte. In den meisten Fällen wurde die Polizei von Anwohnern, die durch den Krach der zerspringenden Fensterscheiben aus ihrem Schlaf gerissen wurden, alarmiert. In zwei Fällen schrieben die unbekannten Täter die Forderung an Wände: „Laßt die Hausbesetzer frei." Schon zuvor war in Flugblättern angekündigt worden, daß in Berlin über Weihnachten „nicht nur Tannenbäume brennen" würden. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen.

In der Nacht zum zweiten Weihnachtsfeiertag wurden Scheiben einer Bankfiliale in Neukölln sowie von drei leerstehenden Häusern beschädigt. Freitag vormittag flog ein Brandsatz in ein Postamt im Bezirk Wilmersdorf. Die Feuerwehr konnte das Feuer rasch löschen. Mehrere Räume wurden stark verrußt. Am Tatort wurde ein Flugblatt mit der Auschrift „Die Wahrheit über den Berliner Terror" gefunden. Beim Staatsschutz der Berliner Polizei gibt es, wie ein leitender Beamter dpa erklärte, „keinen Zweifel mehr", daß die Täter „aus dem Kreis der Hausbesetzer-Szene im weitesten Sinne" stammen. Es sei eine kleine Gruppe, deren Aktivitäten an Weihnachten nicht völlig überraschend gekommen seien. Die Aktionen dürften damit im Zusammenhang mit der nach wie vor bestehenden Inhaftierung von fünf Personen stehen, die im Zuge gewaltsamer Auseinandersetzungen nach Hausbesetzungen festgenommen wurden.

Nach Angaben eines Sprechers des „Betroffenenrates" des Sanierungsgebietes Kreuzberg, zu dem auch der „Besetzerrat" gehört, könne über den Täterkreis noch nichts gesagt werden. Es gebe so viele kleine Gruppen, für deren mögliches Handeln der Rat keine Verantwortung übernehmen könne. Er sowie der Besetzerrat strebten eine friedliche Lösung der Probleme an.

Mit den jüngsten Anschlägen setzt sich eine Kette von Gewalttaten fort, die vor knapp zwei Wochen begann, als sich nach einer polizeilichen Räumung in Kreuzberg Demonstranten und Polizei eine der gewalttätigsten Straßenschlachten der letzten Jahre lieferten. Die meist jugendlichen Demonstranten wollen mit ihren Aktionen auf eine ihrer Meinung nach verfehlte Wohnungspolitik des Senats aufmerksam machen. Insbesondere protestieren sie gegen das Leerstehen von Wohnungen. Einige dieser Wohnungen wurden von ihnen in der Zwischenzeit „instandbesetzt". Unterdessen hat der Berliner Bausenator Harry Ristock seine Bereitschaft bekräftigt, mit den Wohnungsbesetzern zu einer Lösung auf der Grundlage von Duldungs- bzw. Nutzungsverträgen zu gelangen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Eberhard Diepgen hat den Rat der Kreuzberger Hausbesetzer aufgefordert, sich eindeutig von den in den Weihnachtstagen verübten Gewaltakten in Berlin zu distanzieren. Diepgen meinte in einer Erklärung, „entsprechende Ankündigungen von Anschlägen aus Kreisen der Hausbesetzer stellen einen Zusammenhang dar, der im Interesse der gesprächsbereiten Hausbesetzer aufgelöst werden muß".

Diepgen forderte den Senat auf, „mit äußerster Konsequenz dafür Sorge zu tragen, daß in Berlin der Staat als Garant des Rechtsfriedens nicht zum Popanz gemacht wird". Die Versäumnisse in der Wohnungspolitik seien „ohnehin schon zu einer Kette des Unfriedens und der Unsicherheit geworden".

● Unklar ist bislang, ob der Brand im U-Bahnhof Dahlem-Dorf in der Nacht zu gestern ebenfalls auf das Konto von Tätern aus dem Hausbesetzer-Spektrum geht. Gegen 2.30 Uhr war das 500 Quadratmeter große Ried-Dach des Bahnhofs in Brand geraten und völlig vernichtet worden. Bis zum frühen Vormittag mußte der U-Bahn-Verkehr von und nach Krumme Lanke unterbrochen werden. Menschen kamen bei dem Feuer, das die Feuerwehr erst nach Stunden unter Kontrolle bringen konnte, nicht zu Schaden.

Bei der Suche nach der Brandursache tappten Feuerwehr und Kriminalpolizei gestern noch im dunkeln. Nahe liege jedoch, so ein Sprecher der Feuerwehr, Brandstiftung.

Der Bahnhof ist vorläufig gesperrt. Züge halten in Dahlem-Dorf derzeit nicht.

FR: 27.12.80

Wieder Scheiben eingeworfen

Nur Sachschaden bei einer Serie von Anschlägen in Berlin

BERLIN, 26. Dezember (dpa). Eine Serie von Anschlägen auf Banken, Geschäftshäuser, eine Kirche und ein Postamt hielt die Berliner Polizei an den Weihnachtsfeiertagen in Atem. Nach Angaben der Polizei wurden verteilt über das Stadtgebiet in der Nacht zum Donnerstag in 13 Gebäuden Scheiben mit Pflastersteinen eingeworfen und in einigen Fällen auch Brandsätze gezündet. Es entstand mittlerer Sachschaden. Menschen waren nicht in Gefahr. Zweimal schrieben die unbekannten Täter die Forderung an Wände: „Laßt die Hausbesetzer frei."

Beim Staatsschutz der Berliner Polizei gibt es, wie ein leitender Beamter erklärte, „keinen Zweifel mehr", daß die Täter „aus dem Kreis der Hausbesetzerszene im weitesten Sinne" stammen. Die Aktionen dürften damit im Zusammenhang mit der nach wie vor bestehenden Inhaftierung von fünf Personen stehen, die im Zuge gewaltsamer Auseinandersetzungen nach Hausbesetzungen festgenommen worden waren. Nach Angaben eines Sprechers des „Betroffenenrates des Sanierungsgebietes Kreuzberg", zu dem auch der „Besetzerrat" gehört, kann über den Täterkreis noch nichts gesagt werden. Es gebe so viele Gruppen, für deren mögliches Handeln der Rat keine Verantwortung übernehmen könne. Sowohl der Betroffenenrat als auch der Besetzerrat strebten nach wie vor eine friedliche Lösung der Probleme an.

Vor knapp zwei Wochen hatte es nach einer polizeilichen Hausräumung in Kreuzberg gewalttätige Straßenschlachten zwischen Demonstranten und Polizei gegeben. Die meisten jugendlichen Demonstranten wollen mit ihren Aktionen auf eine ihrer Meinung nach verfehlte Wohnungspolitik des Senats aufmerksam machen.

Am späten Heiligabend besetzten in Nürnberg etwa 30 junge Leute ein leerstehendes, dreigeschossiges Gebäude.

Senat verurteilt Brandanschläge

30.12.80

Hausbesetzer distanzieren sich von Brandstiftung im U-Bahnhof Dahlem

Der Berliner Senat hat die Brandanschläge der vergangenen Tage in der Stadt „mit Nachdruck" verurteilt. Senatssprecher Hermann Meyn sagte gestern, solche Gewaltakte seien kein Mittel, politische Probleme zu lösen oder auf sie aufmerksam zu machen. Darauf habe auch der Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe schon nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen auf dem Kurfürstendamm im Zusammenhang mit Hausbesetzungen hingewiesen.

Der „Besetzerrat", in dem nach eigenen Angaben Vertreter aller in Berlin besetzten Häuser sitzen, hat sich in einer Erklärung dagegen gewehrt, „daß jeder Brand zur Zeit Hausbesetzern in die Schuhe geschoben wird. Wir kämpfen für den Erhalt von Häusern und nicht für die Vernichtung von U-Bahnhöfen und Postämtern", heißt es in der Erklärung. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß zu Weihnachten „noch sehr viel mehr Aktionen" stattgefunden hätten, als bekannt geworden seien. Der „Besetzerrat" will sich an Verhandlungen über eine friedliche Lösung der Häuser-Probleme erst beteiligen, wenn auch die restlichen fünf noch Inhaftierten freigelassen werden, die bei den Krawallen in den vergangenen Wochen festgenommen worden waren.

Bei Haftprüfungsterminen gegen zwei bei Auseinandersetzungen um Hausbesetzungen Festgenommene versammelten sich gestern etwa 60 bis 70 vorwiegend junge Menschen in der Vorhalle im Amtsgericht Tiergarten. Sie forderten, wie die Polizei mitteilte, in Sprechchören: „Eins, zwei, drei, laßt die Leute frei!" Nach mehrmaligen Aufforderungen der Polizei verließen die Demonstranten das Gericht. Die beiden Personen, über die das Gericht zu entscheiden hatte, blieben weiter in Untersuchungshaft.

Das bei einem Brandanschlag am vergangenen Freitag beschädigte Postamt 314 in der Kreuznacher Straße bleibt für etwa vier Wochen geschlossen. Die Post stellt ab 5. Januar vor dem Gebäude ein fahrbares Postamt auf, das für die Annahme von Paketsendungen aber nicht geeignet ist.

lbn

SP. VDL 30.12.80

Presseerklärung des Besetzerrates

Seit dem 24.12. gehen folgende Falschmeldungen durch die Presse, den Rundfunk und das Fernsehen:

der Besetzerrat hätte sich am 24.12. getroffen, das Ultimatum zur Freilassung aller Hausbesetzer und Unterstützer wäre durch Beschluß bis nach Sylvester verlängert worden, zu Weihnachten würden keine Aktionen stattfinden, die vom Besetzerrat getragen werden, ein Sprecher des Besetzerrates hätte das mitgeteilt.

Wir stellen dazu fest:
Der Besetzerrat hat am 24.12. nicht getagt und auch das Ultimatum nicht verlängert.
Einen Sprecher des Besetzerrates gibt es nicht. Im Besetzerrat sitzen Vertreter aller besetzten Häuser, Stellungnahmen werden nur gemeinsam diskutiert und beschlossen.

Der Senat hat nichts getan, um unsere Forderungen zu erfüllen.
Fünf Leute sitzen immer noch mit fadenscheinigen Anklagen in U-Haft.
Stattdessen werden gezielt Falschmeldungen veröffentlicht, um uns in der Öffentlichkeit zu spalten und zu diffamieren.
Zu Weihnachten haben übrigens noch sehr viel mehr Aktionen stattgefunden, als die im Abend aufgeführten "Anschläge".
Bezeichnenderweise erwähnte die Presse, immer auf Sensationen aus, nur die klirrenden und brennenden Ereignisse.

Solange die Leute noch im Knast sitzen, werden wir nicht mit dem Senat über unsere Forderungen verhandeln.
Daß jeder Brand zur Zeit Hausbesetzern in die Schuhe geschoben wird, weisen wir zurück.
Wir kämpfen für den Erhalt von Häusern und nicht für die Vernichtung von U-Bahnhöfen und Postämtern.

Beschlossen auf der Sitzung des Besetzerrates vom 28.12.80

über die Weihnachtszeit und in den darauffolgenden Tagen ließen die Aktivitäten nicht nach. So trafen sich in der Sylvesternacht spontan über 300 Personen vor der U-Haftanstalt Moabit und zogen anschließend in die Lehrter Straße.

Dabei gab es und gibt es im übrigen keinerlei Veranlassung, sich von irgendetwas zu distanzieren - mag man auch teilweise dazu stehen, wie man will - denn eigentlicher Grund für diese plumpen Distanzierungsforderungen ist der schon an anderer Stelle dieser Dokumentation angedeutete untaugliche Versuch der Spaltung in „gute" und „böse" Instandbesetzer und deren Unterstützer.

Brandanschläge und eingeworfene Fensterscheiben zum Jahreswechsel

Demonstration für einsitzende Hausbesetzer vor dem Untersuchungsgefängnis

In der Silvesternacht formierte sich um 23 Uhr 30 vor der Untersuchungshaftanstalt in Moabit nach Polizeiangaben eine Demonstration mit zunächst rund 70, später 200 Teilnehmern, die die Freilassung der nach den Auseinandersetzungen Mitte Dezember verhafteten Instandbesetzer forderten. Die Demonstranten zogen zunächst zur Frauenhaftanstalt in der Lehrter Straße, wo es zu einigen gewalttätigen Aktionen kam, als die Polizei versuchte, den Zug abzudrängen.

Die eingesetzten Beamten wurden nach Angaben der Polizei mit Steinen und Flaschen beworfen. Drei Einsatzfahrzeuge seien beschädigt worden, hieß es. Die Polizei habe von Schlagstöcken keinen Gebrauch gemacht. Die Demonstranten seien dann wieder zur Untersuchungshaftanstalt zurückgekehrt und hätten dort brennende Fackeln und Knallkörper an und über die Anstaltsmauer geworfen. In der Frauenhaftanstalt hätten einige Insassinnen brennende Laken aus dem Fenster geworfen. Der Demonstrationszug löste sich schließlich auf.

Ebenfalls am Silvesterabend kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und etwa 60 randalierenden Jugendlichen in Kreuzberg. Rund um das Kottbusser Tor wurden insgesamt 38 Fensterscheiben eingeworfen, darunter die Fenster der Kreuzberger SPD-Zentrale in der Luckauer Straße.

Im Laufe des Neujahrstages gingen bei der Polizei weitere Meldungen über eingeworfene Fensterscheiben ein. In Tegel gingen in der Namslaustraße die Scheiben von mehreren Geschäften und eines Zeitungskioskes zu Bruch. Über den eingeworfenen Scheiben der Berliner Bank in der Reinickendorfer Straße in Wedding prankte gestern der Spruch: „Ein, zwei, drei, laßt die Hausbesetzer frei", daneben ein fünfzackiger Stern.

Ein weitere Brandanschlag traf die Filiale der Deutschen Bank in Britz. Der Schalterraum wurde stark verrußt, Büroeinrichtungen beschädigt. Unbekannte Täter warfen eine Schaufensterscheibe des Kaufhauses KaDeWe in Schöneberg ein.

Ein Brandsatz wurde gestern während der Verkaufszeit von einem Angestellten in der Möbelabteilung des Karstadt-Kaufhauses am Hermannplatz entdeckt. In einem dreißig mal dreißig Zentimeter großen Paket befanden sich Benzin in einem Plastikbehälter, Blitzbirnen und ein Wecker. Der Zündmechanismus war offensichtlich zum Zeitpunkt des Fundes bereits ausgelöst worden, das Benzin jedoch nicht entflammt. Die Polizei sprach von einem „hochbrisanten" Brandsatz. (Tsp)

3.1.81

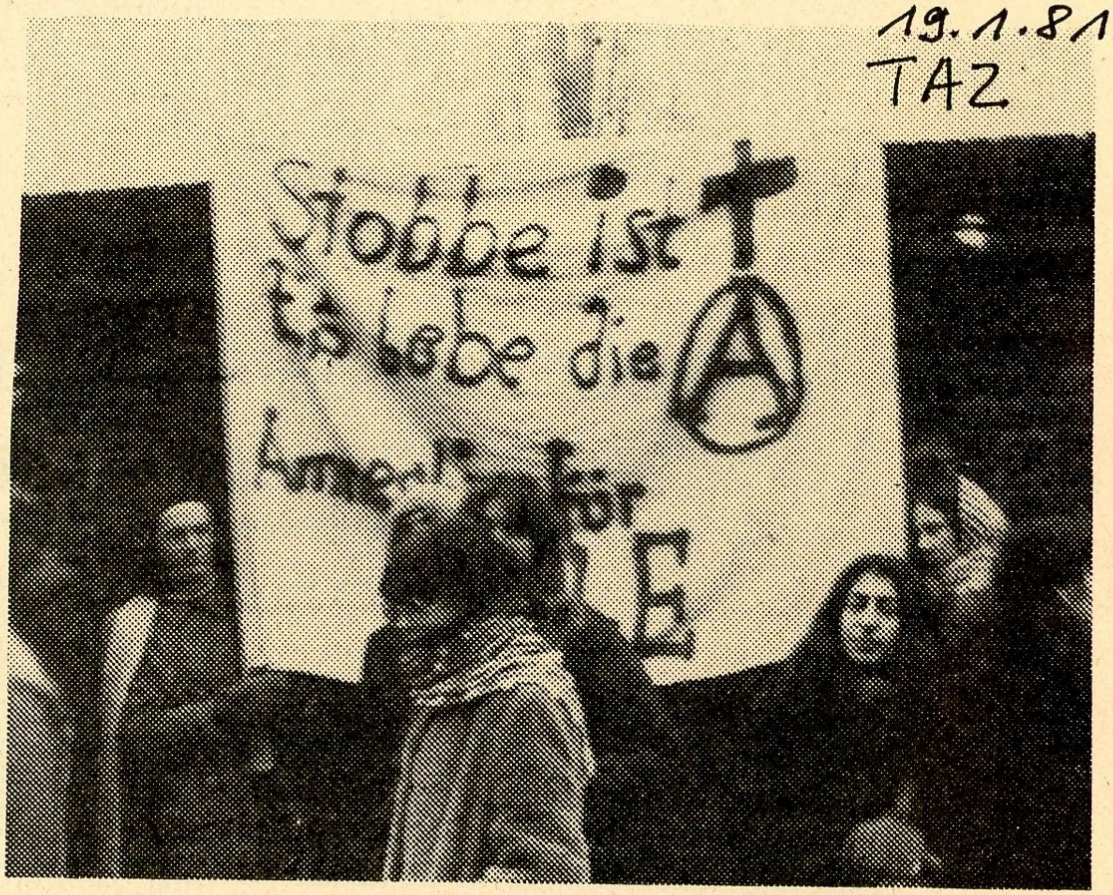
Eine weitere Kundgebung mit etwa 3000 Teilnehmern fand am 17.1. vor den Knästen statt. Bei all diesen Aktivitäten geht es um die Freilassung der Inhaftierten und um die Einstellung aller Ermittlungsverfahren.

1900 Teilnehmer an Demonstration

Ohne wesentliche Zwischenfälle verlief gestern nachmittag eine Demonstration von Sympathisanten der Hausbesetzer, zu der die Alternative Liste aufgerufen hatte. Die Demonstration richtete sich gegen die fortdauernde Inhaftierung von Krawallbeteiligten. Nach Angaben der Polizei beteiligten sich rund 1900 Personen an dem Aufzug, der von Alt-Moabit bis zur Frauenhaftanstalt in der Lehrter Straße führte. Auf dem Weg dorthin wurden von den Demonstranten an dem Polizeidienstgebäude in der Kruppstraße 50 Fensterscheiben eingeworfen. Festnahmen erfolgten nach Angaben der Polizei nicht. Auch sei es nicht zu Zwischenfällen mit den Demonstranten und der Polizei gekommen. (Tsp)

TSP 18.1.

19.1.81
TAZ



Schneebälle gegen Knastmauern

Selbst der Schnee auf den Straßen konnte am Samstagnachmittag an die 3.000 Leute nicht hindern, sich vor dem Knast in Moabit zu der zweiten Demonstration zur Freilassung der 6 einsitzenden Instandbesetzer treffen. Im Gegenteil. Der machte die Sache erst richtig spaßig. Der Zug bewegte sich nach einigen Anfangsschwierigkeiten schließlich mit einem Hagel von Schneebällen, deren bevorzugtes Ziel der Wachturm an der Außenmauer des Moabiter Knastes und die offenen Fenster der Polizeikaserne in der Kruppstraße waren, zum Frauenknast in der Lehrterstraße. Auf der Abschlußkundgebung wurde mit einem fürchterlichen Lautsprecher mehrere leider unverständliche Reden zu den Frauen hinter den Gitterstäben rübergeschickt. Trotz der Bekanntgabe zweier weiterer Besetzungen und dem Einsatz der Blaskappelle "IG Blech" wollte angesichjts dieser Mauern keine rechte Stimmung aufkommen. Vielleicht sollte die nächste Demo mal wieder in der Innenstadt stattfinden.

Soll das die Lösung sein?

Wir denken nein!

Vier neue Häuser am Wochenende

TAZ 26.1.81

Instandbesetzungen ohne Ende?

Wenn das Wochenende naht, werden die Instandbesetzer aktiv. So auch in den letzten drei Tagen. Vier der Abrißkugel oder der Luxusmodernisierung geweihte Häuser wurden neu besetzt. In Kreuzberg hat ein Haus in der Manteuffelstr. 108 neue Bewohner bekommen, in der Anhalterstr. 7 wurde ein Kulturzentrum eröffnet. Die jeweils zweite Hausbesetzung erlebten die Bezirke Wedding und Schöneberg.

Spekulanten werden hier nicht reich - dies war Weddings zweiter Streich ...

So ähnlich steht's auf einem Transparent, das seit Samstag abend an einem der beiden Häuser Hermsdorfer-/Ecke Hussitenstraße flattert. Nach der Groninger Straße 50 hat auch der Wedding seine zweite Instandbesetzung. Instandzusetzen ist allerdings kaum etwas: Die beiden Häuser sind Anfang der 60er Jahre gebaut und tadellos in Ordnung. 13 von insgesamt 18 Wohnungen (3 Zimmer, Küche, Bad, Balkon) hatte die senatseigene GSG bereits „entmietet". Der ganze Block 239 zwichen Schering-, Hussiten-, Hermsdorfer und Ackerstraße ist nämlich im Rahmen der Sanierung als „reines Gewerbegebiet" vorgesehen. Die noch vorhandenen Wohnhäuser sollen diesen Plänen weichen, denn „Wohnen in einem Gewerbegebiet" ist laut Senatsauskunft „nicht zumutbar". So stand's jedenfalls am 22.1.81 im Tagesspiegel. Der CDU-Abgeordnete Rauschenbach hatte durch eine „kleine Anfrage" diesen Fall von Weddinger Wohnraumzerstörung ins Licht der Presse gezogen, der Weddinger SPD-Baustadtrat Lüdtke war sofort bereit zu erklären, daß man mit dem Abriß nicht dränge. Wen wundert es, daß nun gut 20 Wohnungssuchende „zur Selbsthilfe" gegriffen haben.

Die Besetzer, die sich erstmal im 3. und 4. Stock eingerichtet haben, wollen sich „langsam vorarbeiten".

Und die Künschtler ...

Lieber ein „Kukuck" im Haus, als ein Vogel im Senat. Gesagt, getan. Am Freitag hat sich die Besetzerei erstmal auf kulturelles Gebiet begeben. Denn, so heißt es in einem Flugblatt des neuen Kukucks, „in dieser Stadt zu leben, heißt nicht nur, genügend Wohnraum für jeden zu haben, es heißt mehr: gemeinsam Spaß zu haben, Theater zu spielen, Musik zu machen, Tanzen, feiern, klönen, Filme sehen". Aus dem Gefühl heraus, daß so etwas noch fehlt, wurden am Freitagnachmittag um 17 Uhr 30 in der Anhalterstraße 7 Fabriketagen besetzt. Es gibt zwar auch noch offizielle Mieter in diesem Haus, aber der größte Teil der Wohnungen im Vorderhaus und der Fabriketagen stand leer.

Nun zieht hoffentlich Leben ein ins Kukucks-Nest. Diese Abkürzung steht für Kultur- und Kunstcentrum Kreuzberg. Die Theatergruppe LöwenzAn will miteinziehen, genauso wie der Schmalfilm-Verleih Gegenlicht Interesse bekundet hat, an diesem Prpjekt mitzuwirken. Es wird genügend Raum geben für andere Gruppen. Wer also noch Inteesse hat, kann ja mal im Kukuck vorbeischauen.

Neubauten für die Spitzhacke? Besetztes Haus im Wedding *Foto: taz*

Es gibt Sekt

Unerwartet aus dem Todeskoma gerissen wurde am Sonntagmorgen der Seitenflügel 3. Hinterhof in der Bülowstr. 55 in Schöneberg. Von der Neuen Heimat im letzten Herbst entmietet, schien für drei Seitenflügel und Quergebäude des großen Wohnkomplexes keine Hoffnung auf einen Frühling. Lediglich in das Vorderhaus sollen die Mieter nach der Modernisierung zurückkehren können. Alle weiteren Gebäude müssen einem großen Gewerbehof weichen. Von den Mietern scheint keine große Unterstützung zu erwarten, denn es gibt praktisch keine mehr, und die letzten sitzen auf gepackten Koffern.

Der Besetzertrupp hat es sich in einer der vielen Eineinhalb-Zimmer-Wohnungen bereits gemütlich gemacht, es gibt Sekt und warm ist es auch. Die Stimmung ist optimistisch. Obwohl das Haus mindestens seit einem Vierteljahr leersteht („Wir haben Zeitungen vom Oktober hier gefunden"), kommt der Strom noch aus der Steckdose, das Wasser aus der Wand, fast alle Armaturen und Rohre sind noch intakt, und die Öfen funktionieren auch. Natürlich winkt viel Arbeit, aber mit ein paar Leuten mehr ist das zu schaffen.

Putz am Chamissoplatz?

Brisant kann es heute morgen in der Willibald Alexis-Straße 43 am Chamissoplatz werden. Eine Gruppe hatte das Haus am Donnerstag besetzt, obwohl die Modernisierungsarbeiten schon im Gange sind, und die Bauarbeiter nach Hause geschickt. In eine Sitzung des Aufsichtsrates der GeWoBag (Vorsitzender: Lekutat, der Kernige) am Freitag soll beschlossen worden sein, auf jeden Fall am Montag weiterzubauen. Die Spekulationen über einen möglichen Polizeieinsatz und Räumung wurden gestern weder bestätigt noch dementiert.

S.P./O.P./W.B./M.S.

Jetzt traut sich der Staat nicht mehr zu räumen
aus Furcht vor der Herausbildung einer neuen
Millionärselite, den ehemaligen Glasern.
Folglich versucht er es mit anderen Methoden:

Baugesellschaft zerstört Öfen in besetztem Haus

TAZ

Kaputtbesitzen gegen Besetzen

Mit einer Strategie der „verbrannten Erde" reagieren jetzt Wohnungsbaugesellschaften anscheinend auf Bemühungen von Hausbesetzern, Wohnraum zu erhalten, nach der Devise: Je mehr in einer Wohnung instandzusetzen ist, desto schwieriger ist das Instandbesetzen!

Die Häuser Pflügerstr. 12 und Reuterstr. 41 und 42 in Neukölln gehören der Wohnbautengesellschaft „Stadt und Land". Diese wiederum gehört zur Hälfte dem Senat, zur anderen Hälfte der berüchtigten gewerkschaftseigenen „Neuen Heimat". Seit zwei Jahren bemühte man sich um eine Abrißgenehmigung für die Häuser, die aber bisher wegen zu guter Bausubstanz nicht erteilt wurde. 30 Wohnungssuchende mochten nicht mehr warten und besetzten am 6.12. die leerstehenden Wohnungen. Sie fingen damit an, das Haus in der Pflügerstr. wieder bewohnbar zu machen und hängten in den Häusern in der Reuterstr. erstmal nur Instandbesetzungstransparente an die Fassade.

Der übliche Ablauf: Die „Stadt und Land" fordert am 29.12. zur unverzüglichen Räumung auf und weist auf die Strafbarkeit der Besetzung hin. Die Antwort kommt noch in derselben Nacht in das „Stadt und Land"-Büro in der Wehrbelliner Straße

schreiben die neuen Hausbewohner: „Als rechtmäßige Instandbesetzer fordern wir Sie hiermit auf, uns unverzüglich Sach- und Geldmittel zur Behebung der von Ihnen zu verantwortenden Schäden zur Verfügung zu stellen! Verneinendenfalls sehen wir uns gezwungen, Strafanzeige wegen vorsätzlichen und mutwilligen, aus niederen Beweggründen resultierenden Kaputtbesitzens zu stellen!"

Diese Drohung sollte bald einen handfesten Grund kriegen. Die Besetzer berichteten uns jetzt:

„Am Mittwoch, dem 7.1., bemerkten wir einen Trupp Bauarbeiter im Gebäude Reuterstraße 42. Da ein Zivilstreifenwagen die Bauarbeiten 'beschützte', wollten wir es nicht auf eine Konfrontation mit den Bauarbeitern bzw. mit der wohl schnell herbeigerufenen Polizei ankommen lassen und warteten erstmal ab.

Angesichts der tiefen Außentemperaturen hatte sich die Gesellschaft etwas ganz besonders Bösartighes ausgedacht. Innerhalb der kurzen Zeit, in der die „Bauarbeiten" im Gange waren, wurden **sämtliche Öfen** im Haus aber auch wirklich kurz und klein geschlagen. Badeöfen, Allesbrenner, schöne und völlig intakte Jugendstilöfen, Kachelöfen, Kochöfen, alles nur noch Trümmer."

Das Rollkommando verschonte keinen einzigen Ofen und richtete dabei nach Schätzungen der Besetzer einen Schaden von 80.000 bis 100.000 DM an. Dabei wird das Haus noch von drei Mietparteien bewohnt, denen durch diese Aktion vielleicht auch die Lust auf weiteres Ausharren darin ausgetrieben werden soll. Nachdem auch die Isolation der Wasserleitungen teilweise zerstört wurde, könnten zu erwartende Wasserrohrbrüche ein Übriges tun. Dem Schülerladen im Parterre wurde die Tür „aus Versehen" gleich mit zugenagelt. Die Leute sehen jedoch Schwierigkeiten, sich zu wehren, weil sie von Senatsgeldern abhängig sind ...

Es ist unverständlich, daß der Senat, der sich doch im Moment inständig um die Verhandlungsbereitschaft der Instndbesetzer bemüht, als Miteigentümer von „Stadt und Land" hier einen solchen Konfrontationskurs fährt. Die Besetzer in der Pflüger-/Reuterstraße wollen das jedenfalls nicht hinnehmen und nun tatsächlich Strafanzeige „wegen mutwilliger Sachbechädigung" gestellt, weil ja „Stadt und Land" die nicht erteilte Abrißgenehmigung praktisch zu erzwingen versucht.

Auch sonst sind sie keineswegs eingeschüchtert:

„Wir werden uns durch diese gemeinen Niederträchtigkeiten nicht vertreiben lassen. Auch das Haus Reuterstr. 42 wird instandgesetzt werden!! Die Rechnung für die Töpfer und die neuen Öfen wird selbstverständlich 'Stadt und Land' übernehmen müssen und zwar sofort!"

I. H.

RÄUMUNG SCHÜTZT NICHT VOR INSTANDBESETZERN!

Breite Unterstützung für die Instandbesetzer, insbesondere für die Inhaftieren.

Bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der zahlreichen Festnahmen erreichten uns viele Solidaritätsadressen.
So wichtig und erfreulich auch diese erste Welle der Solidarität war, so darf es damit nicht sein Bewenden haben. Vielmehr lehrt die Erfahrung, daß gerde die Justiz in besonderem Maße das Licht der Öffentlichkeit scheut. Sie spekuliert dabei zum einen auf den Zeitfaktor, zum anderen hat sie sich für politische Prozesse auch räumlich entsprechend vorbereitet. So finden auch die Verfahren gegen die Inhaftierten gewissermaßen unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, weil in den Räumen des Hochsicherheitsbereichs nur wenige Zuschauer Platz finden.
Diese offensichtliche Taktik können wir nur dann unterlaufen, wenn wir alle, ob Einzelperson oder Gruppen, weiterhin durch phantasievolle Aktionen die Öffentlichkeit mobilisieren. Jedes Mitglied einer Gruppe - des Personalrats der Gerichtsreferendare, der Humanistischen Union, der Grünen usw. usw. - muß dfür sorgen, daß es nicht nur bei der einen Solidaritätserklärung bleibt.

BERLINER MIETERGEMEINSCHAFT E.V.

Neue Addresse ab 1. 2. 81: Gotzkowskystr. 19
Eberfelder Straße 9, den 18.12.80
1000 Berlin 21
Telefon 393 11 11

DIE WOHNUNGSPROBLEME LASSEN SICH NICHT NIEDERKNÜPPELN !

Stellungnahme der Berliner Mietergemeinschaft e.V.
zu den Instandbesetzungen und den Polizeiaktionen

Als in den letzten Tagen
die seit Jahren angewachsenen
Wohnungsprobleme unserer Stadt
sich in blutigen Straßenschlachten entluden,
da waren sich alle Abgeordnetenhauspolitiker
in einem Punkt verbal einig:
Polizeieinsätze sind kein Mittel zur Lösung der Wohnungsmisere!

Doch ihre Praxis sah anders aus:
Parlamentspräsident Lummer besuchte einen verletzten Polizisten im Krankenhaus, aber er hielt es nicht für nötig, z.B. jenen jungen Forstarbeiter zu besuchen, der mit von einem Polizeifahrzeug zerquetschten Beinen im Krankenhaus liegt.
Einer solchen Einstellung entspricht es, wenn die Polizei die Zahl der verletzten Demonstranten nicht einmal mehr mitteilt.
Nur als Hohn aber kann man es bezeichnen, wenn Senatspolitiker der Polizei "besonnenes Verhalten" bescheinigen. Denn Tatsache ist: Die Polizeieinsätze der letzten Tage waren unangemessen und brutal wie nie zuvor.
Selbst unbeteiligte Passanten wurden niedergeknüppelt, ja, sogar eine 69-jährige Rentnerin, Delegierte der "Berliner Mietergemeinschaft": Sie war am frühen Freitagabend am Kottbusser Tor, als die Polizei losknüppelte - "ohne jegliche Vorwarnung, egal auf wen".
Die alte Frau erhielt Schläge auf den Kopf und ins Gesicht; mit blutender Nase, einer Platzwunde und einem großen Schrecken ist sie vergleichsweise noch glimpflich davongekommen.

Vorwärts

HOCHSCHULGRUPPE DER JUNGSOZIALISTEN

Wir fordern

- für die Instandbesetzer, mit denen wir uns solidarisch erklären, Verhandlungen statt Polizeieinsatz
- sofortige Freilassung der Verhafteten und Einstellung der Verfahren
- eine Exekutive, die den Weisungen der politisch Verantwortlichen folgt und damit die Ablösung von Polizeipräsident Hübner sowie der übrigen, die den Einsatz und seine Durchführung befahlen
- Polizeibeamten, die nein sagen zur Räumung instandbesetzter Häuser, auf, mit ihren Kollegen zu sprechen und sich nicht gegen die aufhetzen zu lassen, die brauchbaren Wohnraum retten wollen und schon von daher nichts mit Provokationen gemeinsam haben
- die Legalisierung der Instandbesetzung, damit formales Recht auch gerecht wird und ein Ende der Kriminalisierung von Menschen, die ihre Wohnung retten wollen!

Die Grünen

WIR BRAUCHEN PREISGÜNSTIGEN WOHNRAUM IN BERLIN

SOFORTIGE FREILASSUNG DER INHAFTIERTEN!

Die GRÜNEN fordern:

- SOFORTIGE FREILASSUNG DER INHAFTIERTEN
- KEINE POLIZEIEINSÄTZE GEGEN INSTANDBESETZER
- ZURÜCKNAHME DES POLIZEIAUFGEBOTES BEI DEMONSTRATIONEN
- RÜCKTRITT VON ULRICH, HÜBNER UND RISTOCK
- KEINE RÄUMUNG DER INSTANDBESETZTEN HÄUSER, SONDERN ABSCHLUß VON MIETVERTRÄGEN
- WEG VON DER PROFITSANIERUNG. FINANZIELLE MITTEL FÜR INSTANDSETZUNG DURCH DIE MIETER SELBER ZUR ERHALTUNG BILLIGEN WOHNRAUMES

Freilassung der Inhaftierten

Erklärungen von IBA und ZIPAusschuß

In einer ohne Gegenstimme verabschiedeten Erklärung des Kreuzberger ZIPAusschusses zu den jüngsten Demonstrationen, werden Verwaltung, Justiz und Polizei sowie die Instandbesetzer aufgefordert, den um Vermittlung bemühten Zeit und Spielraum zu verschaffen, „die erforderlich sind, daß es zu neuen Verhandlungen statt zu neuen Auseinandersetzungen kommt." Es wird betont, daß „zur Verbesserung des Verhandlungsklimas alle Möglichkeiten zur Freilassung der bisher Inhaftierten genutzt werden.
Zu den Auseinandersetzungen hat sich ebenfals die Internationale Bauausstellung (IBA) geäußert. In der Erklärung der Mitarbeiter wird die bisherige Sanierungs- und Abrißpolitik aufs schärfste kritisiert. Wörtlich heißt es: In den Aktivitäten der Instandbesetzer drückt sich teilweise ein anderes Wohnbedürfnis aus als es bisher die Norm war." Allen Wohnbedürfnissen müsse jedoch Rechnung getragen werden". Als Ursache für die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit werden die benachteiligte Stellung der ausländischen Bewohner, die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Jugendlichen und eine desolate Umwelt benannt.

Zur Arbeit des seit Anfang der Woche tätigen Vermittlungsausschuß in Sachen Hausbesetzungen heißt es, daß seine Tätigkeit durch die Mitarbeiter der IBA in jeder erdenklichen Weise unterstützt wird. Die Mitarbeiter meinen jedoch, daß die Verhandlungen nicht auf einzelne Gruppen beschränkt bleiben und nicht unter Zeitdruck gestellt werden dürften. Der Ausschuß sollte um die Mitglieder der Betroffenenvertretung erweitert werden. Alle Verantwortlichen fordert die IBA auf, „ihren Verhandlungsspielraum voll zu nutzen, um die Freilassung der Inhaftierten zu erreichen. Als praktische Hilfe dazu bieten IBA-Mitarbeiter persönlich Kautionsbeträge und Hilfen zum Wohnsitznachweis an.

taz

Meinungen zu den Krawallen

Die Leitung der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg sagte, die Hausbesetzungen wiesen auf schwerwiegende Mängel in der Wohnungsversorgung. Die dabei auftretenden sozialen Spannungen seien nur mit politischer Vernunft zu überwinden.

Die Landesvertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) verurteilte den „brutalen Polizeieinsatz". Sie erklärte sich mit den Instandbesetzern solidarisch und kritisierte die Wohnungspolitik, die auf Vernichtung billigen Wohnraumes hinauslaufe. Die GEW forderte den Senat auf, derartige Probleme nicht durch den Polizeiknüppel zu lösen.

Die Alternative Liste wandte sich gegen Versuche, die „Instandbesetzer" vor der Berliner Bevölkerung zu isolieren, um ein brutales Vorgehen der Polizei zu rechtfertigen.

Ost-Berliner Zeitungen berichteten gestern ausführlich über die Auseinandersetzungen. Das „Neue Deutschland" und die „Berliner Zeitung" schrieben über „mehrere Hundertschaften bürgerkriegsmäßig ausgerüsteter Bereitschaftspolizei".

Junge Hamburger schlugen am Montagabend rund 20 Schaufensterscheiben in Hamburg-Altona ein.

Abend 17.12.80 S.L.

„Volle Sympathie" haben die „Instandbesetzer" nach Meinung des Superintendenten des evangelischen Kirchenkreises Kreuzberg, Gustav Roth, bei der Bevölkerung in seinem Bezirk.

Ein DDR-Journalist soll bei der Straßenschlacht am Montag von einem Polizisten mit einem „Kampfschild" niedergestoßen und verletzt worden sein, meldete die amtliche DDR-Nachrichtenagentur gestern abend. BR.

Abend 18.12.80

Gestern haben sich elf Professoren von TU und FU gemeinsam mit zwei Studentenpfarrern, der Schriftstellerin Ingeborg Drewitz, dem Rechtsanwalt und FDP-Politiker Harald Loch und der Katholischen Studentengemeinde solidarisch mit der wohnungspolitischen Zielsetzung der Hausbesetzer-Gruppen erklärt. Wegen der großen Wohnungsnot in Berlin sei dieses Verhalten „legitim und moralisch verantwortbar". —ms

Spandauer V. 14.1.81

Blockade der Planer

„Eins, zwei, drei, laßt die Leute frei." Diese Forderung rufend, blockierten gestern nachmittag von 15 Uhr an für rund eine Stunde etwa 100 Studenten des TU-Fachbereichs für Stadt- und Regionalplanung die Dovestraße vor ihrem Institut. Sie demonstrierten ihre Solidarität mit den Instandbesetzern und forderten die Freilassung der bei den Auseinandersetzungen der letzten Tage verhafteten Demonstranten.

„So sehr wir die gewaltsamen Auseinandersetzungen bedauern, so sehr sehen wir ihre Ursachen in der Wohnungsnot und dem unangemessenen Vorgehen der Polizei," erklärten die Stadtplaner in einem Flugblatt. Dort schildern sie auch die Wohnungsnot: „Allein 80 000 Berliner besitzen einen Wohnberechtigungsschein. Weit mehr als 100 000 suchen eine Wohnung. Zur Zeit stehen laut Senat 7000 Wohnungen leer. Die Dunkelziffer ist wesentlich höher. Bis 1990 sollen nach Senatsplänen zusätzlich 180 000 billige Wohnungen vernichtet werden."

Abend, 18.12. B.R.

Eine Reihe prominenter Berliner Theologen und Sozialdemokraten hat den Senat aufgefordert, die anstehenden Prozesse gegen Hausbesetzer zu „stornieren" und damit einen Beitrag zur Entschärfung des Konflikts um die Kreuzberger Hausbesetzungen zu leisten. Polizeimaßnahmen taugten hierzu nicht, heißt es in einem Appell, der u. a. von Helmut Gollwitzer und Kurt Scharf, Carl-Heinz Evers, Prof. Fritz Eberhard und Ingeborg Drewitz unterzeichnet ist. Man habe vielmehr den Eindruck, daß junge und unerfahrene Polizisten durch Entscheidungen überfordert wurden, „deren Betroffene sie dann bedauerlicherweise geworden sind".

Im Moltke-Saal in der Polizeidirektion City in der Kruppstraße fand gestern nachmittag eine Einsatzbesprechung mit etwa 100 meist höheren Polizeibeamten statt. Dem VOLKSBLATT wurde ge-

Spand. V. 20.12.80

Freilassung aller Inhaftierten gefordert

In einer Pressemitteilung hat die Alternative Liste (AL) die sofortige Freilassung auch der übrigen Inhaftierten gefordert. Der Senat trage die volle Verantwortung für alle Konsequenzen, die sich aus dieser Entscheidung der Justiz ergeben würden. Die Alternative Liste appellierte in diesem Zusammenhang an die evangelische Kirche, die Weihnachtsandachten der nächsten Tage auch dazu zu nutzen, auf die ihrer Ansicht nach verfehlte Miet- und Baupolitik der Stadt aufmerksam zu machen. Tgsp. 24.12.80 (Tsp/dpa)

Resolution der GEW-Betriebsgruppe an der Bertolt-Brecht-Oberschule

Angesichts des ganz offensichtlichen Widerspruchs zwischen vorhandenem, nicht genutztem Wohnraum auf der einen, und einer Unzahl von Wohnungssuchenden auf der anderen Seite halten wir Lehrer und Erzieher die Hausbesetzungen („Instandbesetzungen") für eine berechtigte Form von Widerstand. Deswegen meinen wir, daß Unrecht und Gewalt von denen ausgeht, die von der Wohnungsnot und der Wohnungsspekulation profitieren. Diejenigen aber, die sich den notwendigen Wohnraum gesucht und seit langem erfolglos darum verhandelt haben, treten für ihre berechtigten Interessen ein.
Angesichts dieser Sachlage erklären wir uns mit den Instandbesetzern solidarisch und fordern die sofortige Freilassung aller während der jüngsten Auseinandersetzung Verhafteten. Statt des untauglichen Mittels polizeilicher Gewalt erwarten wir eine vernünftige politische Lösung, die den legitimen Anspruch auf menschenwürdige Wohnung zum Maßstab hat.
Von 15 GEW-Kolleg-inn-en an der BBO in Spandau am 16.12.80 einmütig angenommen

Weitere Solidaritätsadressen gingen beim Ermittlungsausschuß ein, unter anderem von der Mitgliederversammlung des Kinos Filmriss in Spandau., der Vollversammlung der Fachschäftsräte der Uni Tübingen, der FU-Hochschulgruppe der Jungsozialisten.

Selbst aus Westdeutschland kamen Solidarische Grüße:

Fachschaftsräte-VV

Ernst Bloch Universität TÜBINGEN

Verein zur Förderung studentischer Zusammenschlüsse e.V.
z. Hd. Fachschaftsräte-Vollversammlung
an der Universität Tübingen

Postfach 2647
7400 Tübingen 1
Tel. 07071/21346

An die
Hausbesetzer in Kreuzberg
Berlin

Tübingen, den 20.12.1980

Solidarität mit den Kreuzberger Kraakern

Keine Kriminalisierung von Hausbesetzern!

" Die Jugend sucht menschliche Werte. Die Jugend ist in ihrer grossen Mehrheit bereit sich zu engagieren. Sie will auch Pflichten auf sich nehmen, wenn sie diese erkennen und einsehen kann; man muss helfen, dass diese eingesehen werden können."
Bundeskanzler Schmidt, unter dem tosenden Beifall der Fraktionen in seiner Regierungserklärung.

Wie wir hören und sehen habt ihr euch in eindrucksvoller Weise diese Worte zu Herzen genommen:

Ihr habt euch, in gewisser Weise vorbildlich, für euer und unser Interesse an einer Bekämpfung der Wohnungsnot und den verbrecherischen Machenschaften der Spekulanten engagiert,
Ihr habt die Pflicht des Widerstandes gegen einen Staat auf euch genommen, der von uns Mut zur Zukunft fordert, gleichzeitig aber (ohne alle Schweinereien aufzählen zu wollen und zu können) die Mittel für den Wohnheimbau ersatzlos streicht und jene kriminalisiert, die aus Not brachliegenden Wohnraum nutzen,
und Ihr habt auch uns geholfen einen gehbaren Weg zu sehen, wie auf die Räumung besetzter Häuser zu reagieren ist: mit Mut zum Widerstand, mit Mut zum Handeln und mit Mut zur Zukunft.

Wir können unsere offene Solidarität nicht verheimlichen.

Die Delegierten von 25 Fachschaften auf der FSR-VV der Uni Tübingen vom 15.12.1980

Aber nicht nur positive Reaktionen folgten. Mehrfach wurden die Leute im Ermittlungsausschuß bedroht und aufs übelste beschimpft. Vorliegendes Pamphlet wurde an die BI SO 36 geschickt:

An die Bürgerinitiative Berlin 36 Südost.

W A R N U N G ! ! !

Eure sogenannten Hausbesetzer machen wir den Arsch warm, wenn sie weiterhin Autos von einfachen Arbeitern demolieren und beschädigen. Wer sind denn diese Hausbesetzer??
Nur Westdeutsches arbeitsscheues Gesindel und die sogenannten "Ewigen Studenten" diese verkommenen Dreckschweine, diese Hunde stinken doch schon Meilenweit, vor allen Dingen nach Hasch und Heroin!
Zu Eurer Beruhigung: Einige von den Randalierern und Plünderern haben wir erkannt und davon haben einige ein Auto mit einer westdeutschen Autonummer. Diese werden wir den Volkspolizisten der DDR bekanntgeben. Sollten diese Randalierer durch den Osten fahren wollen, werden wir sie anscheißen und denen noch was anhängen, sodaß diese im Osten verhaftet werden.
Ihr Dreckschweine Droht: Weihnachten brennen nicht nur die Weihnachtsbäume! Nun passt mal auf das wir Eure besetzten Häuser nicht in Kürze mit Flammenwerfern in Brand jagen werden, sodaß Ihr Mistschweine mitverbrennen werdet.
Auch Euer Hauptquatier des Kommunistischen Bund Westdeutschland in der Oranienstraße, welche ja die Hauptanstifter sind, werden wir nicht vergessen.
Denkt dran, das ist hier nicht nur eine leere Drohung, eine Kostprobe davon bekommt Ihr noch diese Woche zu spüren. Eins Eurer besetzten Häuser geht diese Woche noch in Flammen auf!!!

Vereinigung Nationale Berliner.

Foto: Oliver Hermann

Stellungnahme des Besetzerrates:
Die Wahrheit über das Interesse an einer Lösung des Konflikts

Wie sollen wir Hausbesetzer das Interesse der Senatoren an einer politischen und friedlichen Lösung des Konflikts verstehen, wenn sie nicht gleichzeitig alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel konsequent nützen, um dieses zu erreichen. Wie sollen wir das verstehen, wenn der Senat unsere Forderungen nach einer sofortigen Freilassung aller Gefangenen und Einstellung aller Ermittlungsverfahren seit Wochen ignoriert, obwohl doch gerade er und nur er die eigentlichen Mittel in seinen Händen hält. Wie sollen wir verstehen, wenn der Justizsenator von der Möglichkeit der Weisungsbefugnis an die Staatsanwaltschaft als Vorgesetzter der Staatsanwälte bei den Haftprüfungsterminen keinen Gebrauch macht. Wie sollen wir das verstehen, wenn die Fraktionen im Abgeordnetenhaus kein Interesse an einem Amnestiegesetz bekunden, obwohl nach Artikel 45 der Berliner Verfassung sie die einzigen sind, die solches veranlassen und verabschieden können, und damit die Voraussetzung für eine Lösung der Konfrontation nur selbst schaffen können. Wir Hausbesetzer können mit der öffentlichen Begründung des Willens zur Wiederherstellung des inneren Friedens und der gleichzeitigen Verhinderung ebensolcher durch die bewußte Ignoranz innenpolitischer Maßnahmen nur erkennen, daß der Senat kein wirkliches Interesse an einer sowohl politischen als auch friedlichen Lösung hat und er deshalb auch die politische Verantwortung für den bestehenden Konflikt alleine zu tragen hat.
Anmerkung zur Amnestie: Nach Artikel 45 der Berliner Verfassung kann das Abgeordnetenhaus auf Antrag eines seiner Mitglieder mit einfacher Mehrheit eine Amnestie bzw. Straffreiheitsgesetz verabschieden. Ein Amnestiegesetz macht Straftaten nicht ungeschehen, sondern setzt den Strafvollzug nur außer Kraft. Es löscht keine Schuld und hebt kein Urteil auf. In Wahrheit verbietet die Amnestie, erkannte Strafen zu vollstrecken. Das heißt, die Prozesse finden ganz normal statt, nur der Strafvollzug wird praktisch ausgesetzt, die Strafen werden nicht abgesessen. Besonders hervorzuheben unter den verschiedenen Typen von Amnestie ist die Befriedungsamnestie. Die Befriedungsamnestie soll den inneren Frieden erhalten oder wiederherstellen, der durch politische Gegensätze und die Form ihrer Austragung gestört ist.
Es ist die Sache des Senats, sich zu überlegen, ob sie einen Konflikt lösen wollen. Das hat nichts mehr mit unserer Sturheit zu tun, sondern das hat eher mit der Sturheit des Senats zu tun, daß es hier noch einen Konflikt gibt.
Vom Senat wird immer wieder behauptet, bei der Wohnraumzerstörung oder illegalem Leerstand handele es sich um Verfehlungen einzelner Hausbesitzer, auf die der Senat keinen Einfluß habe, die sogenannten schwarzen Schafe. Sieht man sich die Liste der derzeit instandbesetzten Häuser an, sieht man, daß das nicht stimmt. Wir haben eine Liste aller instandbesetzten Häuser. Sieht man sich diese Liste an, stellt man fest, daß sie alle entweder senatseigenen Wohnungsbaugesellschaften gehören oder aber privaten Unternehmensgruppen, die alle vom Senat als Sanierungsträger zugelassen und anerkannt sind. Als solche Sanierungsträger unterliegen sie nach § 34 des Städtebauförderungsgesetzes der Kontrolle des Senats. Die leitenden Personen der Sanierungsträger müssen geschäftlich zuverlässig sein. Der Senat kann die Zulassung widerrufen. Außerdem leben die privaten Sanierungsträger ausschließlich von Steuergeldern, die der Senat durch verschiedene Wohnungsbau- und Modernisierungsförderung vergibt. Die Mieterinitiative Cuvrystraße und die dortigen Instand-

besetzer haben die Arbeitsweise und die Profiterwartungen der privaten Bau- und Sanierungsträger an einigen Beispielen untersucht. Die privaten Bau- und Sanierungsträger arbeiten mit Abschreibungsfirmen, mehr als sie Schubladen im Schreibtisch haben. Durch Übertragung der Grundstücke von einer Firma zur anderen wird einerseits die Grunderwerbssteuer umgangen und andererseits werden die Kaufpreise und längerfristig auch die Verkehrswerte in die Höhe getrieben. Die privaten Bau- und Sanierungsträger sind Abschreibungsfirmen; sie bilden sogenannte Immobilienfonds, die für Großverdiener - Unternehmer, Ärzte, Rechtsanwälte - die Möglickeit schaffen, ihre Steuerzahlungen zu umgehen. Die Parole, mit der Immobilienfonds Kapitalanleger werben, heißt: Verwandeln sie Steuern in Kapitalbesitz. Die angeblich segenbringenden Privatinvestitionen sind in Wirklichkeit also nur Steuergelder, die der Staatskasse verloren gehen.

Foto: Michael Kipp

Die ersten dringendsten Schritte nach Verhaftungen von Freunden:

Normalerweise werden festgenommene Leute, falls sie nicht entlassen werden, zwischen 24 und 48 Stunden dem Haftrichter vorgeführt. Erläßt dieser den Haftbefehl, kommen die Frauen noch am gleichen Tag in die Lehrter Straße, da in der Gothaer Str. für Frauen keine Übernachtungsmöglichkeiten bestehen; die Männer kommen meist am nächsten Tag in die U-Haft Moabit, Alt-Moabit 12a.

Was sofern in beiden Anstalten gemacht werden kann, ist die Abgabe der Wäsche (Jeans, Pullover, Unterwäsche etc.). Zwar ist die Wäschemenge nicht begrenzt, sollte sich aber auf einen Koffer beschränken. Gegenstände wie Spiegel, Bürste etc., können nicht reingebracht werden.

Die Anstalt ist nur Vormittags geöffnet. Vergeßt den Paß nicht, wenn ihr Sachen abgeben wollt.

Bei der Auskunft erfragt ihr am besten die Buchnummer die jeder Gefangene erhält. Gleichzeitig gibt es dort Überweisungen für die Konten der U-Haft. **Männer: Postscheckkonto Bln. 7277-101, Frauen: Ps. Bln. 41485-100.** Dabei müßt ihr die Buchnr., oder das Geburtsdatum des Gefangenen angeben, sowie natürlich den Namen. Möglichst sofort auf die Post wandern und einzahlen!

Alle Gefangenen haben die Möglichkeit für 60.- DM Wäsche einzukaufen - bargeldlos - es wird vom Konto abgebucht. Zu berücksichtigen ist, daß sämtliche Seifen etc., dort gekauft werden müssen.

Dann sollte sofort der Tagesspiegel und möglichst auch andere Zeitungen bestellt werden. Tagesspiegel: Tel. 2693-1, sich mit Frau Schweede (oder so ähnlich) verbinden lassen; sie ist zuständig für die Knastabos. Die Lieferungen erfolgen ziemlich schnell! Bei der TAZ solltet Ihr auf Freiabos oder Preisermäßigung pochen. Übrigens bei der RADIKAL gibts für alle Gefangenen Freiabos; Eisenbahnstr.4, oder auch wenn Ihr's öfters versucht über Telephon - 6123037 oder 6127093!

Die Besuchsgenehmigungen beantragt man als erstes bei der zuständigen Staatsanwaltschaft, Tel. 393011 (Zentrale fürs gesamte Gericht und Anstalt). Dort erreicht man auch eine Staatsanwaltschaftliche Sammelstelle, bei der man die zuständige Staatsanwaltschaft und das Aktenzeichen erfährt. Am besten persönlich den Besuch beantragen und auf Dringlichkeit pochen. Gericht und Staatsanwaltschaft befinden sich in der Turmstr.91, 1 Bln. 21.

Kurze Zeit später wird auch der Haftrichter bekannt, über den die Postkontrolle und die Besuchsgenehmigungen laufen. Dies erfährt man auch bei der Staatsanwaltschaft.

Sofort auch einen Anwalt benachrichtigen, der, falls keine Vollmacht vorliegt, sich diese im Knast unterschreiben lassen kann.

Sollten die Leute für längere Zeit einsitzen, empfiehlt sich, sich um Radio, Fernsehen und Schreibmaschine zu bemühen. Vorher aber bei der Anstalt die Bedingungen erfragen! Es ist lange nicht jedes Gerät zugelassen.

Vor allem dann werden auch Stern, Spiegel, Radikal, FR etc. -Abos ganz dringlich.

Tja, und dann schickt Briefe, Telegramme, Küsse und Power über die Mauer!

Ach ja, wegen der Bücher die Ihr reinschicken wollt, müßt Ihr bei der Staatsanwaltschaft nachfragen. Da gibts Bestimmungen, die sind von Fall zu Fall verschieden.

Also, POWER GEGEN DIE MAUER!

Schluß

Wenn nach der Lektüre dieser Dokumentation bei einigen von Euch wegen der zahlreichen schlimmen Betroffenenberichte und Fotos möglicherweise Angst oder sogar Resignation aufkommen sollte - etwa, weil man gegen so einen Gewaltapparat ja doch nichts ausrichten könne -, so wäre das, besonders für "Außenstehende", zwar verständlich, ginge aber an der tatsächlichen Entwicklung seit dieser Zeit völlig vorbei.
Die von realitätsblinden Politikern einerseits und in Bezug auf die konkreten Ereignisse vom Dez.80, von der Polizeiführung andererseits zu verantwortende Eskalation der Gewalt ist nämlich zu einem Bumerang geworden, zu einem Bumerang insofern, als der Versuch der Kriminalisierung der Instandbesetzer, einer Spaltung in "Gute" und "Böse", als entgültig gescheitert angesehen werden kann. Wurde noch vor wenigen Monaten vom "Mob der Straße" gesprochen, der sich einen "rechtsfreien Raum" in rechtswidriger Weise verschafft habe, so haben nicht zuletzt die Ereignisse vom Dez.80 dazu beigetragen, die bis dahin im wesentlichen von Instandbesetzern alleine getragene Bewegung zu einer - ohne Übertreibung - Massenbewegung werden zu lassen, mit der große Teile der übrigen Bevölkerung offen ihre Sympatie bekunden. Auch wir vom Ermittlungsausschuß, die wir uns spontan nach den Ereignissen zusammengesetzt hatten, haben die Welle der Solidarität erlebt. Die anfängliche Wut und Ohnmacht - besonders der direkt "Betroffenen" - ist gewissermaßen umgeschlagen. Der durchsichtige Versuch einer Einschüchterung und somit Verhinderung weiterer Instandbesetzungen ist fehlgeschlagen....

Unvollständige Liste von Instandbesetzungen nach den Auseinandersetzungen vom Dez.80:

- **Mansteinstr. 10**
- **Mansteinstr. 10a**
- **Pflügerstr. 12**
- **Fränkelufer 48**
- **Liegnitzerstr. 5**
- **Reuterstr. 42**
- **Reuterstr. 45**
- **Willibald-Alexis-Str. 39**
- **Adalbertstr. 74**
- **Waldemarstr. 52**
- **Herrnhuter Weg 12**
- **Anhalterstr. 7 (Kukuck)**
- **Manteufelstr. 90**
- **Willibald-Alexis Ecke Heimstr.**
- **Manteufelstr. 108**
- **Bülowstr. 55**
- **Hermsdorfer Ecke Hussitenstr.**

und wahrscheinlich, während das hier so geschrieben wird, sind schon viele neue Häuser dazugekommen, und jeden Tag werden es mehr und mehr und....

Der Ermittlungsausschuß meint:

KNETE - KOHLE - ZASTER
Spendet für die KNASTER

auf die Konten:
Angelika Grau „Ermittlungsausschuß",
0670148733 Sparkasse der Stadt Berlin W.,
BLZ 100 500 00

oder

Birgit Kargel, Sonderkonto
Nr. 20 610-106 PSchA Bln-W

ZEI
'ULLRICH'
Wir wissen nicht was
empfiehlt -
wir empfehlen
INSTANDBESETZUNG
Kalle '78

NACHTRAG

Der Senat weiß nicht weiter, also schickt er seine Staatsanwaltschaft.
1. Akt, Montag, 26. 1. : Manne Wetzel kriegt zweieinhalb Jahre Knast.

31 1 81

Bürger beobachten die Polizei

Arbeitsgruppe:
Burger beobachten die Polizei
c/o Humanistische Union
LV Berlin
Kufsteinerstr. 12, 1 Berlin 62
Tel.: 854 41 97

Erklärung

Am Montag, dem 26. Januar, wurde Manfred Wetzel, 21 Jahre alt, wegen Körperverletzung eines Polizisten zu zweieinhalb Jahren Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt.

Wir erinnern uns: Vor dreieinhalb Jahren wurde das Ermittlungsverfahren gegen einen Polizisten eingestellt, der auf einen jordanischen Mitbürger gezielt geschossen hatte. Der Jordanier ist tot, der Polizeibeamte seit langem wieder im Dienst.

Was ist vorgefallen?

Der Jordanier W. Halawani wurde im Juni 1977 in den Morgenstunden von 3 Polizeibeamten als ein vermeintlicher Straftäter gestellt. Von hinten zum Stehenbleiben aufgefordert, drehte sich Halawani um und soll nach dem Bekunden der Polizisten mit der Hand an Oberschenkel und Brusttasche gegriffen haben. Sie leiteten daraus eine Angriffsabsicht ab, ein Beamter schoß gezielt auf die Schulter und tötete Halawani. Schon nach wenigen Tagen wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt. Ihm wurde Putativ-Notwehr zugebilligt.

Wegen einer Mauer, die das Bezirksamt Kreuzberg gegen den Willen der Anwohner quer über den Oranienplatz zu bauen begonnen hatte, war es am 1. Mai 1980 zu Auseinandersetzungen zwischen protestierenden Bürgern und zwei Polizisten gekommen. Manfred Wetzel sah einen Polizisten zur Hüfte greifen, wo die Pistole steckte. Um ihn am Schießen zu hindern, versetzte Wetzel dem Polizisten einen Schlag mit einem Tischbein. Der Polizist trug eine Platzwunde am Kopf davon.

In beiden Fällen wollten Personen nach eigenem Bekunden verhindern, daß Leben gefährdet wird. Dem polizeilichen Todesschützen und seinen Kollegen glaubt das Gericht und billigt ihm "putative Notwehr" zu. Manfred Wetzel wird von vornherein die schützende Absicht abgestritten, die zahlreichen Zeugen werden für unglaubwürdig erklärt, er selbst als Gewalttäter verurteilt.

Manfred Wetzels Reaktion ist verständlich.

Hätte ein Manfred Wetzel 1968 dem Polizisten Kurras die Waffe aus der Hand geschlagen, Benno Ohnesorg hätte nicht sterben müssen.

Es ist beunruhigend, wenn heute im "Krisengebiet" Kreuzberg Polizeibeamte mit der Schußwaffe in der Hand keine Seltenheit mehr sind.

Das polizeiliche Vorgehen vom 1. Mai 1980 und die seitherige Inhaftierung von Manfred Wetzel trugen ohne Zweifel zu einer Verhärtung der Situation bei.

Mit dem außergewöhnlich harten Urteil gegen Manfred Wetzel und mit dem gestrigen Urteil - 14 Monate ohne Bewährung - gegen einen 24jährigen Instandbesetzer erhofft sich die Justiz einen Abschreckungseffekt gegen alle Hausbesetzer.

Die Urteile werden zu einem Zeitpunkt verhängt, wo immer mehr Bürger, Politiker und Kirchenleute die Instandbesetzer und Umweltschützer für die besseren Stadtplaner halten und ihre Aktionen unterstützen. Durch die Urteile wird nur Öl ins Feuer gegossen.

Wir fordern, Manfred Wetzel aus der Haft zu entlassen!

Wir fordern die Verantwortlichen auf, endlich einzusehen, daß mit den Mitteln des Strafsrechts soziale Konflikte nicht zu lösen sind!

Keine Schußwaffen für Polizisten bei Demonstrationseinsätzen!

2. Akt : Ohne Grund wird die im Dezember gewährte Haftverschonung für zwei Leute wieder aufgehoben. Die Beiden sitzen wieder! ein.

3. Akt, Donnerstag, 30. 1. : Im ersten Prozess wegen der Dezember Krawalle wird Guido trotz widersprüchlichlicher Aussagen zu 14 Monaten ohne Bewährung verurteilt. *Erstes Urteil: 14 Monate Knast*

„Vom Bullenexzeß zur Justizorgie"

Ein wesentliches Merkmal der Klassenjustiz ist und bleibt der ihr immanente Zwang, ihre Opfer zu sogenannten Straftätern hochstilisieren zu müssen. Die weitere Verwandlung des konstruierten Täters zum Monster besorgen dann in trauter Einmütigkeit die Medien. Kaum war Guido Weltz, der als erstes Opfer der Bullenüberfälle in Kreuzberg vor Gericht gezerrt wurde, mit dem Terrorurteil von 14 Monaten „ohne" im Knast verschwunden, gaben sich Presse, Rundfunk und TV alle Mühe, ihn als „Steinewerfer, Hausbesetzer, Krawallmacher, Randalierer, Körperverletzter" u.ä. zu bezeichen. Kein Wort über die Pervertiertheit des Prozesses, kein Wort über den politischen Charakter der Masken Möllenbroek und Panneck (Staatsanwalt und Richter), keine Silbe über die über das farcenhafte Zusammenspiel von Richter und Staatsanwaltschaft erhabene Verteidigung. Die allerdings ließ sich von dem Schauspiel der Staatsmacht im Sall 701 des Sicherheitstrakts Moabit, nicht beeinflussen.

TAZ 2.2.81

Der erste Prozeßtag, Freitag, 23.1., begann mit der üblichen Versicherung des Richters, daß keine Kopie der Besucherausweise gemacht und falls eine gemacht worden sei, diese vernichtet würde. Bei den Schleuseneinlaßkontrollen ging derweil munter-bierselig faschistoide Anmache ab; kaum oben angekommen, lehnte der Richter die Verlegung des Gerichts in einen „normalen" Saal ab. Die Schöffen: eine Frau und ein gepflegter Mittvierziger. Zur demonstrierten Biederkeit gehörte das infantile Mondgesicht des Herrn Vorsitzenden, der so tat, als sei er doppelt da., Einmal gar nicht und zum anderen, was ihm bisweilen peinlich erscheinen mußte, als Richter. Und als solcher war er sichtlich überfordert, mußte er doch hier im Saal krampfhaft Souveränität demonstrieren, was ihm oft nur mit gequältem Seitenblick auf den Staatsanwalt gelang. Über den wenigstens brauchte sich keiner Illusionen zu machen: so einen Anwalt braucht so ein Staat. Diese Figur war sich immerhin so sicher, daß sie es fertigbrachte, den vom Lande angereisten Eltern weiszumachen, daß er nichts dafür könne, wenn ihr Sohn jetzt ohne Haftverschonung wieder einfährt, weil er hier, sozusagen zufälligerweise durch seine Person vertreten, die Rolle des Staatsanwaltes zu spielen habe, was aus dem Zuhörerraum mit dem ungahndeten Wort „Henkermentalität" quittiert wurde.
Möllenbrock ist politischer Staatsanwalt, einer, der sich schon oft bewährt hat. Filbinger hat den Beginn seiner NS-Karriere einmal mit den Worten umschrieben, ihm hätte sich die Frage gestellt, Hammer oder Amboß zu sein. Wofür Filbinger sich entschieden hatte, wissen wir. *Dem* Hammer, der sich gegenüber seinem geschundenen Opfer ausagiert, sich im Haß der Zuhörer suhlt und sich an der Verzweiflung der Verteidigung weidet, diesem Werkzeug der Herrschaft setzte die Verteidigung, Rechtsanwalt Panka, Phantsie, Leben, leidenschaftliches Engagement, sprühende Lebendigkeit entgegen.
Sie entlarvte das Schauspiel, verlor sich keine Sekunde im prozessualen Ritual. Die Farce begann mit dem Auftritt der Herren Rahn, Striegel & Schelske sowie Lorenzen. Alles Bullen, wie man sich denken kann. Rahn, 20jähriger Weddinger, wird sich über kurz oder lang nach einem anderen Job umsehen müssen. Da er sich an nichts mehr erinnern konnte, hielt ihm Möllenbrock seine Aussage vor der Kripo vor, verbunden mit der Drohung, er mache sich strafbar wenn er hier davon abweichend eine falsche Aussge mache. Sei er bei seiner damaligen Aussage von seinen Kollegen beeinflußt worden ,so könne er hier die Aussage verweigern, weil er sich nicht selbst zu belasten brauche. Rahn verweigerte die Aussage und schlich von dannen, vielleicht zum Arbeitsamt? ... Rahn, mit Zivilcourage oder nur jung, noch nicht ganz drin in der Rolle des gröbsten Werkzeugs der Herrschaft, war ehrlich. Ein Prügeleinsatz mit wahllosen Festnahmen. Schelske und Striegel wollen den Angeklagten festgenommen und unabhängig voneinander gesehen haben. Sie saßen in verschiedenen Wannen und haben Wunder vollbracht. Sie sind gleichzeitig ausgestiegen, abgesessen, und saßen bereits in den Wannen drin, als sie den Angeklagten festnahmen. Kompliment. Lorenzen der Star, will den Angeklagten stundenlang beobachtet haben, bevor er ihn festnahm. Allen Bullen ist gemeinsam, daß sie ein *falsches* Halstuch als das identifizierten, das der Angeklagte getragen haben soll. Ein Schlag ins Wasser für den Staatsanwalt, wäre das absurde Theater keine Klassenjustiz. Die Maske des Staates war am Morgen eine Stunde zu spät gekommen. Sie setzte alles daran, die Beweisanträge der Verteidigung erst zu einem Zeitpunkt entgegenzunehmen, an dem eine Beendigung des Prozesses am gleichen Tag zeitlich unmöglich geworden war. Um 19.30 Uhr wurden die Zuhörer „geräumt" - Möllenbrock wies den Richter in seine Schranken. Der, begleitet von resignativer Gestik, lehnte den Haftverschonungsantrag der Verteidigung wiederum mit gequältem Seitenblick auf die Staatsanwaltschaft und aufgrund deren prompter Beschwerde ab.
Guido in die Zelle, alle, die's angeht, in Wut und Enttäuschung, die Masken mit Personenschutz in die Familie und Rechtsanwalt Panka ins Krankenhaus: er bekam am Wochenende einen Herzanfall. Schlechte Vorzeichen für den

zweiten Verhandlungstag

(...) Die Zeugen der Verteidigung machen im wesentlichen klar, daß die Bullen Prügelorgien veranstalteten und willkürlich verhafteten. Der Mieter einer Wohnung des Hauses, in dem Guido gnadenlos zusammengeprügelt worden war, schildert den Ablauf. Anstelle des erkrankten Panka fungiert Anwalt Elfferding neben Anwalt Scholz. Längst ist allen Beteiligten klar, daß hier einer einfährt, weil einer einfahren soll. Einer der ersten. In der Mittagspause fragen sich die Menschen nur noch: Bewährung oder nicht. Gedrückte Simmung, Verzweiflung, Ohnmacht, schwarz-eloxierte MPs. Das Personal im Sicherheitstakt ist wieder in Fetenstimmung, einer davon schmeißt ein Desinfektionsmittel in den Vorderraum. (...)

Nach der Mittagspause

Das Plädoyer des Staatsanwalts: ebenso banale wie arrogante Demonstration seiner und der Macht schlechthin: wie üblich kein politicher Prozeß sondern immense kriminelle Intensität des zur Vernichtung anheim gegebenen. Die Zeugen voreingenommen; Bullen im freudschen Verspreher Kollegen. Für den unbefangenen Beobachter erscheint das auszugsweise Vorlesen eines Zeugenaufrufs der Zeitschrift „radikal" durch Möllenbrock zusmmenhanglos: für die Wissenden ist es sein nächstes Vorhaben, seine eigentliche Stoßrichtung. (...)
Die Arroganz der Macht hat es nötig, das Wort „Voreingenommenheit" dreimal zu erwähnen,, um die *Zeugen* der Verteidigungh, die sie unter massivem Strafdruck überhaupt erst zugelassen hat, ebenfalls zu kriminalisieren. Das ist die Frotsetzung der Strategie beim Prozeß gegen Manne. Und es ist auch die gleiche Routine: ein Jahr und acht Monate plus drei Monate wegen Widerstand (Widerstand ist gleichzusetzen mit der Platzwunde an Guidos Kopf), mit Rabatt sind das 21 Monate.
Fast unnötig zu sagen, daß die vorausgegangenen Beweisanträge der Verteidigung, Pol.präsident Hübner, den Kommentator vom „Abend" zum 12./13., Gerhard Schmidt von der GEW, Thomas Müller und Michael Wilke - Journalisten, die in jener Nacht

verhaftet wurden -, Siegfried Scheiske zur Drstellung der Springerscheiße und Rüdiger Heese, der von der Wanne B-3530 fast getöet worden war, in trauter Einmütigkeit von Richter und Statsanwalt abgelehnt wurden.
Als erster redet Scholz im Plädoyer der Vertediigung. Er sagt, was zu sagen ist-. Das ist gut, entlarvt er doch das vorprogrmmierte Schauspiel.
Von den Masken hört ihm kaum noch einer zu. Möllenbrock schreibt eifrig mit, als Scholz -„bewußt von einem notwendigen Ausmisten des (Polizei)Saustalls" spricht, fürs Ehrengerichtsverfahren, Scholz aber weiß, was er tut.
Elfferding bringt 13 neue Beweisanträge, die den gesamten Hintergrund des Geschehens aufzuhellen in der Lage sind. Anschließend zerlegt er auf der Ebene der Beweispflicht des Anklägers die Unstimmigkeit der Bullenaussagen. Freispruch, was sonst.

Die Guillotine wurde noch nie umsonst aufgestellt

Zwei Stunden Prozeßpause. Nach neuerlicher Einlaßschikane Urteilsverkündung. Ende des absurden Theates: die Masken werden aktiv. Sieg Heil und Tränen. Aber auch eine Wut, die nicht einsam ist, die lautstark rausgelassen wurde. Die reduzierte Öffentlichkeit wird von jenen Kräften den Turm heruntergerängt, die mit sadistischer Geilheit die Knebelkette schwingend endlich das tun darf, woran sie immer denkt, wenn sie stundenlang passiv und pervers der Perversion beisitzen muß.

Danach

Was danach lief, ist aus der weiteren taz-Berichterstattung ablesbar. (...) Guido, dessen Name wir deshalb kennen, weil er einer der Herausgegriffenen ist, und weil er DER ERSTE ist, der exemplarische, Guido ist jetzt Mensch im Knast. (...) Keiner von uns jammert, niemand wird vergessen. „Hände weg von ..." ist eine Parole aus der traurigen Realität der K-Gruppen. 1,2,3 - laßt die Leute frei! war nie eine Parole, die auf die Beeinflußbarkeit *dieser* im Prinzip und ihrer Geschichte nach zu bewertenden Justiz abzielte. Amnestie als Ergebnis des politischen Kampfes: Instandbesetzung, massenhaft.

Die Wütenden

Nach den Urteilen gegen Besetzer und Hausräumun

Seit Donnerstag nacht kracht es wieder in Berlin. Hunderte von Fensterscheiben in fast allen Bezirken gingen zu Bruch, der Sachschaden wird auf mehrere Millionen geschätzt. Etwa 100 Personen hat die Polizei, größtenteils willkürlich festgenommen. Die vielen dezentralen Aktionen sorgten für erhebliche Verwirrung und blinden Reaktionen.

29.

Nach 20 Minuten war die Polizei da TAZ, 2.2.81

Wilsnacker Straße 15 geräumt

Der Eigentümer des Hauses Wilsnacker Straße 15 ist vielen Moabitern wohlbekannt: Firma Kurt Franke Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung (Sitz: Hardenbergstr. 12). Als Sanierungsträger ist er in verchiedenen Sanierungsgebieten in Moabit tätig. Nach Informationen der dort tätigen Mieterinitiativen gehören ihm ca. ein Drittel aller Häuser in diesen Gebieten.

Seine rigiden Entmietungspraktiken sind vielen bekannt. Unter anderem ist er auch Eigentümer der ehemaligen Schultheiss-Brauerei in Moabit, die nach dem Willen vieler engagierter Gruppen bald als „Kultur-Brauerei" wieder ihre Pforten öffnen soll.
Verschiedene Ex-Stadträte und ehemalige Abgeordnete - hauptsächlich von der SPD - arbeiten für Franke.

Für alle leerstehenden Wohnungen hat er bereits vorsorglich Strafanträge gegen eventuelle Instandbesetzer gestellt. Die Polizei zeigte sich am Freitagabend von den Strafanträgen des Kurt Franke so beeindruckt, daß sie sofort räumen ließ. Und dies, obwohl der neue Senat bereits verkündet hatte, daß kein besetztes Haus in einer Nacht- ud Nebelaktion geräumt werden solle. und sicheren Informationen zufolge soll zumindest der Bausenator versucht haben, die Räumung zu verhindern. Aber, das zeigen die Ereignisse der letzten Tage: In Berlin regiert derzeit nicht der Senat, sondrn offensichtlich nur Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte.
Die Instandbesetzer haben auf jeden Fall seit Freitagabend viele neue Sympathisanten in Moabit. Denn alle von uns am Samstag und Sonntag angesprochenen Anwohner der Wilsnacker Straße, die Augenzeugen der Räumung waren, bekundeten ihr Unverständnis: „Die Instandbesetzer haben nichts kaputtgemacht. Erst die Polizei zerschlug Türen. Wir verstehen nicht, daß man diese jungen Leute wie Verbrecher abgeführt hat."

taz

Chaos, Wut und Scherben

FREITHEIT FÜR DIE Insland-Besat-
Schwarzwaldschänke
LODDECKE — BERLIN